

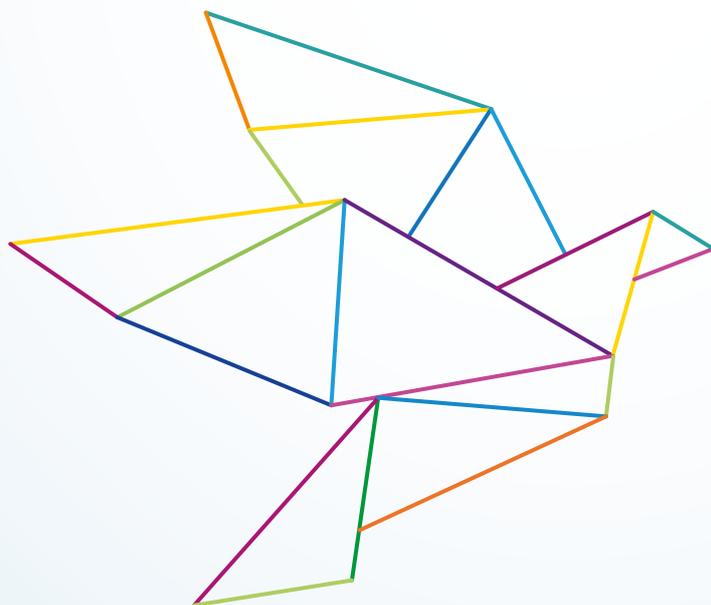


Europäische  
Kommission



# REDE ZUR LAGE DER UNION 2017

Rede von Jean-Claude Juncker,  
Präsident der Europäischen Kommission  
13. September 2017



Jedes Jahr im September hält der Präsident der Europäischen Kommission vor dem Europäischen Parlament seine Rede zur Lage der Union, in der er eine Bilanz der Arbeit des vergangenen Jahres zieht und einen Ausblick auf die Prioritäten des kommenden Jahres gibt. Dabei wird auch Thema sein, wie die Europäische Kommission die derzeit drängendsten Probleme in der Europäischen Union anzugehen gedenkt. Im Anschluss an die Rede findet eine Aussprache im Parlament statt. Die Rede bildet den Auftakt für den Dialog zwischen Europäischem Parlament und Rat über das Arbeitsprogramm der Kommission für das kommende Jahr.

Die Rede zur Lage der Union hat ihren Ursprung im Vertrag von Lissabon und ist Teil der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission aus dem Jahr 2010, die zudem verlangt, dass sich der Präsident in einer Absichtserklärung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments und den amtierenden Ratsvorsitz wendet und einen detaillierten Überblick über die gesetzlichen und sonstigen Maßnahmen und Initiativen gibt, die die Europäische Kommission bis zum Ende des folgenden Jahres durchführen will.

Der Präsident der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, hielt seine dritte Rede zur Lage der Union am 13. September 2017.

Alle Dokumente finden Sie unter <http://ec.europa.eu/soteu>.

Mit der Vorlage des Weißbuchs zur Zukunft Europas vom 1. März 2017 und der Reflexionspapiere der Europäischen Kommission zur sozialen Dimension Europas, zur Globalisierung, zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, zur Zukunft der europäischen Verteidigung und zur Zukunft der EU-Finzen hat Präsident Juncker eine breite Debatte angestoßen.

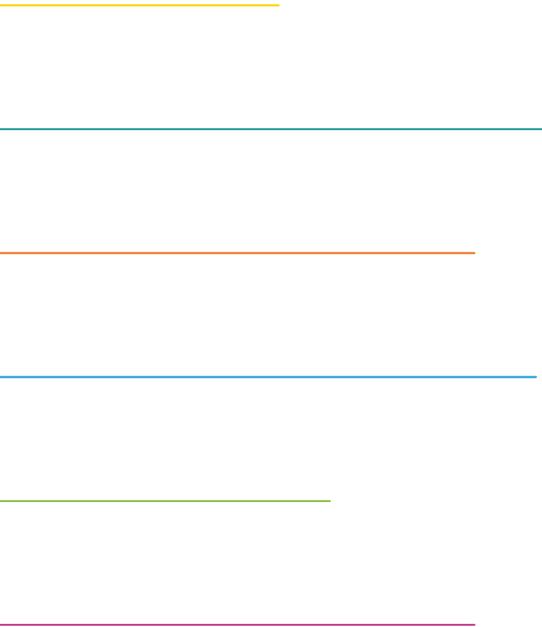
Die Debatte wurde in ganz Europa geführt. In 27 Mitgliedstaaten wurden 129 Bürgerdialoge mit Präsident Juncker und den Mitgliedern der Europäischen Kommission geführt, unter anderem in allen Hauptstädten.

Dieses Jahr legt Präsident Juncker in der Rede zur Lage der Union seine persönlichen Vorstellungen zur Zukunft Europas dar.

# INHALT

Rede zur Lage der Union 2017 .....	5
Absichtserklärung an Präsident Antonio Tajani und Ministerpräsident Jüri Ratas .....	23
Fortschritte bei den zehn Prioritäten der Europäischen Kommission .....	35
Bessere Rechtsetzung .....	61
Die Versprechen der EU einlösen: Gemeinsame Beschlüsse wirksamer umsetzen .....	65
Öffentliche Meinung in der EU .....	69
Fortschritte bei der Wirtschaftslage .....	73
Die politischen Prioritäten im Gesetzgebungsprozess .....	79
Europäisches Solidaritätskorps: Zwischenbilanz nach einem Jahr .....	89
Besuche bei nationalen Parlamenten .....	93
Bürgerdialoge .....	97
Schreiben zum Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union .....	103
Rede zur Lage der Union 2017 <sup>(*)</sup> .....	109

(\*) Wortlaut der vorgetragenen Rede

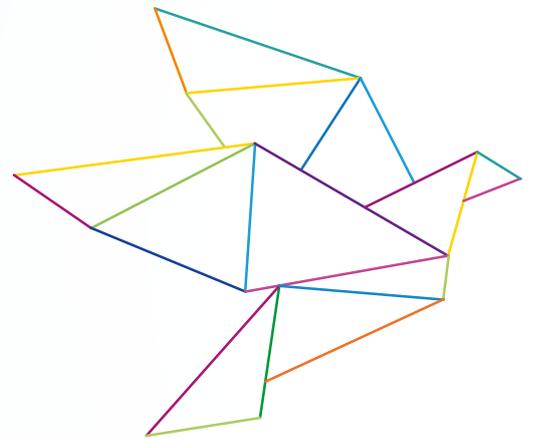


Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2017

© Europäische Union, 2017.

Weiterverwendung mit Quellenangabe gestattet. Die Weiterverwendungspolitik der Europäischen Kommission ist im Beschluss 2011/833/EU (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Für die Verwendung oder den Nachdruck von Fotos oder anderem Material, an dem die EU kein Urheberrecht hält, ist eine Genehmigung direkt bei den Urheberrechtshabern einzuholen.



**REDE ZUR LAGE DER UNION 2017**

REDE ZUR LAGE DER UNION 2017

---

## **EINLEITUNG – WIND IN UNSEREN SEGELN**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als ich vor einem Jahr vor Ihnen stand, war es in gewisser Weise einfacher, eine Rede zu halten.

Jeder konnte sehen, dass unsere Union in keinem guten Zustand war.

Europa war angeschlagen und gebeutelt von einem Jahr, das uns in unseren Grundfesten erschüttert hatte.

**Wir hatten nur zwei Möglichkeiten: Wir konnten uns entweder gemeinsam hinter einer positiven europäischen Agenda versammeln oder uns – jeder für sich – in seine Ecke verkriechen.**

Vor diese Wahl gestellt habe ich für Einigkeit plädiert.

Ich habe eine positive Agenda vorgeschlagen, welche dazu beitragen soll, ein **Europa zu schaffen, das schützt, stärkt und verteidigt, so wie ich es letztes Jahr genannt habe.**

In den vergangenen zwölf Monaten hat das Europäische Parlament dazu beigetragen, diese Agenda mit Leben zu erfüllen. Wir machen weiterhin Fortschritte. Mit jedem Tag kommen wir einen weiteren Schritt voran. Letzte Nacht erst haben Sie daran gearbeitet, eine Einigung über handelspolitische Schutzinstrumente und die Verdopplung unserer europäischen Investitionskapazität zu erzielen.

Mein Dank gilt auch den 27 Staats- und Regierungschefs unserer Mitgliedstaaten. Nur wenige Tage nach meiner Rede vom vergangenen Jahr haben sie meine Agenda bei ihrem Gipfel in Bratislava begrüßt. Damit haben sie sich für Einigkeit entschieden. Sie haben sich dafür entschieden, sich auf das zu besinnen, was uns eint.

Mit vereinten Kräften haben wir bewiesen, dass Europa seinen Bürgern Ergebnisse liefern kann, wenn und wo es darauf ankommt.

Seither haben wir langsam aber sicher an Schwung gewonnen.

Es hat sicherlich geholfen, dass sich der Wirtschaftsausblick zu unseren Gunsten gewendet hat.

Wir befinden uns nun im fünften Jahr eines Wirtschaftsaufschwungs, der endlich in jedem Mitgliedstaat ankommt.

Das Wachstum der Europäischen Union hat das der Vereinigten Staaten in den vergangenen zwei Jahren übertroffen. Es liegt nun – für die Union als Ganzes – bei über 2 Prozent und für den Euroraum bei 2,2 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit neun Jahren nicht mehr. Seit diese Kommission im Amt ist, sind fast 8 Millionen Arbeitsplätze entstanden. Mit 235 Millionen Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, sind in der Europäischen Union mehr Menschen in Beschäftigung als jemals zuvor.



Dieser Erfolg ist nicht nur die Leistung der Europäischen Kommission. Doch ich bin sicher: Wären 8 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, hätte man uns die Schuld dafür in die Schuhe geschoben.

**Aber die europäischen Institutionen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass sich der Wind gedreht hat.**

Die Europäische Investitionsoffensive, die bis jetzt Investitionen im Wert von 225 Milliarden Euro freigesetzt hat, ist unsere Leistung. Damit wurden Darlehen an mehr als 445 000 kleine und mittelständische Unternehmen vergeben und an mehr als 270 Infrastruktur-Projekte.

Es ist unser Verdienst, dass die europäischen Banken – dank entschlossener Maßnahmen – nun wieder über die nötige Kapitalstärke verfügen, um Kredite an Unternehmen zu vergeben, sodass diese wachsen und Arbeitsplätze schaffen können.

Es ist unser Verdienst, dass wir die öffentlichen Defizite von 6,6 auf 1,6 Prozent gesenkt haben. Wir haben das erreicht, weil wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt intelligent angewandt haben. Wir haben fiskalische Disziplin angemahnt, aber gleichzeitig auch darauf geachtet, das Wachstum nicht zu gefährden. Und das hat überall in der Union sehr gut funktioniert – entgegen mancher Kritik.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise lebt die europäische Wirtschaft endlich wieder auf.

Und damit auch unsere Zuversicht und unser Vertrauen.

Die Staats- und Regierungschefs unserer EU der 27, das Parlament und die Kommission machen unsere Union wieder europäisch. Zusammen machen wir aus unserer Union wieder eine Union.

Im vergangenen Jahr haben wir gesehen, wie alle 27 Staats- und Regierungschefs den Kapitolhügel in Rom beschritten, um – einer nach dem anderen – ihr Gelöbnis zu unserer Union zu erneuern.

All das führt mich zu der Überzeugung: Europa hat wieder Wind in den Segeln.

**Uns öffnet sich jetzt ein Fenster der Möglichkeit. Aber es wird nicht ewig offenbleiben.**

**Lassen Sie uns das Meiste aus diesem Schwung herausholen, lassen Sie uns den Wind in unseren Segeln nutzen.**

Dafür müssen wir zwei Dinge tun:

**Erstens sollten wir auf dem Kurs bleiben, den wir im vergangenen Jahr abgesteckt haben.**

Wir haben noch 16 Monate, in denen Parlament, Rat und Kommission echte Fortschritte erzielen können. Diese Zeit müssen wir nutzen, um das zu vollenden, womit wir in Bratislava begonnen haben und unsere positive Agenda verwirklichen.

**Zweitens sollten wir den Kurs für die Zukunft abstecken.** Wie Mark Twain schrieb: Jahre später werden wir mehr enttäuscht sein von den Dingen, die wir nicht getan haben, als von den Dingen, die wir getan haben. **Jetzt ist der Moment, um ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa für das Jahr 2025 aufzubauen.**

---

## KURS HALTEN

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete,

während wir den Blick in die Zukunft richten, dürfen wir nicht vom Kurs abkommen.

Wir sind dabei, eine Energieunion, eine Sicherheitsunion, eine Kapitalmarktunion, eine Bankenunion und einen Digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Zusammen sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen.

Wie das Parlament jüngst attestierte, hat die Kommission bereits 80 Prozent der Vorschläge vorgelegt, die wir zu Beginn des Mandats versprochen haben. Jetzt müssen wir zusammenarbeiten, damit aus Vorschlägen Gesetze und aus Gesetzen Taten werden.

Wie immer wird das auch ein gewisses Maß an Geben und Nehmen bedeuten. Die Vorschläge der Kommission, um das Gemeinsame Asylsystem zu reformieren und die Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmern zu stärken, haben Kontroversen ausgelöst. Wenn wir ein gutes Ergebnis erzielen wollen, müssen sich alle Seiten aufeinander zubewegen. Ich möchte heute nochmal festhalten: Solange das Ergebnis am Ende für unsere Union stimmt und allen Mitgliedstaaten gegenüber fair, ist die Kommission offen für Kompromisse.

### **Wir sind nun soweit, die restlichen 20 Prozent der Initiativen bis Mai 2018 auf den Tisch zu legen.**

Heute Morgen habe ich eine Absichtserklärung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments, Antonio Tajani, und an Premierminister Jüri Ratas gerichtet, in der ich die Prioritäten für das kommende Jahr darlege.

Ich will an dieser Stelle nicht alle unsere Vorschläge aufzählen, doch lassen Sie mich fünf nennen, die ich für besonders wichtig halte.

**Erstens möchte ich, dass wir unsere europäische Handelsagenda stärken.** Ja, Europa setzt auf offenen Handel, aber das muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Das, was wir geben, sollten wir auch zurück-erhalten.

Handel ist nichts Abstraktes. Handel schafft Arbeitsplätze. Handel schafft neue Chancen für kleine und große europäische Unternehmen. Jede zusätzliche Milliarde Euro, die im Export erwirtschaftet wird, sichert 14 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Europa.

Handel hilft uns dabei, unsere europäischen Standards im Sozial- und Umweltbereich, beim Datenschutz oder bei der Lebensmittelsicherheit in die Welt zu exportieren.

Europa war schon immer ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Doch seit dem vergangenen Jahr beobachte ich, dass **Partner aus der ganzen Welt Schlange stehen, um Handelsabkommen mit uns abzuschließen.**

Mit Hilfe des Europäischen Parlaments haben wir gerade ein solches Abkommen mit Kanada besiegelt, das ab kommender Woche vorläufig angewandt wird. Mit Japan haben wir eine politische Einigung über eine neue Wirtschaftspartnerschaft erzielt. Die Zeichen stehen gut, dass wir dies bis Ende des Jahres auch mit Mexiko und verschiedenen südamerikanischen Ländern erreichen können.



Und heute schlagen wir vor, Verhandlungen über Handelsabkommen mit **Australien und Neuseeland** aufzunehmen.

Ich möchte, dass all diese Abkommen bis zum Ende dieser Amtszeit abgeschlossen werden. Und ich möchte, dass die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz geführt werden.

**Offener Handel muss Hand in Hand gehen mit einem transparenteren politischen Entscheidungsprozess.**

Das Europäische Parlament wird bei allen Handelsabkommen das letzte Wort haben. Seine Abgeordnete – ebenso wie die der nationalen und regionalen Parlamente – müssen vom ersten Tag der Verhandlungen an umfassend informiert sein. Dafür wird die Kommission sorgen.

Künftig veröffentlicht die Kommission Entwürfe der Verhandlungsmandate, die dem Rat vorgelegt werden, in vollem Umfang.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, was die Kommission vorschlägt. Schluss mit der Intransparenz, Schluss mit den Gerüchten und den Unterstellungen, die der Kommission immer wieder gemacht werden. Ich fordere den Rat auf, ebenso zu handeln und die endgültigen Verhandlungsmandate zu veröffentlichen.

Lassen Sie es mich ein für alle Mal sagen: **Wir sind keine naiven Freihändler.**

Europa muss immer seine strategischen Interessen verteidigen.

Deshalb schlagen wir heute einen **neuen Europäischen Rahmen zur Überprüfung von Investitionen vor, ein „Investment Screening“, wie es so schön auf Englisch heißt.** Wenn ein ausländisches Staatsunternehmen die Absicht hat, einen europäischen Hafen, einen Teil unserer Energie-Infrastruktur oder ein Unternehmen im Bereich der Verteidigungstechnologie zu übernehmen, dann sollte dies in aller Transparenz sowie nach eingehender Prüfung und Debatte geschehen. Es ist eine Frage der politischen Verantwortung, dass wir wissen, was vor unserer eigenen Haustür passiert, so dass wir unsere kollektive Sicherheit schützen können, wenn es sein muss.

**Zweitens möchte ich unsere Wirtschaft stärker und wettbewerbsfähiger machen.**

Dies gilt insbesondere für den Produktionsstandort Europa und die derzeit 32 Millionen Arbeitskräfte, die das Rückgrat dieses Standortes bilden. Sie schaffen die Weltklasse-Produkte, denen wir unseren Vorsprung im Vergleich zu anderen verdanken, beispielsweise unsere Autos.

Ich bin stolz auf unsere Automobilindustrie. Doch ich bin schockiert, wenn Kunden und Verbraucher wissentlich und absichtlich hinters Licht geführt werden. Ich fordere die Automobilindustrie auf, dies wiedergutzumachen und ihren Kurs zu korrigieren. Statt zu täuschen und in die Irre zu führen, sollten die Autobauer in die sauberen Autos der Zukunft investieren.

---

Die Kommission hat heute eine neue Strategie für die europäische Industriepolitik beschlossen, so dass unsere Unternehmen in puncto Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO<sub>2</sub>-Emissionen weltweit die Nummer eins bleiben oder werden.

Drittens **möchte ich, dass Europa führend ist, wenn es darum geht, den Klimawandel zu bekämpfen.**

Im vergangenen Jahr haben wir mit dem Pariser Klimaschutzabkommen, das hier in diesem Hause ratifiziert wurde, die globalen Spielregeln gesetzt. Da die Vereinigten Staaten ihren Ehrgeiz offenbar heruntergeschraubt haben, wird Europa dafür Sorge tragen, unsere Erde – die unteilbar Heimat aller Menschen ist – wieder großartig zu machen. Die Kommission wird in Kürze einen Vorschlag zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen im Verkehrssektor vorlegen.

**Vierte Priorität für das kommende Jahr: Wir werden die Europäerinnen und Europäer im digitalen Zeitalter besser schützen.**

In den vergangenen drei Jahren haben wir die Online-Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger erfolgreich verbessert. Die Kommission hat neue Vorschriften auf den Weg gebracht, um unser geistiges Eigentum, unsere kulturelle Vielfalt und unsere personenbezogenen Daten zu schützen. Wir bekämpfen verstärkt terroristische Propaganda und Radikalisierung im Internet. Was Cyberangriffe angeht, ist Europa allerdings noch nicht gut gerüstet.

**Cyberangriffe können unter Umständen gefährlicher sein für die Stabilität von Staaten und Unternehmen als Panzer und Gewehre.** Allein im vergangenen Jahr wurden täglich mehr als 4000 Angriffe mit Schadprogrammen verzeichnet und in 80 Prozent aller europäischen Unternehmen kam es zu mindestens einem Cybersicherheitsvorfall.

Cyberangriffe kennen keine Grenzen, und keiner ist immun. Deshalb schlägt die Kommission heute neue Instrumente und eine neue **EU-Agentur für Cybersicherheit** vor – diese soll uns in Zukunft besser vor solchen Angriffen schützen.

**Fünftens: Die Migration bleibt auf unserem Radarschirm. Obwohl die Fragen im Bereich Migration oft zu Debatten und Auseinandersetzungen geführt haben, haben wir in vielen Bereichen soliden Fortschritt gemacht – wenn auch noch nicht genug.**

**Wir schützen die Außengrenzen Europas mittlerweile wirksamer.** Mehr als 1700 Beamte der neuen Grenz- und Küstenwache unterstützen nun die 100 000 nationalen Grenzschützer der Mitgliedstaaten und patrouillieren in Griechenland, Italien, Bulgarien und Spanien. Wir haben gemeinsame Grenzen, aber die Staaten, die wegen ihrer geografischen Lage die erste Anlaufstelle sind, dürfen nicht allein für den Grenzschutz verantwortlich sein. Gemeinsame Grenzen und gemeinsamer Grenzschutz gehören zusammen.

**Es ist uns gelungen, die irregulären Ankünfte von Migranten, die Menschen in vielen Ländern Angst gemacht haben, in den Griff zu bekommen.** Die Zahl der Geflüchteten, die über das östliche Mittelmeer



kamen, haben wir dank unseres Abkommens mit der Türkei um 97 Prozent gesenkt. Und in diesem Sommer haben wir die zentrale Mittelmeerroute besser unter Kontrolle gebracht. Im August kamen 81 Prozent weniger Menschen an als im gleichen Monat im Jahr zuvor.

So **haben wir die Zahl der Todesfälle im Mittelmeer drastisch gesenkt**. Tragischerweise sind in diesem Jahr dennoch fast 2500 Menschen dort gestorben. **Ich werde mich nie damit abfinden, dass Menschen im Meer ertrinken.**

Ich kann nicht über Migration sprechen, ohne Italien meinen tiefen Respekt für seinen unermüdlichen, großmütigen Einsatz zu zollen. Auch in diesem Sommer hat die Kommission wieder eng mit Ministerpräsident Paolo Gentiloni und seiner Regierung zusammengearbeitet, um die Situation zu verbessern – insbesondere durch die Schulung der libyschen Küstenwache. Wir werden Italien weiter mit Nachdruck operativ und finanziell unterstützen. Denn **Italien rettet im Mittelmeer die Ehre Europas**.

Wir müssen auch dringend die Lebensumstände der Flüchtlinge in Libyen verbessern. Ich bin schockiert von den unmenschlichen Bedingungen in Auffang- oder Aufnahmelagern. Europa hat hier eine gemeinschaftliche Verantwortung. Und die Kommission wird in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen handeln, um dieser skandalösen Situation, die nicht länger andauern darf, ein Ende zu setzen.

Auch wenn es mich betrübt, dass die Solidarität nicht in all unseren Mitgliedstaaten gleich stark ausgeprägt ist, hat **Europa als Ganzes weiterhin Solidarität gezeigt**. Allein im vergangenen Jahr haben unsere Mitgliedstaaten mehr als 720 000 Flüchtlingen Asyl gewährt oder sie neu angesiedelt – drei Mal mehr als die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien zusammen. **Europa ist – anders als viele behaupten – keine Festung und es darf niemals eine werden. Europa ist und bleibt der Kontinent der Solidarität, auf dem diejenigen Schutz finden, die vor Verfolgung geflohen sind.**

Besonders stolz bin ich auf die jungen Europäerinnen und Europäer, die sich freiwillig melden, um syrischen Flüchtlingen Sprachunterricht zu geben, und auf Tausende andere junge Menschen, die Teil unseres neuen Europäischen Solidaritätskorps sind. **Sie verleihen dem Grundsatz der europäischen Solidarität Leben.**

Jetzt müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln. Noch vor Monatsende wird die Kommission neue Vorschläge präsentieren, bei denen der Schwerpunkt auf Rückführungen, Solidarität mit Afrika und legalen Einreisewegen liegt.

**Zum Thema Rückführungen** – Menschen, die kein Recht haben, in Europa zu bleiben, müssen in ihre Herkunftsländer zurückkehren. Angesichts der Tatsache, dass nur 36 Prozent der irregulären Migranten rückgeführt werden, wird klar, dass es hier verstärkter Anstrengungen bedarf. Dies ist die einzige Möglichkeit für Europa, sich solidarisch mit jenen Flüchtlingen zu zeigen, die wirklich schutzbedürftig sind.

**Wir können Solidarität nicht nur innereuropäisch verstehen, sondern es geht auch um mehr Solidarität mit Afrika – Afrika ist ein erhabener Kontinent mit einer jungen Bevölkerung. Es ist die Wiege der Menschheit.** Unser 2,7 Milliarden Euro schwerer EU-Treuhandfonds für Afrika schafft dort überall Beschäftigungsmöglichkeiten. Doch während der Großteil des Geldes aus dem EU-Haushalt stammt, haben all unsere Mitgliedstaaten zusammen gerade einmal 150 Millionen Euro beigesteuert. Momentan stößt der Fonds an seine Grenzen. **Wir wissen, wie gefährlich Geldnot werden kann:** 2015 machten sich viele Flüchtlinge auf den Weg nach Europa, als und weil dem Welternährungsprogramm der

---

Vereinten Nationen das Geld ausging. Ich rufe alle Mitgliedstaaten auf, den Worten jetzt Taten folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass dem Treuhandfonds für Afrika nicht dasselbe Los droht.

Wir werden auch daran arbeiten, **legale Einreisemöglichkeiten** zu eröffnen. Irreguläre Migration hört erst dann auf, wenn es eine echte Alternative zu lebensgefährlichen Reisen gibt. Wir haben fast 22 000 Flüchtlinge aus der Türkei, Jordanien und Libanon neu angesiedelt, und ich unterstütze den Aufruf des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen, Grandi, weitere 40 000 Flüchtlinge aus Libyen und den benachbarten Ländern neu anzusiedeln. Außerdem ist Europa ein alternder Kontinent, ein Grund mehr, das wir ein System der legalen Migration brauchen. Deshalb hat die Kommission Vorschläge gemacht, um den Migranten den Zugang zur Blauen Karte zu erleichtern und ich danke dem Parlament für Ihre Unterstützung unseres Vorschlags. Ich plädiere für eine ehrgeizige und schnelle Einigung in dieser wichtigen Angelegenheit.

## **SEGEL SETZEN**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete,

ich habe nur einige wenige der Initiativen angesprochen, die wir in den kommenden 16 Monaten zum Abschluss bringen müssen.

Doch das allein reicht nicht aus, wenn wir die Herzen, und auch die Köpfe, der Europäer zurückgewinnen wollen.

Jetzt ist es an der Zeit, die Strecke in Richtung Zukunft abzustecken.

Im März hat die Kommission ihr Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf Szenarien vorgelegt, wie Europa im Jahr 2025 aussehen könnte. Diese Szenarien wurden diskutiert, analysiert und mitunter teilweise zerrissen. Das ist auch gut so, denn genau dafür waren sie gedacht. Ich wollte einen Prozess in Gang bringen, in dem die Europäer über ihren Weg in die Zukunft selbst bestimmen.

**Die Zukunft Europas kann man nicht – gewissermaßen von oben herab – diktieren.** Solche Entscheidungen müssen auf einer demokratischen Debatte und – letztlich – auf breitem Konsens fußen. Dieses Haus hat aktive Beiträge zu dieser Debatte geleistet: durch die drei ehrgeizigen Entschlüsse zur Zukunft Europas, und durch Ihre Teilnahme an vielen der mehr als 2000 öffentlichen Konsultationsveranstaltungen, welche die Kommission seit März organisiert hat.

Jetzt ist es an der Zeit, die ersten Schlussfolgerungen aus dieser Debatte zu ziehen. **Es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zu machen: vom Nachdenken zum Handeln, von der Debatte zur Entscheidung.**

Heute möchte ich Ihnen **meine Sicht der Dinge** vorstellen: **mein – wenn Sie so wollen – persönliches „Szenario Sechs“**.

Dieses Szenario beruht auf jahrzehntelangen persönlichen Erfahrungen. Mein ganzes Leben lang habe ich das europäische Projekt gelebt und dafür gearbeitet. Ich habe gute Zeiten, aber auch schlechte erlebt.



Ich habe an vielen Seiten des Verhandlungstisches gesessen – als Minister, als Premierminister, als Präsident der Euro-Gruppe und nun als Kommissionspräsident. Ich war in Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon dabei, als sich unsere Union weiterentwickelt und erweitert hat. Ich habe stets für Europa gekämpft. Manchmal mit Europa und an Europa gelitten und verzweifelt.

**Ich bin mit der Europäischen Union durch dick und dünn gegangen – und nie habe ich meine Liebe zu Europa verloren.**

Es gibt keine Liebe ohne Enttäuschungen, jedenfalls sehr selten.

Ja, Liebe zu Europa, weil Europa und die Europäische Union in dieser zerklüfteten Welt Einmaliges erreicht hat: Frieden nach innen und nach außen. Wohlstand wenn auch nicht für alle so doch für viele. Daran sollten wir 2018 aus Anlass des Europäischen Jahres des Kulturerbes denken. 2018 muss ein Fest der kulturellen Vielfalt werden.

## **EINE UNION DER WERTE**

Die Wertegebundenheit Europas gibt uns ein sicheres Zuhause.

**Für mich ist Europa mehr als Binnenmarkt, Geld und Euro. Es ging immer um Werte.**

Mein Szenario 6 geht von drei Grundprinzipien aus, derer wir uns stets bewusst sein müssen: Freiheit, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit.

**Europa ist zunächst eine Union der Freiheit.** Damit meine ich die Freiheit von Unterdrückung und Diktatur – Phänomene, die unser Kontinent, vor allem Mittel- und Osteuropa, leider nur allzu gut kennt. Ich meine die Freiheit, die eigene Meinung zu sagen, als Bürger und als Journalist – eine Freiheit, die wir allzu oft als Selbstverständlichkeit empfinden. Auf diesen Freiheitswerte wurde unsere Union aufgebaut. Freiheit fällt nicht vom Himmel. Wir müssen für sie kämpfen. In Europa. In der Welt.

**Zweitens muss Europa eine Union der Gleichberechtigung sein.**

Das bedeutet Gleichberechtigung ihrer Mitglieder – ob groß oder klein, ob im Osten oder Westen, ob im Norden oder Süden.

Europa reicht von Vigo bis Varna, von Spanien bis nach Bulgarien.

**Europa muss mit beiden Lungenflügeln atmen, mit dem östlichen und dem westlichen.** Ansonsten gerät unser Kontinent in Atemnot.

**In einer Union der Gleichen kann es keine Bürger zweiter Klasse geben.** Es ist nicht hinnehmbar, dass auch 2017 noch Kinder an Krankheiten sterben, die in Europa schon längst ausgerottet sein müssten.

---

Kinder in Rumänien oder Italien sollten gleichermaßen Zugang zu Masernimpfstoffen haben wie Kinder in allen anderen Ländern Europas. Ohne Wenn und Aber. Deshalb arbeiten wir mit allen Mitgliedstaaten zusammen, um ihre nationalen Impfmaßnahmen zu unterstützen. Vermeidbare Todesfälle darf es in Europa nicht geben.

**In einer Union der Gleichen kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollten das gleiche Gehalt bekommen.** Diesem Ziel dienen die Kommissionsvorschläge zur Entsendung von Arbeitskräften. Wir sollten sicherstellen, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfache und wirksame Art und Weise durchgesetzt werden – und zwar mit Hilfe einer neuen europäischen Aufsichts- und Umsetzungsbehörde. Es erscheint absurd, dass eine Bankenaufsichtsbehörde darüber wacht, ob Bankenstandards eingehalten werden, dass es aber keine **gemeinsame Arbeitsbehörde** gibt, die für Fairness innerhalb des Binnenmarkts sorgt. Wir werden sie schaffen.

**In einer Union der Gleichen kann es keine Verbraucher zweiter Klasse geben.** Ich werde nicht akzeptieren, dass den Menschen in manchen Teilen Europas qualitativ schlechtere Lebensmittel verkauft werden als in anderen, obwohl Verpackung und Markenkennzeichnung identisch sind. Slowaken haben nicht weniger Fisch in Fischstäbchen verdient, Ungarn nicht weniger Fleisch in Fleischgerichten oder Tschechen weniger Kakao in der Schokolade. Das EU-Recht verbietet solche Praktiken schon jetzt. Nun müssen wir die nationalen Behörden mit umfassenderen Befugnissen ausstatten, sodass sie flächendeckend gegen die illegalen Praktiken vorgehen können.

**Drittens: In Europa ist die Stärke des Rechtes an die Stelle des Rechts des Stärkeren getreten.** Das bedeutet, dass Recht und Gesetz durch eine unabhängige Justiz gewahrt werden.

Teil einer Union zu sein, die auf Rechtsstaatlichkeit beruht, heißt auch, rechtskräftige Urteile zu akzeptieren und zu respektieren. Die Mitgliedstaaten haben dem Europäischen Gerichtshof die Befugnis übertragen, in letzter Instanz zu entscheiden. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofs sind in allen Fällen zu respektieren. Sie nicht zu respektieren oder die Unabhängigkeit nationaler Gerichte zu untergraben, heißt, die Bürgerinnen und Bürger ihrer Grundrechte zu berauben.

**Rechtsstaatlichkeit ist in der Europäischen Union keine Option. Sie ist Pflicht.**

**Unsere Union ist kein Staat, aber sie ist ein Rechtsstaat.**

## **EINE ENGER VEREINTE UNION**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Freiheit, Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit – diese drei Grundsätze müssen das Fundament sein, auf dem wir **eine stärkere, enger vereinte und demokratischere Union** aufbauen.



Wenn wir über unsere Zukunft reden, dann sagt mir meine Erfahrung, dass neue Verträge und neue Institutionen für die Menschen nicht die Antwort sind, nach der sie suchen. Sie sind lediglich Mittel zum Zweck, nicht mehr und nicht weniger. Für uns hier in Straßburg und in Brüssel haben sie eine Bedeutung. Andernorts aber bedeuten sie nicht viel.

Ich bin an institutionellen Reformen nur interessiert, wenn sie zu mehr Effizienz der Union führen.

**Statt Zuflucht in künftigen Vertragsänderungen – die irgendwann kommen müssen – zu suchen, müssen wir uns zunächst von der Vorstellung verabschieden, dass einige verlieren müssen, damit andere gewinnen können.** In der Demokratie geht es um Kompromisse. Und die richtigen Kompromisse machen alle zu Gewinnern. In der Europäischen Union sind Kompromisse weder negativ noch obszön, sondern sind die Kunst, Gegensätze zu überbrücken und zueinander zu finden. Wer nicht kompromissfähig ist, ist weder demokratiefähig noch europatauglich. Das sollte immer das Ziel der gemeinsamen Arbeit des Parlament, des Rat und der Kommission sein.

Um ihre Einheit zu stärken, muss die Europäische Union auch inklusiver werden.

**Wenn wir den Schutz unserer Außengrenzen verstärken wollen, dann müssen wir Rumänien und Bulgarien unverzüglich den Schengen-Raum öffnen.** Wir sollten auch Kroatien die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglichen, sobald es alle Kriterien erfüllt.

**Wenn wir wollen, dass der Euro unseren Kontinent mehr eint als spaltet, dann sollte er mehr sein als die Währung einer ausgewählten Ländergruppe. Der Euro ist dazu bestimmt, die einheitliche Währung der Europäischen Union als Ganzes zu sein.** Alle außer zwei Mitgliedstaaten sind verpflichtet und berechtigt, dem Euroraum beizutreten, sobald sie alle Bedingungen erfüllen.

Doch die Mitgliedstaaten, die dem Euroraum beitreten möchten, müssen dies auch tun können. Deshalb schlage ich **die Schaffung eines Euro-Beitrittsinstrumentes** vor, das ihnen technische, manchmal auch finanzielle Heranführungshilfen bietet.

**Wenn wir wollen, dass Banken überall auf unserem Kontinent nach denselben Regeln und unter derselben Aufsicht arbeiten, dann sollten wir alle Mitgliedstaaten ermutigen, der Bankenunion beizutreten.** Die Bankenunion muss unverzüglich vollendet werden. Dazu müssen wir die verbleibenden Risiken in den Bankensystemen mancher Mitgliedstaaten verringern. Die Bankenunion funktioniert nur, wenn die Begrenzung und das Teilen von Risiken Hand in Hand gehen. Um dies tun zu können – das weiß jeder – müssen Vorbedingungen erfüllt werden, so wie es die Kommission im November 2015 vorgeschlagen hat. Eine gemeinsame Einlagensicherung kann es nur dann geben, wenn jeder seine nationalen Hausaufgaben erledigt.

Wenn wir der sozialen Fragmentierung und dem Sozialdumping in Europa ein Ende setzen wollen, sollten die Mitgliedstaaten sich so schnell wie möglich, und spätestens beim **Göteborg-Gipfel** im November, auf **die europäische Säule sozialer Rechte** einigen. Nationale Sozialsysteme werden noch lange unterschiedlich und eigenständig bleiben. Doch wir sollten uns zumindest für **eine Europäische Union der Sozialstandards** stark machen, in der es einen Konsens darüber gibt, was in unserem Binnenmarkt sozial fair und sozial unfair ist.

Damit Europa gelingt, darf es den Arbeitnehmern nicht die kalte Schulter zeigen.

---

**Wenn wir mehr Stabilität in unserer Nachbarschaft wollen, müssen wir eine glaubhafte Erweiterungsperspektive für den Westlichen Balkan aufrechterhalten.**

Während dieses Kommissions- und Parlamentsmandates kann es keine neuen Mitglieder geben, weil die Beitrittsbedingungen noch nicht erfüllt werden können. Doch die Europäische Union wird in den darauffolgenden Jahren mehr als 27 Mitglieder zählen. Bei allen Beitrittsländern haben Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Grundwerte oberste Priorität.

**Das schließt eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in absehbarer Zukunft aus.**

Die Türkei entfernt sich seit geraumer Zeit mit Riesenschritten von der Europäischen Union. Journalisten gehören in Redaktionsstuben, in denen freie Meinungsäußerung gilt. Sie gehören nicht ins Gefängnis.

Ich appelliere heute an die Verantwortlichen in der Türkei: **Lassen Sie unsere Journalisten frei, und nicht nur unsere Journalisten. Hören Sie auf, unsere Mitgliedstaaten und unsere Staats- und Regierungschefs als Faschisten und Nazis zu beschimpfen.** Europa ist ein Kontinent reifer Demokratien. Wer beleidigt, verbaut sich Wege. Manchmal habe ich den Eindruck, einige in der Türkei möchten sich Wege verbauen, um dann später die Europäische Union für das eventuelle Scheitern der Beitrittsgespräche haftbar machen zu können.

Von unserer Seite wird immer eine Hand ausgestreckt bleiben für das große türkische Volk und all jene, die bereit sind, auf der Grundlage unserer Werte mit uns zusammenzuarbeiten.

## **EINE STÄRKERE UNION**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Unsere Union muss stärker werden.

**Ich will, dass der Binnenmarkt gestärkt wird.**

Ich möchte, dass wir in wichtigen Binnenmarktfragen öfter und einfacher im Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden unter gleichberechtigter Mitwirkung des Europäischen Parlaments. Dazu brauchen wir keine Vertragsänderungen. Die derzeitigen Verträge enthalten sogenannte „**Brückenklauseln**“, die es ermöglichen, in bestimmten Feldern – vorausgesetzt der Europäische Rat entscheidet dies einstimmig – mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu entscheiden.

**Ich bin dafür, bei Beschlüssen über die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, über die Mehrwertsteuer, über eine faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Finanztransaktionssteuer die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit einzuführen.** Europa muss schneller und effizienter entscheiden können.



## **Wir brauchen auch eine handlungsfähigere Wirtschafts- und Währungsunion.**

Der Euro-Raum ist heute widerstandsfähiger als noch vor Jahren. So haben wir unter anderem den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen. **Ich denke, der ESM sollte nun schrittweise zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, der allerdings fest in unserer Europäischen Union verankert sein muss.** Die Kommission wird hierzu im Dezember konkrete Vorschläge vorlegen.

Wir brauchen einen **Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister**, einen europäischen Minister, der positive Strukturreformen in unseren Mitgliedstaaten fördert und unterstützt. Er wird dabei auf der Arbeit aufbauen können, die die Kommission seit 2015 mit unserer Sondereinheit zur Unterstützung von Strukturreformen leistet. Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister soll alle EU-Finanzierungsinstrumente koordinieren, die in Bewegung gebracht werden müssen, wenn ein Mitgliedstaat von einer Rezession oder einer Fundamentalkrise betroffen ist.

Ich plädiere nicht für die Schaffung eines neuen Amtes. Ich plädiere aus Effizienzgründen dafür, dass der für Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar – idealerweise ein Vize-Präsident der Europäischen Kommission – mit dieser Aufgabe betraut und Vorsitzender der Eurogruppe wird.

Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister muss selbstverständlich dem Europäischen Parlament gegenüber Rechenschaft ablegen.

Wir brauchen keine Parallelstrukturen. Wir benötigen deshalb keinen separaten Euro-Haushalt, sondern **eine starke Eurozonen-Budgetlinie im Rahmen unseres EU-Haushaltes.**

Ich kann auch der Idee eines gesonderten Euro-Parlamentes wenig Reiz abgewinnen. **Das Parlament des Euroraums ist das Europäische Parlament.**

Die Europäische Union muss auch stärker bei der **gemeinsamen Terrorbekämpfung** werden. In den letzten drei Jahren sind wir zwar diesbezüglich ein großes Stück weitergekommen. Doch im Falle grenzübergreifender terroristischer Bedrohung reagieren wir nicht schnell genug.

**Ich plädiere deshalb für eine europäische Aufklärungseinheit**, die sicherstellt, dass Daten über Terroristen und Auslandskämpfer automatisch zwischen unseren Nachrichten- und Polizeidiensten ausgetauscht werden.

Aus meiner Sicht spricht ferner vieles dafür, die neu geschaffene **Europäische Staatsanwaltschaft** mit der **Verfolgung von grenzübergreifenden terroristischen Straftaten** zu betrauen.

Die Europäische Union muss sich auch um **mehr Gewicht auf der Weltbühne** bemühen. Um mehr Gewicht zu erlangen, muss sie **außenpolitische Beschlüsse schneller fassen** können. Deshalb bitte ich die Mitgliedstaaten zu prüfen, welche außenpolitischen Beschlüsse nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden könnten. Der Vertrag lässt dies zu, wenn der Europäische Rat dies einstimmig beschließt.

Im **Verteidigungsbereich** sind weitere Anstrengungen vonnöten. Die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds steht auf der Tagesordnung; die Permanente Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist auf gutem Weg. Bis 2025 brauchen wir eine funktionierende **Europäische Verteidigungsunion**. Wir brauchen sie. Und die NATO hätte sie gerne.

Nicht zuletzt möchte ich – in Weiterführung der Kommissionsbemühung der letzten Jahre –, dass sich unsere Union **stärker auf die wirklich wichtigen Dinge** konzentriert. Wir sollten die Bürger Europas nicht mit Regelungs-Klein-Klein nerven, sondern in großen Dingen Größe zeigen, nicht pausenlos neue Initiativen vom Zaun brechen und Befugnisse, dort wo es sinnvoll ist, an die Nationalstaaten zurückgeben.

Deshalb hat diese Kommission **in großen Dingen Größe** gezeigt und sich **in kleinen Dingen zurückgehalten**. Sie hat weniger als 25 neue Initiativen pro Jahr vorgelegt, während es bei der Vorgänger-Kommission noch über 100 waren. Wir haben Befugnisse zurückgegeben, dort, wo es sinnvoller ist, dass die Nationalregierungen die Dinge selbst in die Hand nehmen. Dank der hervorragenden Arbeit von Kommissarin Vestager haben wir 90 Prozent der staatlichen Beihilfeentscheidungen auf die regionale oder kommunale Ebene verlagert.

Um die begonnene Arbeit sinnvoll zu Ende zu führen, setzen wir noch in diesem Monat eine **Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit** ein. Der Erste Vizepräsident Frans Timmermans, der sich jetzt schon um bessere Rechtssetzung verdient gemacht hat, wird diese Task Force leiten. Dieser Timmermans-Task-Force werden auch Mitglieder dieses Parlaments und nationale Parlamentarier angehören. In einem Jahr wird sie Bericht erstatten.

## EINE DEMOKRATISCHERE UNION

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete,

unsere Union muss einen demokratischen Sprung nach vorn machen.

Bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament sollten die europäischen Parteien früher mit dem Wahlkampf anfangen als bisher. Allzu oft war der Europawahlkampf nicht mehr als die Summe der nationalen Kampagnen. **Die europäische Demokratie hat etwas Besseres verdient.** Deshalb schlägt die Kommission heute neue Regeln zur Finanzierung politischer Parteien und Stiftungen vor. Wir sollten nicht extremen anti-europäischen Gruppen die Kassen füllen, sondern vielmehr europäischen Parteien bessere Möglichkeiten geben, sich zu organisieren. Wir müssen dafür sorgen, dass zwischen dem, was in diesem Hause geschieht, und dem, was im Wahlkampf gesagt wird, ein engerer Zusammenhang besteht.

Ich halte auch europaweite, **transnationale Listen** für eine gute Idee, auch wenn mir bewusst ist, dass einige von Ihnen damit nicht einverstanden sind. Solche Listen würden dazu beitragen, die Europawahlen europäischer und demokratischer zu machen.

Ich bin zudem der Meinung, dass wir die nationalen Parlamente und die Zivilgesellschaft auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den kommenden Monaten an der Arbeit am Europa der Zukunft beteiligen

sollten. In den vergangenen drei Jahren sind die Mitglieder der Kommission mehr als 650 Mal in den nationalen Parlamenten zu Gast gewesen. Ferner haben sie an über 300 interaktiven Bürgerdialogen in mehr als 80 Städten in 27 Mitgliedstaaten teilgenommen. Aber wir können noch mehr tun. Deshalb unterstütze ich die Idee von Präsident Macron, 2018 demokratische Konvente in allen Teilen Europas zu organisieren.

Ich werde mich selbstverständlich an dieser an Intensität zunehmenden Debatte beteiligen und dabei 2018 besonders Estland, Lettland, Litauen und Rumänien in den Blick nehmen. Diese Länder feiern im kommenden Jahr ihren hundertsten Geburtstag. **Wer die Zukunft unseres Kontinents gestalten will, sollte unsere gemeinsame Geschichte gut verstehen und ehren.** Das gilt auch für diese vier Länder – Europa wäre ohne sie nicht vollständig.

Der Bedarf an mehr Demokratie hat auch für die Europäische Kommission selbst Konsequenzen. Heute lege ich dem Europäischen Parlament einen neuen **Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder** vor. Dieser neue Verhaltenskodex eröffnet erstens allen Kommissionsmitgliedern die Möglichkeit, als Kandidat bei den Europawahlen anzutreten. Zweitens wird der neue Kodex natürlich die Integritätsanforderungen an Kommissionsmitglieder erhöhen, sowohl während ihres Mandats als auch danach.

Wenn wir die europäische Demokratie stärken wollen, dann dürfen wir den demokratischen Prozess des Spitzenkandidatensystems nicht rückgängig machen. Ich bin überzeugt, dass ein zukünftiger Präsident sehr von der einzigartigen Erfahrung profitieren wird, in allen Ecken unseres schönen Kontinents Wahlkampf betrieben zu haben. Um die Herausforderungen seines oder ihres Jobs und die Diversität unserer Mitgliedsstaaten zu verstehen, sollte ein zukünftiger Präsident Bürgerinnen und Bürger genauso im Rathaus in Helsinki treffen wie auf den Plätzen Athens. Ich habe persönlich die Erfahrung gemacht, dass ein demokratischer Wahlkampf einen demütiger macht, aber auch stärker während des Mandats. Und man kann so den Anderen im Europäischen Rat mit dem Bewusstsein gegenüber treten, dass man genau wie sie gewählt wurde. Das ist gut für das Gleichgewicht in unserer Union.

Mehr Demokratie heißt mehr Effizienz. Europa würde besser funktionieren, wenn wir das **Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission mit dem des Präsidenten des Europäischen Rates verschmelzen** könnten.

Dieser Vorstoß geht nicht gegen meinen guten Freund Donald, mit dem ich in den vergangenen drei Jahren reibungslos zusammengearbeitet habe. Er geht nicht gegen Donald oder mich. Europa wäre leichter zu verstehen, wenn ein einziger Kapitän am Steuer wäre.

**Wenn wir nur einen Präsidenten hätten, würde das der wahren Natur unserer Europäischen Union besser gerecht werden, da diese sowohl eine Union der Staaten als auch der Bürger ist.**

## UNSER FAHRPLAN

Meine Damen und Herren,

die Vision eines enger vereinten, stärkeren und demokratischeren Europas, die ich hier skizziere, vereint Elemente der fünf Szenarien, die ich im März vorgestellt habe.

**Unsere Zukunft darf jedoch nicht ein bloßes Szenario, ein Entwurf oder eine Idee unter vielen bleiben.**

**Wir müssen heute die Union von morgen vorbereiten.**

Heute Morgen habe ich den Präsidenten Tajani und Tusk sowie den künftigen Vorsitzenden der rotierenden Ratspräsidentschaft einen **Fahrplan** mit den künftigen Weichenstellungen zwischen jetzt und März 2019 vorgelegt.

Ein wichtiger Teil dieses Fahrplans werden die Pläne sein, die die Kommission im Mai 2018 vorlegen wird und die gewährleisten sollen, dass der zukünftige EU-Haushalt unseren Ambitionen gerecht wird und wir alle unsere Versprechen auch einlösen können.

Am 29. März 2019 wird das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlassen. Das wird ein sehr trauriger und tragischer Moment sein, den wir immer bedauern werden. Doch wir müssen den Willen des britischen Volkes respektieren.

**Am 30. März 2019 werden wir somit eine Union der 27 sein.** Wir sollten uns auf diesen Moment gut vorbereiten, unter den 27 und innerhalb der EU-Institutionen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden ein paar Wochen später statt, im Mai 2019. Nur wenige Wochen später haben die Europäer also ein Rendezvous mit der Demokratie. Sie haben Anspruch darauf zu wissen, wie sich die Europäische Union in den kommenden Jahren entwickeln wird, wenn sie zur Wahlurne schreiten, um ihre Stimme abzugeben.

Deshalb appelliere ich an Präsident Tusk und an Rumänien, das in der ersten Jahreshälfte 2019 den Ratsvorsitz innehaben wird, **am 30. März 2019 einen Sondergipfel** einzuberufen. Mein Wunsch ist, dass dieser Gipfel in der schönen alten Stadt Sibiu stattfindet, die ich noch als Hermannstadt kenne. Das wäre der Moment, um gemeinsam die Beschlüsse zu fassen, die für ein geeinteres, enger vereintes und demokratischeres Europa notwendig sind.

Meine Hoffnung ist, dass die Europäerinnen und Europäer am 30. März 2019 in einer Union aufwachen, in der wir alle für unsere Werte stehen. In der alle Mitgliedstaaten die Rechtsstaatlichkeit respektieren. In der es für alle EU-Mitgliedsstaaten die Norm ist, Mitglied des Euroraums, der Bankenunion und des Schengen-Raums zu sein. In der wir die Grundlagen für unsere Wirtschafts- und Währungsunion so gefestigt haben, dass wir Europäer unsere Gemeinschaftswährung in guten und in schlechten Zeiten verteidigen können, ohne Hilfe von außen zu suchen. In der unser Binnenmarkt gegenüber Arbeitnehmern aus dem Osten und dem Westen fairer ist. In der wir es geschafft haben, uns auf eine starke Säule an Sozialstandards zu einigen. In der Gewinne dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet wurden. In der Terroristen keine Schlupflöcher haben. In einer Union, die sich auf eine echte europäische Verteidigungsunion geeinigt hat. In der nur ein Präsident die Arbeit der Kommission und des Europäischen Rats leitet, der nach einem europaweiten demokratischen Wahlkampf gewählt wurde.

Wenn unsere Bürgerinnen und Bürger am 30. März 2019 in dieser Union aufwachen, sollten sie ein paar Wochen später in der festen Überzeugung zu den Urnen schreiten können, dass unsere Union etwas für sie tut.

## **SCHLUSSBEMERKUNGEN**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Europa ist nicht dafür gemacht stillzustehen, das darf nie passieren.

Helmut Kohl und Jacques Delors haben mich gelehrt, dass Europa nur mit Mut vorankommt.

Der Binnenmarkt, Schengen und die einheitliche Währung galten alle als Luftschlösser, bevor sie tatsächlich Wirklichkeit wurden. Und doch sind diese drei ehrgeizigen Projekte jetzt Realität.

Ich verstehe diejenigen, die sagen: „Lasst uns das Schiff nicht gerade jetzt zum Wanken bringen, wo die Dinge sich wieder zum Besseren wenden.“

Doch jetzt ist nicht die Zeit für Vorsicht.

**Wir haben damit begonnen, unser Dach zu reparieren. Aber wir müssen diesen Job zu Ende bringen, jetzt da die Sonne scheint – und solange sie scheint.** Denn wenn die nächsten Wolken am Horizont auftauchen, wird es zu spät sein. Denn sie werden auftauchen.

Lasst uns die Leinen losmachen,

die Segel setzen,

und jetzt den günstigen Wind **nutzen**.



***Jean-Claude Juncker***

---

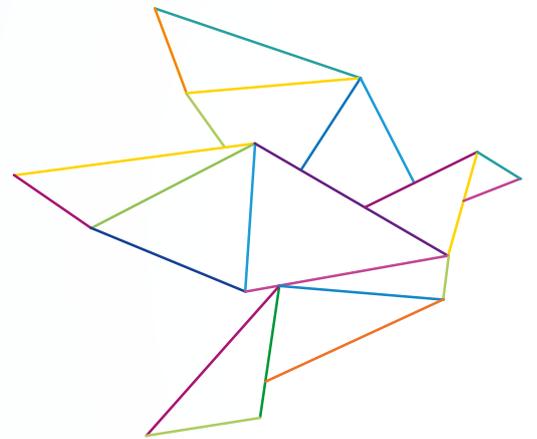
---

---

---

---

---



## **LAGE DER UNION 2017**

ABSICHTSERKLÄRUNG AN PRÄSIDENT ANTONIO TAJANI  
UND MINISTERPRÄSIDENT JÜRI RATAS

---

Straßburg, 13. September 2017

Sehr geehrter Herr Präsident Tajani,

sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ratas,

die vergangenen zwölf Monate waren für die europäischen Bürgerinnen und Bürger und für uns alle voller Herausforderungen. 2016 war in vielerlei Hinsicht ein „annus horribilis“ für das europäische Projekt. Das Brexit-Referendum, die Terroranschläge, das langsame Wachstum und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit in einigen unserer Mitgliedstaaten sowie die fortdauernde Migrationskrise haben Europa in vielfacher Weise herausgefordert. Unsere europäischen Werte und Demokratien wurden durch erstarkende populistische Kräfte im In- und Ausland auf die Probe gestellt, während zugleich geopolitische Unwägbarkeiten im Zusammenhang mit den Präsidentschaftswahlen in den Vereinigten Staaten zunahmen.

Harte Arbeit und politische Führungsstärke der EU-Institutionen und unserer Mitgliedstaaten waren gefragt, um das europäische Projekt in diesen turbulenten Zeiten auf Kurs zu halten. Wir möchten Ihnen beiden und den Mitgliedern Ihrer Institutionen dafür danken, dass Sie mit großem Engagement unsere positive Agenda für ein Europa, das schützt, stärkt und verteidigt, unterstützt haben, die der Kommissionspräsident in der Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 vorgestellt hat. Diese Agenda stieß im Plenum des Europäischen Parlaments direkt auf ein positives Echo und wurde zwei Tage später auch von den Staats- und Regierungschefs der EU-27 beim Gipfeltreffen in Bratislava begrüßt. Gemeinsam mit Ihnen haben wir die Umsetzung dieser positiven Agenda vorangetrieben, nicht zuletzt dank der Gemeinsamen Erklärung zu den gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2017, die die Präsidenten des Europäischen Parlaments, des Rates und der Europäischen Kommission am 13. Dezember 2016 unterzeichnet haben. Mithilfe unseres Europäischen Fonds für strategische Investitionen, der durch unseren gemeinsamen EU-Haushalt garantiert und durch die Tätigkeit der Europäischen Investitionsbank unterstützt wird, wurden bereits mehr als 225 Mrd. EUR investiert. Die Europäische Grenz- und Küstenwache hat ihre Arbeit an den Außengrenzen der EU aufgenommen und ist nun voll einsatzfähig, sei es in Griechenland, Bulgarien, Italien oder Spanien. Wir haben EU-Mittel für die Ausbildung der libyschen Küstenwache sowie für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen der mehr als 3 Millionen syrischen Flüchtlinge in der Türkei bereitgestellt. Wir haben die Arbeit an einer Richtlinie zur besseren Terrorismusbekämpfung und an Vorschriften, mit denen der Erwerb und der Besitz von Schusswaffen wirksamer kontrolliert werden können, erfolgreich abgeschlossen. Wir haben unsere Instrumente zur Bekämpfung der Steuervermeidung verschärft. Wir haben einen beispiellosen Schritt hin zur Schaffung eines Europäischen Verteidigungsfonds getan und erstmals vereinbart, Verteidigungsfragen im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit zu behandeln. Gemeinsam haben wir erreicht, dass ein faires und ausgewogenes Handelsabkommen mit Kanada vorläufig in Kraft treten konnte, einem gleich gesinnten Partner, wenn es um Lebensmittel- und Gesundheitsnormen und um kulturelle Vielfalt geht. Und wir haben den Weg für eine ehrgeizige, auf Werten beruhende Wirtschaftspartnerschaft mit Japan geebnet. Gemeinsam haben wir die EU und die Ukraine einander nähergebracht mittels eines Assoziierungsabkommens, das unseren östlichen Nachbarn in der gesamten Region im Laufe der Zeit Stabilität und Wohlstand bringen soll. Gegen erheblichen Widerstand haben wir das Pariser Übereinkommen, das das beste Instrument zur Bewältigung des Klimawandels darstellt, ratifiziert und verteidigt. Und nicht zuletzt ist es uns gelungen, die Roaminggebühren ab Juni abzuschaffen und dafür zu sorgen, dass von 2017 an in ganz Europa auf öffentlichen Plätzen und in Rathäusern, Parks und Bibliotheken ein freier Zugang zu WLAN-Hotspots möglich ist. Nach der Hälfte unserer Amtszeit können wir bei allen zehn Prioritäten unserer Politischen Leitlinien von 2014 eine raschere und effizientere Umsetzung vorweisen, was den Bürgerinnen und Bürgern sowie den Unternehmen in Europa zugutekommt<sup>1</sup>.

Europa gewinnt seine Stärke erkennbar zurück. Das Wirtschaftswachstum nimmt Fahrt auf: Es wird in diesem Jahr bei über 2 % (2,2 % im Euroraum) liegen und schließlich jeden unserer Mitgliedstaaten erreichen. Gleichzeitig wurden die Wachstumsraten der Vereinigten Staaten und Japans in den vergangenen beiden Jahren übertroffen. Fast 8 Millionen Arbeitsplätze sind in der laufenden Amtszeit entstanden, was nicht nur, aber auch den auf EU-Ebene ergriffenen Maßnahmen zu verdanken ist, vor allem unserem Europäischen Fonds für strategische Investitionen, unserer Jugendgarantie, unseren Europäischen Struktur- und Investitionsfonds und der Geldpolitik

<sup>1</sup> „The European Commission at mid-term: State of play of President Juncker’s ten priorities“, Bericht des Europäischen Parlaments vom 11. Juli 2017.



der Europäischen Zentralbank. Sowohl wirtschaftlich als auch politisch hat Europa Wind in den Segeln. Die jüngsten Wahlen in mehreren Mitgliedstaaten haben all jenen neuen Schwung verliehen, die bereit sind, unsere europäischen Werte zu verteidigen, die die Globalisierung gestalten und meistern möchten und eine nachhaltige Zukunft aufbauen wollen und die sich für Kooperation und Integration statt für Rückzug und Isolation entscheiden.

Wir sollten die Gunst der Stunde nutzen. Dieses Fenster der Möglichkeiten steht vielleicht nicht lange offen und es besteht sicherlich kein Anlass, sich selbstzufrieden zurückzulehnen, denn Europa steht immer noch vor großen Herausforderungen: von der Instabilität in unserer Nachbarschaft und terroristischen Bedrohungen bis zum demografischen, klimatischen und technologischen Wandel; von der Notwendigkeit nachhaltiger Investitionen und einer widerstandsfähigeren Wirtschafts- und Währungsunion bis zu dem immer lauter werdenden Ruf nach mehr sozialer Gerechtigkeit und demokratischer Rechenschaftspflicht. Wir werden diese Herausforderungen nur bewältigen können, wenn wir bereit sind, zusammenzuarbeiten und jetzt Entscheidungen zu treffen, die die Zukunft Europas mittel- und langfristig sichern.

Im Weißbuch der Kommission vom 1. März 2017 wurden fünf Szenarien vorgelegt, wie sich Europa bis 2025 entwickeln könnte. Darauf folgte eine Reihe von Reflexionspapieren zu Fragen von besonderer Relevanz für unsere Zukunft. Das hat eine begrüßenswerte Debatte in den Mitgliedstaaten angestoßen. Allein die Kommission hat in mehr als 80 Städten und Gemeinden in 27 Mitgliedstaaten 129 Bürgerdialoge zur Zukunft Europas organisiert, einschließlich Dialoge mit nationalen Parlamenten.

Wir glauben, dass der Zeitpunkt gekommen ist, auf Überlegungen und Diskussionen erste konkrete Vorschläge für die Gestaltung der Zukunft Europas folgen zu lassen.

Heute legen wir Ihnen unsere Vorstellungen für das Arbeitsprogramm der Kommission in den nächsten sechzehn Monaten bis Ende 2018 dar. Da es um die Zukunft Europas geht, stellen wir einen **Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union** vor, der an die gegenwärtige Dynamik anknüpft. Unser Fahrplan gliedert sich in zwei Teile. Erstens schlagen wir Maßnahmen und Initiativen vor, die in den kommenden sechzehn Monaten im Einklang mit Szenario 1 des Weißbuchs und der Agenda von Bratislava vorgelegt beziehungsweise abgeschlossen werden sollen. Zweitens schlagen wir Maßnahmen und Initiativen vor, die ehrgeiziger und weiter in die Zukunft gerichtet sind und die dazu dienen, unsere Union bis 2025 zu gestalten; dies kombiniert die Szenarien 3, 4 und/oder 5 des Weißbuchs, wobei das bisher ungenutzte Potenzial des Vertrags von Lissabon voll ausgeschöpft werden soll.

Unser Fahrplan beruht auf folgenden wesentlichen Grundsätzen: der absoluten Notwendigkeit, unsere gemeinsamen europäischen Werte zu achten, einschließlich der Rechtsstaatlichkeit; der konsequenten Schwerpunktsetzung darauf, die prioritären Initiativen um- und durchzusetzen, die einen echten europäischen Mehrwert haben und Europa für seine Bürgerinnen und Bürger lebenswerter machen, und zwar gemäß unseren Politischen Leitlinien von 2014 und in Einklang mit unserer gemeinsamen Überzeugung, dass unsere Union sich in großen Fragen groß und in kleinen Fragen klein zeigen sollte; der Notwendigkeit, die Bürgerinnen und Bürger aller EU-Mitgliedstaaten gleich zu behandeln und niemals zuzulassen, dass es innerhalb unserer Union Bürger zweiter Klasse gibt; sowie dem besonderen Nachdruck auf Effizienz, Demokratie und Transparenz bei unserem gesamten gemeinsamen Handeln.

Der Fahrplan beruht zudem auf der Annahme, dass das Vereinigte Königreich infolge seiner Mitteilung nach Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union ab dem 29. März 2019 nicht mehr Mitglied unserer Union sein wird. Die Einheit der EU-27, die wir in den vergangenen Monaten erreicht haben, wollen wir nicht nur bis zu diesem Zeitpunkt, sondern auch darüber hinaus bewahren.

\*\*\*

## **Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union (Entwurf des Arbeitsprogramms der Kommission bis Ende 2018)**

### **Priorität 1: Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Rasche Annahme des Vorschlags „EFSI 2.0“ und des Omnibus-Vorschlags durch die beiden gesetzgebenden Organe, insbesondere der Änderungen der Dachverordnung, mit denen der Einsatz der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds vereinfacht und deren Kombination mit dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen erleichtert wird**
- Europäisches Semester für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik 2018: Ankurbelung von Investitionen, solide öffentliche Finanzen und Durchführung von Strukturreformen unter Wahrung des nötigen Maßes an Flexibilität, das die Kommission seit Januar 2015 in den Stabilitäts- und Wachstumspakt eingebracht hat; Integration des neuen Sozialpolitischen Scoreboards, das die von der Kommission empfohlene Europäische Säule sozialer Rechte flankiert.
- Umsetzung aller Aspekte der Europäischen Kompetenzagenda, insbesondere durch Verwirklichung der „Weiterbildungspfade“ auf nationaler Ebene mit Unterstützung des Europäischen Sozialfonds, mit besonderem Augenmerk auf den Grundkompetenzen und dem Bedarf an digitalen Kompetenzen.
- Paket zur Kreislaufwirtschaft mit dem Ziel der Förderung von Innovation, Beschäftigung und Wachstum, einschließlich: Strategie für Kunststoffe mit dem Ziel, dass bis 2030 alle auf dem EU-Markt befindlichen Kunststoffverpackungen recycelt werden können; Vorschlag für eine Verordnung über die Wiederverwendung von Abwasser; Überarbeitung der Trinkwasserrichtlinie; Überwachungsrahmen für die Kreislaufwirtschaft.

Initiativen, die vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- **\*\*\* Umfassender Vorschlag für den künftigen mehrjährigen Finanzrahmen nach 2020 (geplant für Mai 2018), gefolgt von Vorschlägen für die Programme der nächsten Generation und die neuen Eigenmittel.**
- Reflexionspapier „Für ein nachhaltiges Europa bis 2030“ über die Folgemaßnahmen zu den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung, einschließlich des Pariser Klimaschutzübereinkommens.

### **Priorität 2: Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Paket zur Cybersicherheit, das konkrete Maßnahmen zum Umgang mit neuen Cyberbedrohungen umfasst, insbesondere: Vorschlag zur Stärkung der Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA); Leitfaden zur Umsetzung der Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit; ein Modell für eine wirksame Abwehr von Cyberangriffen, von denen mehrere Mitgliedstaaten betroffen sind; die Stärkung der strategischen Autonomie der Union durch Ausbau der Forschungskapazitäten, Förderung einer wirksamen Cyberabwehr und -hygiene sowie Aufbau der erforderlichen Kompetenzen sowohl innerhalb Europas als auch mit unseren Partnern weltweit, einschließlich der NATO (die Kommission legt dazu heute zusammen mit der Rede zur Lage der Union konkrete Vorschläge vor).**



- **\*\*\* Paket zur Datenwirtschaft, um das Potenzial der Datenwirtschaft durch einen freien Datenverkehr nicht personenbezogener Daten innerhalb Europas zu erschließen (die Kommission legt dazu heute zusammen mit der Rede zur Lage der Union konkrete Vorschläge vor).**
- **\*\*\* Initiative zu Online-Plattformen zur Gewährleistung eines fairen, vorhersehbaren, tragfähigen und vertrauenswürdigen Geschäftsumfelds für die Online-Wirtschaft.**
- **\*\*\* Rasche Annahme aller 14 Legislativvorschläge zur Vollendung des Digitalen Binnenmarkts durch die beiden gesetzgebenden Organe, einschließlich folgender Bereiche: Telekommunikationspaket; Urheberrechtspaket; Geoblocking; Rahmen für den audiovisuellen Bereich und die Medien; Paketzustellung; e-Datenschutz-Verordnung; EU-Vorschriften für den Schutz personenbezogener Daten bei der Verarbeitung durch die Institutionen und sonstigen Einrichtungen der EU.**
- Leitfaden der Kommission zur Vorbereitung der Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Behörden auf die unmittelbare Anwendung der Datenschutz-Grundverordnung ab dem 25. Mai 2018, der in enger Abstimmung mit der Arbeitsgruppe „Artikel 29“/dem neuen Europäischen Datenschutzausschuss erstellt wird.
- Überarbeitung der Leitlinien der Kommission zur Marktanalyse und Ermittlung beträchtlicher Marktmacht im Bereich der elektronischen Kommunikation.
- Initiative zum Umgang mit den Herausforderungen, die durch die Verbreitung von „Fake News“ auf Online-Plattformen für unsere Demokratie entstehen.

### **Priorität 3: Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Rasche Annahme der Vorschläge der Kommission zur Umsetzung der Energieunion und der Klimaschutzpolitik durch die beiden gesetzgebenden Organe, einschließlich: das Paket „Saubere Energie für alle Europäer“; das Klimaschutzpaket und das Paket „Europa in Bewegung“.**
- **\*\*\* Paket zu Mobilität und Klimaschutz, welches Legislativvorschläge in folgenden Bereichen umfasst: saubere Fahrzeuge; gemeinsame Bestimmungen für den kombinierten Güterverkehr; CO<sup>2</sup>-Standards für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge; Standards für die Kraftstoffeffizienz und die CO<sup>2</sup>-Emissionen von Lkw, Stadtbussen und Fernbussen sowie eine Initiative für einen beschleunigten Ausbau der Infrastruktur für alternative Kraftstoffe.**
- Weitere Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität in der Energieunion, einschließlich: Vorschlag mit gemeinsamen Bestimmungen für Gas-Pipelines, die für den Transport von Erdgas in den Europäischen Erdgasbinnenmarkt genutzt werden, und rasche Umsetzung der für die Vernetzung der europäischen Energiemärkte erforderlichen Vorhaben von gemeinsamem Interesse.
- Aufnahme von Verhandlungen mit Russland über die wesentlichen Grundsätze für den Betrieb der geplanten Gaspipeline Nord Stream 2 auf der Grundlage eines starken Mandats des Rates (von der Kommission am 9. Juni 2017 vorgelegter Entwurf).

Initiativen, die vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- Mitteilung zur Zukunft der EU-Energie- und -Klimapolitik, auch in Bezug auf die Zukunft des Euratom-Vertrags (unter Berücksichtigung der Erklärung Nr. 54 von fünf Mitgliedstaaten zur Schlussakte des Vertrags von Lissabon), sowie zu einem möglichen Rückgriff auf Artikel 192 Absatz 2 Unterabsatz 2 AEUV.

---

#### **Priorität 4: Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis**

*Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen*

- **\*\*\* Überarbeitete Strategie für die Industriepolitik der EU zur Stärkung der industriellen Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit und der technologischen Führungsposition mit dem Ziel, faire und qualifizierte Industriearbeitsplätze zu schaffen und das Potenzial der digitalen Technologien in allen Industriebereichen zu erschließen (Vorlage heute zusammen mit der Rede zur Lage der Union).**
- **\*\*\* Rasche Annahme des Dienstleistungs- und des Durchsetzungspakets durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- **\*\*\* Rasche Annahme des Vorschlags zu einer stärkeren Marktüberwachung für Kraftfahrzeuge durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- **\*\*\* Rasche Annahme durch die beiden gesetzgebenden Organe des Vorschlags zu Unternehmensinsolvenzen, Restrukturierungen und eine „zweite Chance“, um die Kosten und Komplexität der Restrukturierung von Unternehmen zu verringern, um sicherzustellen, dass lebensfähige Unternehmen eine zweite Chance erhalten, und um für mehr Rechtssicherheit bei grenzüberschreitenden Investitionen in der EU zu sorgen.**
- *EU-Gesellschaftsrechtspaket mit dem Ziel, zu einer optimalen Nutzung digitaler Lösungen beizutragen und – unter Einhaltung der nationalen sozial- und arbeitsrechtlichen Vorgaben – wirksame Vorschriften für grenzüberschreitende Tätigkeiten zu erlassen.*
- **\*\*\* Rasche Annahme der Vorschläge für die Neuauflage einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- **\*\*\* Rasche Annahme durch die beiden gesetzgebenden Organe des Vorschlags zur Verbesserung der mehrwertsteuerlichen Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr in der EU und des Vorschlags über gleiche Steuervorschriften für E-Books und Online-Zeitungen und die entsprechenden Druckerzeugnisse.**
- **\*\*\* Rasche Annahme der folgenden Vorschläge durch die beiden gesetzgebenden Organe: Verpflichtung multinationaler Unternehmen, wesentliche steuerliche Informationen auf Länderebene zu veröffentlichen, Einführung neuer Transparenzvorschriften für Intermediäre im Bereich der Steuerplanung und Festlegung einer gemeinsamen EU-Liste von nicht kooperierenden Steuergebieten auf der Grundlage des von der Kommission vorgeschlagenen Scoreboards von Indikatoren.**
- **\*\*\* Paket „Steuergerechtigkeit“ zur Schaffung eines einheitlichen EU-Mehrwertsteuerraums, einschließlich: Vorschläge zur Änderung der Mehrwertsteuerrichtlinie hinsichtlich des endgültigen Mehrwertsteuersystems für den grenzüberschreitenden Handel im Binnenmarkt; ein Vorschlag für eine Verordnung des Rates zur Betrugsbekämpfung auf dem Gebiet der Mehrwertsteuer im Binnenmarkt; ein Vorschlag für eine Richtlinie des Rates über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem für kleine Unternehmen sowie ein Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zu den Regeln für die Festsetzung von Mehrwertsteuersätzen.**
- **\*\*\* Vorschlag mit EU-Vorschriften zur Besteuerung der Gewinne multinationaler Unternehmen in der digitalen Wirtschaft.**
- **\*\*\* Rasche Annahme der folgenden Vorschläge durch die beiden gesetzgebenden Organe: Reform**

**der Richtlinie über die Entsendung von Arbeitnehmern nach dem Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ und Modernisierung der Vorschriften für die Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, um u. a. sicherzustellen, dass – bei Vorliegen gleicher Umstände und derselben gezahlten Beiträge – Anspruch auf die gleichen Leistungen besteht.**

- **\*\*\* Vorschlag zur Einrichtung einer Europäischen Arbeitsbehörde, um die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsbehörden auf allen Ebenen zu stärken und grenzübergreifende Konstellationen besser bewältigen zu können, sowie weitere Initiativen zur Unterstützung einer fairen Mobilität, etwa durch Einführung einer europäischen Sozialversicherungsnummer.**
- *Vorschlag für eine Überarbeitung der Richtlinie über schriftliche Erklärungen mit dem Ziel, die Transparenz und Vorhersehbarkeit der Rechtslage bei Beschäftigungsverhältnissen zu verbessern, und eine Initiative über den Zugang zum Sozialschutz für atypisch Beschäftigte und Selbstständige.*
- **\*\*\* Rasche Annahme des Vorschlags zur Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- **\*\*\* Rasche Annahme aller Vorschläge zur Kapitalmarktunion durch die beiden gesetzgebenden Organe, einschließlich: das gesamteuropäische Rentenprodukt (pan-European Pension Product), die Überarbeitung der Verordnung über europäische Marktinfrastrukturen und die Empfehlung der Europäischen Zentralbank zur Änderung des Artikels 22 der ESZB-/EZB-Satzung.**
- **\*\*\* Paket zur Kapitalmarktunion, einschließlich: Überprüfung und Stärkung der Aufgaben, Governance und Finanzierung der EU-Finanzaufsichtsbehörden; konkrete Schritte zur Einführung eines gemeinsamen europäischen Aufsichtsgremiums für die Kapitalmärkte und Anpassung des Europäischen Ausschusses für Systemrisiken (ESRB); ein überarbeiteter Rahmen für Wertpapierfirmen; ein Aktionsplan für nachhaltige Finanzierungen mit aufsichtsrechtlichen Maßnahmen; eine Initiative zur Finanztechnologie (FinTech); ein EU-weiter Rahmen für die Entwicklung von gedeckten Schuldverschreibungen sowie Änderungen der Richtlinie über die Verwaltung alternativer Investmentfonds und der Richtlinie über bestimmte Organismen für gemeinsame Anlagen in Wertpapieren („OGAW-Richtlinie“).**
- *Paket für den Lebensmittelsektor, einschließlich eines Vorschlags zur EU-Lebensmittelversorgungskette als Folgemaßnahme der Überarbeitung der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik.*
- *Gemeinsamer Aktionsplan zu nationalen Impfstrategien.*

Initiativen, die vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- *Mitteilung über die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit und des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens in Binnenmarktfragen auf der Grundlage des Artikels 48 Absatz 7 EUV.*

### **Priorität 5: Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Paket zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion, einschließlich Vorschläge für: die Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds; die Schaffung einer Haushaltlinie für den Euroraum im EU-Haushalt im Hinblick auf 1) Strukturreform-Hilfe im Rahmen des Programms der Kommission zur Unterstützung von Strukturreformen, 2) Stabilisierungsfunktion, 3) Letztsicherung für die Bankenunion und 4) Konvergenz-Instrument, mit dem Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, Hilfen für den Weg zum Beitritt erhalten können; Integration der Substanz des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der**

---

**Wirtschafts- und Währungsunion in das EU-Recht, wobei das im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgesehene nötige Maß an Flexibilität berücksichtigt werden soll, das die Europäische Kommission im Januar 2015 identifiziert hat.**

- **\*\*\* Festlegung (in der nächsten Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets) eines weitgehend neutralen fiskalpolitischen Kurses für das Euro-Währungsgebiet zur Unterstützung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und zur Förderung von Wachstum, Beschäftigung und Investitionen im Euroraum.**
- *Rasche Annahme des Vorschlags der Kommission zur schrittweisen Einrichtung einer einheitlichen Vertretung des Euro-Währungsgebiets beim Internationalen Währungsfonds durch den Rat.*
- **\*\*\* Proklamation einer europäischen Säule sozialer Rechte durch die EU-Organe als Ergebnis des Sozialgipfels von Göteborg.**
- **\*\*\* Rasche Annahme aller Bestandteile des Pakets zur Risikominderung im Bankensektor und des Vorschlags für ein europäisches Einlagenversicherungssystem durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- **\*\*\* Paket „Bankenunion“ zur Vervollständigung aller Aspekte der Bankenunion, einschließlich: die Fertigstellung der Letztsicherung für den einheitlichen Abwicklungsfonds; weitere Maßnahmen zur Verringerung des Bestands an notleidenden Krediten sowie ein Rahmen für die Entwicklung staatsanleihebesicherter Wertpapiere (sovereign bond-backed securities) zur Unterstützung einer weiteren Portfoliodiversifizierung im Bankensektor.**

Initiativen, die vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- *Mitteilung zur möglichen Einrichtung des Amtes eines permanenten europäischen Wirtschafts- und Finanzministers (Artikel 2 des Protokolls Nr. 14) und den institutionellen Folgen.*
- *Untersuchungen zur möglichen Entwicklung einer sicheren Anlage des Euroraums (euro area safe asset).*

## **Priorität 6: Eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik – Meistern der Globalisierung<sup>2</sup>**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Handelspaket, einschließlich: Mitteilung über eine verbesserte, wertebasierte, nachhaltige und transparente Handelspolitik, die dazu beiträgt, die Globalisierung zu meistern und ein ausgewogenes Konzept für Abkommen bietet, die auf offenen und fairen Handel abzielen; Entwürfe der Mandate für die Einleitung von Verhandlungen mit Australien und Neuseeland; Entwurf des Mandats für ein neues multilaterales Investitionsgerichtssystem; europäischer Rahmen für das Screening ausländischer Direktinvestitionen in der EU aus Gründen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit (die Kommission legt dazu heute zusammen mit der Rede zur Lage der Union konkrete Vorschläge vor).**
- **\*\*\* Rasche Annahme der Vorschläge zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU und zur Einführung einer neuen Antidumpingmethodik sowie des geänderten Vorschlags über ein Instrument für das internationale Beschaffungswesen durch die beiden gesetzgebenden Organe.**

<sup>2</sup> Der Titel der Priorität 6 wurde aktualisiert und angesichts der Verlangsamung der Handelsgespräche mit den Vereinigten Staaten, der neuen geopolitischen Lage und der neuen Dynamik in den Handelsgesprächen mit anderen wichtigen Regionen der Welt geografisch neutral formuliert. Die Kommission hat dieser neuen Realität auch Rechnung getragen, indem sie die zuständige Kommissarsgruppe in Kommissarsgruppe „Handel und Meistern der Globalisierung“ umbenannt hat.



- Fertigstellung der Abkommen mit Japan, Singapur und Vietnam.
- Fortsetzung der Verhandlungen mit Mexiko und dem Mercosur.

### **Priorität 7: Ein auf gegenseitigem Vertrauen basierender Raum des Rechts und der Grundrechte**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Rasche Annahme der Vorschläge durch die beiden gesetzgebenden Organe in den Bereichen Bekämpfung der Geldwäsche, Einreise-/Ausreisensystem der EU, Schengener Informationssystem der zweiten Generation (SIS II), Europäisches Strafregisterinformationssystem (ECRIS) und Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem (ETIAS).**
- **\*\*\* Antiterrorpaket, einschließlich: Maßnahmen zur Bekämpfung von Radikalisierung; Maßnahmen zur Sicherstellung der raschen und proaktiven Erkennung und Entfernung illegaler Inhalte, in denen zu Hass, Gewalt und Terrorismus angestiftet wird; Maßnahmen zur Unterbindung des Zugangs zu Mitteln, die von Terroristen für die Planung und Ausführung von Anschlägen genutzt werden, wie etwa gefährliche Stoffe oder Finanzmittel für terroristische Zwecke; Leitlinien und Unterstützung für die Mitgliedstaaten in Bezug auf den Schutz des öffentlichen Raums; Leitlinien in Bezug auf die Vorratsdatenspeicherung.**
- **\*\*\* Verwirklichung der Europäischen Sicherheitsagenda, einschließlich: Legislativvorschläge zur Gewährleistung der Interoperabilität der EU-Informationssysteme in den Bereichen Sicherheit, Grenzmanagement und Migrationssteuerung; Vorschlag zur Verbesserung des grenzüberschreitenden Zugangs der Strafverfolgungsbehörden zu elektronischen Beweismitteln.**
- Rahmen für Angemessenheitsbeschlüsse, insbesondere ein Angemessenheitsbeschluss für den Datenverkehr mit Japan.
- **\*\*\* Paket zur Neugestaltung der Rahmenbedingungen für die Verbraucher, das die Koordinierung und ein wirksames Handeln der nationalen Verbraucherschutzbehörden EU-weit erleichtern, die Rechtsdurchsetzung stärken und einen besseren Schutz der Verbraucherrechte sicherstellen soll.**
- Auslegungshilfen zur Anwendung der Richtlinie über unlautere Geschäftspraktiken und der Verordnung über die Information der Verbraucher über Lebensmittel, um unterschiedliche Qualitätsstandards bei Konsumgütern zu verhindern und dagegen vorzugehen.

Initiativen, die vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- Mitteilung über die Möglichkeiten der Erweiterung des Aufgabenbereichs der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft um die Terrorismusbekämpfung auf der Grundlage des Artikels 86 Absatz 4 AEUV.
- Initiative mit dem Ziel einer verschärften Durchsetzung des Rechtsstaatsprinzips in der Europäischen Union.

### **Priorität 8: Hin zu einer neuen Migrationspolitik**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Rasche Annahme des reformierten, von Verantwortung und Solidarität geleiteten Europäischen Asylsystems durch die beiden gesetzgebenden Organe, mit Vorschlägen für folgende Bereiche: Reform des Dublin-Systems; Neueinrichtung einer Asylagentur; Reform des Eurodac-Systems; Überprüfung der Aufnahmebedingungen, der Asylanerkennung und des Asylverfahrens; EU-Neuansiedlungsrahmen.**

- **\*\*\* Rasche Annahme des Vorschlags zur Einreise und zum Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hoch qualifizierten Beschäftigung (Vorschlag für eine „Blaue Karte“) durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- **\*\*\* Neues Paket zur Migrationssteuerung, einschließlich: Halbzeitüberprüfung der Europäischen Migrationsagenda; gezielte Maßnahmen im Hinblick auf ein wirksames Konzept für Rückführungen; weitere Förderung legaler Wege durch Ermutigung zu weiteren Neuansiedlungsverpflichtungen; Reform der gemeinsamen Visumpolitik; kontinuierliche Solidarität der EU mit denjenigen Mitgliedstaaten, die einem außergewöhnlichen Migrationsdruck ausgesetzt sind.**
- Paket zur Stärkung des Schengen-Raums des freien Personenverkehrs, einschließlich eines Vorschlags zur Aktualisierung des Schengener Grenzkodex, und Sicherstellung der vollständigen Einbeziehung Rumäniens und Bulgariens in den Schengen-Raum.
- Zügige praktische Umsetzung der Investitionsoffensive für Drittländer und Umsetzung des Migrationspartnerschaftsrahmens für die Zusammenarbeit mit wichtigen Herkunfts- und Transitdrittländern.

### **Priorität 9: Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Rasche Annahme des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich durch die beiden gesetzgebenden Organe.**
- **\*\*\* Weiterverfolgung des Europäischen Aktionsplans im Verteidigungsbereich, mit besonderem Fokus auf dem Europäischen Verteidigungsfonds, einschließlich des Finanzinstrumentariums.**
- Entwurf des Mandats für die Verhandlungen über den Rechtsrahmen, der das Cotonou-Abkommen ablösen soll.

Initiativen, die vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- Mitteilung über die Möglichkeit einer weiteren Ausdehnung der Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit in der Gemeinsamen Außenpolitik auf der Grundlage des Artikels 31 Absatz 3 EUV.
- Strategie für einen erfolgreichen EU-Beitritt Serbiens und Montenegros als Vorreiter-Kandidatenländer des Westbalkans, unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsstaatlichkeit, der Grundrechte und der Korruptionsbekämpfung sowie der allgemeinen Stabilität der Region.

### **Priorität 10: Eine Union des demokratischen Wandels**

Initiativen, die bis Ende 2018 eingeleitet beziehungsweise abgeschlossen werden sollen

- **\*\*\* Demokratiepaket, insbesondere: Überarbeitung der Verordnung über die Europäische Bürgerinitiative mit dem Ziel, solche Bürgerinitiativen leichter zugänglich und benutzerfreundlicher und einfacher zu machen für die Benutzung durch Organisatoren und Unterstützer; Vorschlag zur Stärkung der europäischen Dimension und der Transparenz europäischer politischer Parteien und Stiftungen (die Kommission legt dazu heute zusammen mit der Rede zur Lage der Union konkrete Vorschläge vor).**
- Umsetzung der nächsten Phasen des Europäischen Solidaritätskorps unter Einbeziehung aller relevanten Akteure und rasche Annahme des Legislativvorschlags durch die beiden gesetzgebenden Organe bis Ende des Jahres.

- **\*\*\* Rasche Zustimmung der beiden gesetzgebenden Organe zu den vorgeschlagenen Änderungen der Verordnung über das Ausschussverfahren.**
- Fortsetzung der Debatte, die durch das Weißbuch zur Zukunft Europas angestoßen wurde, im gesamten Zeitraum bis zu den Wahlen im Juni 2019 (Debatten, Bürgerdialoge, Interaktion mit nationalen Parlamenten, Zusammenarbeit mit Regionen).

Initiativen, die vor dem Zeithorizont 2025 eingeleitet werden sollen

- Mitteilung über mehr Subsidiarität, Verhältnismäßigkeit und bessere Rechtsetzung im Tagesgeschäft der Europäischen Union.
- Mitteilung über Optionen zur Verbesserung der Effizienz an der Spitze der Europäischen Union .

\*\*\*

Die heutige Absichtserklärung und unser Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union sind der Ausgangspunkt für den interinstitutionellen Dialog über die Ausarbeitung des Arbeitsprogramms der Kommission für 2018 gemäß der Rahmenvereinbarung über die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission und der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung. Wir legen größten Wert auf diese wichtige Interaktion mit dem Europäischen Parlament und dem Rat wie auch mit den nationalen Parlamenten. Wir sind überzeugt, dass unser Meinungsaustausch eine solide Basis für ein politisches und zielgerichtetes Arbeitsprogramm der Kommission für die vor uns liegenden entscheidenden sechzehn Monate schaffen wird.

In den kommenden Wochen werden wir das Europäische Parlament und seine zuständigen Ausschüsse sowie den Rat und den Ausschuss der Ständigen Vertreter (COREPER I und II) konsultieren. Die Kommission wird während der nächsten sechzehn Monate weiterhin sicherstellen, dass unsere Rechtsvorschriften zweckgerecht und fakten gestützt sind und dass unnötige Auflagen abgebaut werden, unter anderem indem wir die Arbeiten der REFIT-Plattform vorantreiben. Wir werden ganz besonders darauf achten, dass anhängige Vorschläge im kommenden Jahr angenommen und umgesetzt werden. Wie die Kommission im Weißbuch hervorgehoben hat, müssen wir die Kluft zwischen Versprechen und Realität schließen, wenn wir das europäische Projekt glaubwürdiger und attraktiver machen wollen. Darum hoffen wir darauf, aufbauend auf den positiven Erfahrungen des vergangenen Jahres mit Ihnen eine Einigung auf eine neue Gemeinsame Erklärung über die gesetzgeberischen Prioritäten der EU für 2018 erzielen zu können.

2017 und 2018 können Jahre der Hoffnung und der Erneuerung für Europa werden, wenn wir unsere gemeinsame Agenda zu deutlichen Erfolgen führen und unseren Bürgerinnen und Bürgern vor Augen führen, dass die Europäische Union sie schützt, stärkt und verteidigt. Angesichts der derzeitigen geopolitischen Lage ist eine solche Union notwendiger denn je. Zu Recht betonten die führenden Vertreter der EU und der Mitgliedstaaten in Rom anlässlich des 60. Jahrestags der Unterzeichnung der Römischen Verträge ihre unerschütterliche Überzeugung, „dass Europas Zukunft in unseren Händen liegt und dass die Europäische Union das beste Mittel ist, um unsere Ziele zu erreichen.“ Lassen Sie uns daher diesen Moment nutzen und noch härter als bisher daran arbeiten, den Anliegen unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden. Die Zeit zu handeln ist gekommen.

**Jean-Claude Juncker**

**Frans Timmermans**

Yellow horizontal line

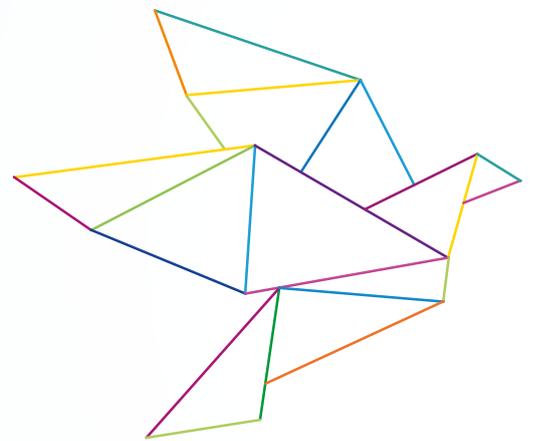
Blue horizontal line

Orange horizontal line

Blue horizontal line

Green horizontal line

Purple horizontal line



## **LAGE DER UNION 2017**

FORTSCHRITTE BEI DEN ZEHN PRIORITÄTEN  
DER EUROPÄISCHEN KOMMISSION



## 1/ Neue Impulse für Arbeitsplätze, Wachstum und Investitionen

„Meine erste Priorität als Kommissionspräsident gilt der Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit Europas und der Belebung der Investitionstätigkeit in Europa, um auf diese Weise neue Arbeitsplätze zu schaffen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die Arbeitslosigkeit ist **auf dem niedrigsten Stand seit neun Jahren**

Während der Amtszeit der Juncker-Kommission wurden fast **8 Millionen Arbeitsplätze** geschaffen

**Europas Wirtschaft gewinnt weiter an Fahrt. Wachstum, Vertrauen und Stabilität sind zurückgekehrt. Beschäftigung und Investitionen erreichen wieder das Vorkrisenniveau und die öffentlichen Defizite sind allgemein rückläufig.**

Seit dem Höhepunkt der Krise im Jahr 2013 wurden 11 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen, fast 8 Millionen davon seit Beginn der Amtszeit der Juncker-Kommission. Die Arbeitslosigkeit ist mit 7,7 % auf dem niedrigsten Stand seit neun Jahren. **Mehr EU-Bürgerinnen und -Bürger als jemals zuvor sind erwerbstätig; derzeit gehen über 235 Millionen Menschen einer Beschäftigung nach.** Auch wenn nach wie vor zwischen den einzelnen Ländern starke Unterschiede bestehen, sind doch überall positive Zeichen zu erkennen: So ist die Arbeitslosigkeit in Spanien so niedrig wie seit acht Jahren nicht mehr und ist im vergangenen Jahr stärker zurückgegangen als in allen anderen Mitgliedstaaten; und auch die Jugendarbeitslosigkeit sinkt.

Die wirtschaftliche Erholung geht mittlerweile ins fünfte Jahr. In diesem Jahr werden die Volkswirtschaften der EU voraussichtlich um über **2 %** (2,2 % im Euro-Währungsgebiet) wachsen. In den letzten beiden Jahren hat das Wachstum in der EU im Durchschnitt

das Wachstum in den Vereinigten Staaten und in Japan übertroffen und ist mittlerweile in allen Teilen Europas angekommen, sodass die Wirtschaft in allen Mitgliedstaaten in diesem wie auch im nächsten Jahr wachsen dürfte. Trotz der positiven Wachstumsdynamik ist die wirtschaftliche Erholung aber noch nicht abgeschlossen und nach wie vor auf eine unterstützende makroökonomische Politik angewiesen.

Die Investitionen ziehen nach ihrem sehr niedrigen Nachkrisenniveau allmählich wieder an, wobei der Juncker-Plan eine ganz wesentliche Rolle spielt. Herzstück des Plans

ist der Europäische Fonds für strategische Investitionen (EFSI), mit dessen Hilfe **über alle Mitgliedstaaten hinweg bereits Investitionen in Höhe von 225 Mrd. EUR mobilisiert und über 300 000 Arbeitsplätze gesichert wurden. Bis 2020 werden es 700 000 Arbeitsplätze sein.** Diese Investitionen sind für die europäischen Bürgerinnen und Bürger sichtbar und spürbar – ob es um den Übergang zu sauberer Energie, die Neugestaltung von Häfen und Flughäfen, den Aufbau neuer physischer und digitaler Infrastrukturen, die Integration von Flüchtlingen oder die Förderung von Fairness durch Unterstützung unserer Sozialagenda geht. Der EFSI unterstützt beispielsweise die Integration von Flüchtlingen in den finnischen Arbeitsmarkt durch Maßnahmen der beruflichen Bildung und der Stellenvermittlung.

Diese Investitionen verleihen der lokalen Wirtschaft einen willkommenen neuen Schwung. So wurden insgesamt bereits 296 Finanzierungsvereinbarungen mit Partnern auf lokaler Ebene geschlossen, wodurch **455 000 kleine Unternehmen und Start-ups** einen besseren Zugang zu Finanzmitteln erhielten.

Europa braucht mehr private Investitionen in Innovation und eine stärkere Pipeline innovativer Ideen aus unserer Forschung. Ergänzend



zum Juncker-Plan und den Arbeiten für die Kapitalmarktunion hat die Kommission die Synergien zwischen den europäischen Struktur- und Investitionsfonds und anderen Finanzierungsinstrumenten und Risikokapitalfonds der EU verbessert, damit Unternehmen – und damit die Wirtschaft insgesamt – wachsen und gedeihen können. Diese Mittel fließen gezielt in wichtige Bereiche, in denen Investitionen das Wachstum stärken. EU-Risikokapitalfonds haben derzeit nur das halbe Volumen (durchschnittlich 60 Mio. EUR) wie Fonds in den Vereinigten Staaten, was die Möglichkeiten für größere Investitionen beschränkt, mit denen sie Unternehmen auch in deren Wachstumsphase begleiten können. Europäische Risikokapitalfonds stoßen nach wie vor auf viele grenzüberschreitende Hindernisse. Deshalb hat die Kommission in Zusammenarbeit mit der Europäischen Investitionsbank am 22. November 2016 im Rahmen der „Start-up- und Scale-up-Initiative“ einen **europaweiten Risikokapital-Dachfonds** aufgelegt. In einer Zeit, in der einige der innovativsten europäischen Start-ups sich immer noch gezwungen sehen, Europa aus Mangel an Kapital zu verlassen, wird diese Unterstützung von entscheidender Bedeutung sein, um solche Unternehmen in Europa zu halten und hier Arbeitsplätze zu schaffen und Wirtschaftswachstum zu erzeugen.

Um die bisherigen Erfolge fortzuführen, haben wir vorgeschlagen, die Laufzeit des EFSI über **das Jahr 2018 hinaus zu verlängern und seine Finanzierungskapazität aufzustocken**, um bis 2020 eine Gesamthöhe der Investitionen von mindestens 500 Mrd. Euro zu erreichen (EFSI 2.0). Eine Einigung zwischen dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten steht unmittelbar bevor. Die Ausweitung des Fonds muss rasch erfolgen, um Kontinuität für Investoren und Projektträger zu gewährleisten. Gleichzeitig sorgt die Kapitalmarktunion für **besseren Zugang zu Finanzierungen** und für nachhaltigere Investitionen.

Der Juncker-Plan ist eine Blaupause für Investitionen in anderen Teilen der Welt. Es wurde eine **europäische Investitionsoffensive für Drittländer** beschlossen, die jetzt implementiert wird mit dem Ziel, in Afrika und in Nachbarländern der EU nachhaltige Infrastrukturinvestitionen anzukurbeln und kleine Unternehmen mit Investitionen im Umfang von bis zu 44 Mrd. EUR zu unterstützen. Im Rahmen des Plans sollen auch einige der grundlegenden Ursachen der Migration angegangen werden.

Das Vertrauen in die europäische Wirtschaft kehrt zwar zurück, doch gibt es keinen Grund zu Selbstzufriedenheit. Wir können vor den Nachwirkungen der Krise, den Disparitäten und Ungleichheiten in Europa nicht unsere Augen verschließen. Vielmehr müssen wir den Wind in unseren Segeln optimal nutzen, um unsere Wachstumsstrategie im Zusammenspiel mit Strukturreformen und einer verantwortungsvollen Haushaltsführung weiter vorantreiben. Unsere Ziele sind die Schaffung von **Wohlstand und der Abbau sozialer Ungleichheiten**.

In Europa ist Beschäftigung der Schlüssel zu unserer Zukunft. Wir dürfen keine Talente brachliegen und keine Ressourcen ungenutzt lassen. Wir müssen weiter in Kompetenzen, Ausbildung und Arbeitsplätze für unsere Bürgerinnen und Bürger investieren. Die Arbeitslosigkeit ist zwar deutlich zurückgegangen, doch ist sie in vielen Ländern nach wie vor zu hoch, insbesondere bei jungen Menschen.

Als diese Kommission ihr Amt angetreten hat, hat sie sich dazu verpflichtet, die Jugendgarantie **zu beschleunigen und auszuweiten**. Die Jugendgarantie ist eine Zusage der Mitgliedstaaten, allen jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten, nachdem sie die Schule verlassen haben oder arbeitslos geworden sind, eine qualitativ hochwertige Arbeitsstelle, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz anzubieten. Mit Unterstützung des Europäischen Parlaments und des Rates hat die Kommission **die Mittelausstattung** der Beschäftigungsinitiative für Jugendliche, des dafür vorgesehenen Finanzierungsprogramms der EU, **zeitlich vorgezogen und aufgestockt** und Mitgliedstaaten beim Abruf ihres Anteils des Europäischen Sozialfonds unterstützt. Insgesamt haben seit Januar 2014 mehr als 18 Millionen Jugendliche an Maßnahmen im Rahmen der Jugendgarantie teilgenommen; **11 Millionen haben ein Angebot für eine Arbeitsstelle, einen Ausbildungs- oder Praktikumsplatz oder eine Fortbildungsmaßnahme angenommen**. Aktuell laufen mehr als 350 000 Projekte, die durch die Beschäftigungsinitiative für Jugendliche kofinanziert werden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist deutlich und schneller als der Durchschnitt zurückgegangen und von ca. 24 % Mitte 2014 heute auf weniger

Der **Juncker Plan** hat Investitionen in Höhe von **225 Mrd. EUR** mobilisiert und damit **300 000 Arbeitsplätze** gesichert; Bis **2020** werden es **700 000 Arbeitsplätze** sein

als 17 % gesunken. Dies bedeutet im Vergleich zu Juli 2014 zwei Millionen weniger arbeitslose Jugendliche in der EU.

Wir wollen den Menschen zum Erwerb der richtigen Kompetenzen verhelfen und die Mitgliedstaaten bei der Modernisierung ihrer Systeme der allgemeinen und beruflichen Bildung unterstützen. Deshalb haben wir eine europäische Agenda für Kompetenzen vorgestellt, die unter anderem neue „**Weiterbildungspfade**“ vorsieht, um gering qualifizierten Erwachsenen grundlegende Lese-, Schreib- und Rechenfertigkeiten sowie eine digitale Grundkompetenz zu vermitteln. Außerdem wurde ein Instrument zur Erstellung von Kompetenzprofilen für Drittstaatsangehörige entwickelt, das ihre Integration in den europäischen Arbeitsmarkt erleichtern und damit zu einer Bereicherung des Arbeitsmarktes beitragen soll.



## 2/ Ein vernetzter digitaler Binnenmarkt

„Ich bin der Überzeugung, dass wir die herausragenden Möglichkeiten der digitalen und keine Grenzen kennenden Technologien viel besser nutzen müssen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

### Digitale Technologien erleichtern uns das Leben – ob zu Hause, am Arbeitsplatz, beim Studium oder auf Reisen.

360 Millionen Menschen in Europa nutzen täglich das Internet, 60 % davon erhalten den Zugang über ein Smartphone oder andere mobile Geräte. Um die sich damit bietenden neuen Möglichkeiten optimal nutzen zu können, braucht Europa einen gut vernetzten digitalen Binnenmarkt, der den Bürgerinnen und Bürgern das Leben leichter macht, jedes Jahr **415 Mrd. EUR an neuem Wachstum** generiert und Hunderttausende neue Arbeitsplätze schafft.

Seit Mai 2015 haben wir **14 Legislativvorschläge** vorgelegt. Nun liegt unser Schwerpunkt darauf, dafür zu sorgen, dass das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten rasch eine Einigung über diese Vorschläge erzielen, damit wir zur Tat schreiten und die Vernetzung unseres Binnenmarkts vorantreiben können.

In diesem Jahr haben wir einen Meilenstein in Europas digitaler Geschichte erreicht, als die **Roaming-Gebühren im Juni 2017 komplett abgeschafft** wurden. Dies war der erfolgreiche Abschluss eines sich über zehn Jahre hinziehenden Prozesses, in dessen Verlauf die EU die Gebühren zunächst drastisch gesenkt hat, um sie schließlich ganz aufzuheben. Der nächste Meilenstein zugunsten der Verbraucherinnen und Verbraucher wird – hoffentlich bereits im nächsten Jahr – der **freie Zugang zu WLAN-Hotspots** auf öffentlichen Plätzen sowie in Rathäusern, Parks, Bibliotheken und anderen öffentlichen Räumen sein. Eine weitere EU-Maßnahme wird es den Europäerinnen und Europäern schon bald ermöglichen, ihre Abonnements für Filme, Sportsendungen, Musik, Videospiele und E-Bücher zu nutzen, wo immer sie in der EU auf Reisen sind.

Die Internetverbindungen und der Zugang zum Internet werden europaweit immer besser, sodass eine der Voraussetzungen für digitale Entwicklung und Innovation erfüllt ist. Die Einigung auf die Nutzung des **700-MHz-Frequenzbands** ist ein entscheidender Schritt, damit diese Frequenz 5G-Anwendungen, vernetzte Fahrzeuge und

andere digitale Dienste unterstützen kann. Die von der Kommission vorgeschlagenen überarbeiteten **EU-Telekommunikationsvorschriften** werden, sobald sie vom Europäischen Parlament und vom Ministerrat verabschiedet sind, die Investitionen in schnelle



Derzeit liegen **14 Gesetzgebungsinitiativen** zur Stärkung des digitalen Binnenmarkts vor, die noch vom Parlament und den Mitgliedstaaten gebilligt werden müssen

und hochwertige Netze, wie sie unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft benötigen, voranbringen.

Die Europäer brauchen digitales Know-how in einem Arbeitsmarkt und in einer Gesellschaft, die in stetem Wandel sind. Nach wie vor fehlt es aber 37 % der Arbeitskräfte an digitalen Grundfertigkeiten. Im Rahmen der **Koalition für digitale Kompetenzen und Arbeitsplätze sollen bis 2020 eine Million junge Arbeitslose an einer Qualifizierungsmaßnahme teilnehmen**. Unser Aktionsplan für elektronische Behördendienste wird Erleichterungen für Bürgerinnen und Bürger wie auch für die Unternehmen bringen und es den Behörden ermöglichen, neue Dienste anzubieten.

Für Verbraucherinnen und Verbraucher wird es bald **einfacher werden, grenzüberschreitend Online-Einkäufe zu tätigen**; zudem wird die **grenzüberschreitende Paketzustellung erschwinglicher** werden, was für den elektronischen Handel von zentraler Bedeutung ist. Das **modernisierte Urheberrecht** wird für einen besseren grenzüberschreitenden Zugang zu Online-Inhalten sorgen und gleichzeitig gewährleisten, dass Journalisten,



Verleger und Autoren eine faire Vergütung für ihre Arbeit im digitalen Umfeld erhalten. Mit der von uns vorgeschlagenen Überarbeitung der europäischen Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste werden wir **Kinder und Jugendliche besser schützen, Online-Hassreden bekämpfen und europäische Filme auf digitalen Plattformen fördern**.

Daten sind der Treibstoff für unsere modernen Volkswirtschaften. Deshalb arbeitet die Kommission auf den Aufbau einer starken **europäischen Datenwirtschaft** hin, indem sie Hindernisse für den freien Verkehr nicht personenbezogener Daten abbaut und klare und faire Regeln für Datenzugang, Datenübermittlung und Datenhaftung einführt. Das wird dazu beitragen, den Wert der EU-Datenwirtschaft zwischen 2015 und 2020 zu verdoppeln, von 1,9 % auf 4 % des BIP. Mit dem Blick in die Zukunft investieren wir in das Ziel, Europa im Bereich **Hochleistungsrechnen** zu einem Standort von Weltklasse zu machen, an dem große Datenmengen in Echtzeit analysiert werden können. Gleichzeitig bereiten wir den Weg für den Start einer mit **1 Mrd. EUR ausgestatteten Flaggschiff-Initiative zu Quantentechnologien im Jahr 2018**. Wir gehen davon aus, dass bis 2020 10,4 Millionen Menschen in der EU-Datenwirtschaft beschäftigt sein werden.

Der Erfolg des digitalen Binnenmarkts hängt vom Vertrauen der Europäerinnen und Europäer ab. In den vergangenen Monaten kam es zu Cyber-Angriffen auf kritische Infrastrukturen weltweit – von Regierungsstellen bis hin zu Einrichtungen des Gesundheitswesens. Im vergangenen Jahr gab es in Europa täglich mehr als 4000 Angriffe mit Erpressungstrojanern, und vier von fünf EU-Unternehmen sahen sich zumindest einmal mit einem Cybersicherheitsvorfall konfrontiert. Wenn wir auf diese Herausforderungen nicht reagieren, könnte uns ein Wirtschaftspotenzial im Wert von 640 Mrd. EUR verloren gehen.

**Daher wird die EU von Mai 2018 an ihr erstes gemeinsames Cybersicherheitsgesetz haben, das Netz- und Informationssysteme sicher machen soll.** Es muss aber noch mehr getan werden, weshalb wir unsere **EU-Cybersicherheitsstrategie** und das Mandat der EU-Agentur für Netz- und Informationssicherheit (ENISA) erneuert und den aktuellen Bedrohungen angepasst haben. Außerdem haben wir zusätzliche Maßnahmen zur Verbesserung der **Cybersicherheitsstandards** vorgeschlagen, insbesondere zur Zertifizierung, um vernetzte Objekte sicherer zu machen.



### 3/ Eine robuste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzpolitik

„Ich möchte die Energiepolitik Europas reformieren und neu strukturieren und eine neue europäische Energieunion schaffen. Wir müssen den Anteil erneuerbarer Energie am Energiemix auf unserem Kontinent erhöhen. Dies ist nicht nur eine Frage verantwortlicher Klimaschutzpolitik, sondern auch industriepolitisch unumgänglich.“

Jean-Claude Juncker, Ein neuer Start für Europa, 22. Oktober 2014

Die Energieunion ist von entscheidender Bedeutung für die Modernisierung der **europäischen Wirtschaft**. Sie wird Arbeitsplätze und Wachstum bringen, Forschung und Innovation in den Mittelpunkt unserer Zukunftsplanung rücken und unsere Industrie auf die Umsetzung der von Europa eingegangenen Klimaschutzverpflichtungen vorbereiten. Von Europa wird weiterhin die Botschaft ausgehen, dass die Welt auf uns als Vorreiter im Klimaschutz zählen kann.

Im November 2015 **spielte die EU eine führende Rolle bei den Verhandlungen des Pariser Klimaschutzübereinkommens, das mit seinen ambitionierten, weltweiten Zielen historische Bedeutung hat**. In Paris haben sich 195 Länder auf ein gemeinsames Ziel verständigt, das sich auf eine einfache Formel bringen lässt: Wir wollen künftigen Generationen einen gesünderen und intakteren Planeten sowie eine wohlhabendere, modernere und gerechtere Gesellschaft hinterlassen. **Nach seiner Ratifizierung durch die EU im Oktober 2016 konnte das Übereinkommen knapp ein Jahr später in Kraft treten**. Europa bewegt sich weiter vorwärts, während andere einen Schritt zurückgehen. Dieses Übereinkommen ist unumkehrbar.

**In Paris hat sich die EU zu einer Senkung der Emissionen um 40 % bis zum Jahr 2030 verpflichtet**. Dies ist eine Investition in unseren Wohlstand und in die Nachhaltigkeit der europäischen Wirtschaft. Dies sind zwei Seiten der gleichen Medaille: **Von 1990 bis 2015 sind die Emissionen in der EU um 22 % gesunken, während das BIP um 50 % gestiegen ist**.



Die Verabschiedung des von der Kommission vorgelegten Legislativpakets zum Thema „**Saubere Energie für alle Europäer**“ durch das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten wird uns helfen, die nächste Stufe zu erreichen. Die vorgeschlagenen Maßnahmen zielen darauf ab, die Energieeffizienz als oberste Priorität zu behandeln, Europa zu einem Vorreiter im Bereich erneuerbare Energien zu machen, einen den Anforderungen genügenden Strommarkt zu gestalten und die Sicherheit der Stromversorgung zu gewährleisten.

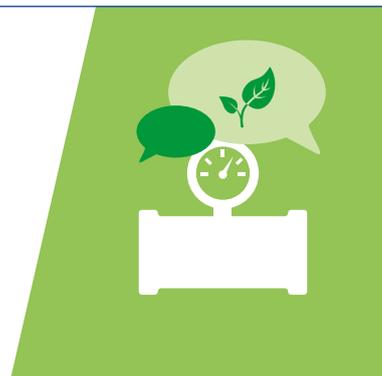
Wir beschleunigen den Innovationsprozess im Bereich saubere Energien und sanieren Europas Gebäude aus Zeiten, in denen noch keiner an Energieeffizienz dachte. Für Haushaltsgeräte haben das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten **klarere und einfachere Vorschriften für das Energieeffizienzlabel** erlassen, die den Privathaushalten jedes Jahr Einsparungen von fast 500 EUR ermöglichen, der Industrie Einnahmesteigerungen von mehr als 55 Mrd. EUR pro Jahr beschern und bis 2020 zu Energieeinsparungen in einem Umfang führen werden, der dem jährlichen Energieverbrauch Italiens entspricht.



Mit den im vergangenen Jahr erzielten Fortschritten im Bereich der **Energieversorgungssicherheit** haben wir dafür gesorgt, dass niemand in Europa allein gelassen wird. Eine vor Kurzem angenommene **Rechtsvorschrift zur Gewährleistung der sicheren Gasversorgung** stellt den Solidaritätsgrundsatz in den Mittelpunkt. Die Mitgliedstaaten haben sich darauf verständigt, ihren Nachbarn im Falle einer ernsthaften Energieversorgungskrise zu helfen. Die neuen Regeln gewährleisten eine regionale Koordinierung, um im Falle von Engpässen besser vorbereitet und handlungsfähiger zu sein; in Europa wird kein Haushalt frieren müssen.

Deshalb fördert die Kommission weiterhin Gasinfrastrukturen im Ostseeraum, darunter die Gasverbindungsleitungen zwischen Polen und Litauen oder der sogenannte „Balticconnector“ zwischen Finnland und Estland. Ferner setzte die Kommission die Arbeiten zur Schaffung eines nördlichen Gaskorridors zur Verbindung von Norwegen und Polen über Dänemark fort und hilft beim Abbau von Hindernissen für freie Gaslieferungen in Mittel- und Südosteuropa. Um

Die Kommission ersuchte die Mitgliedstaaten um das Mandat, im Namen der EU mit der Russischen Föderation Verhandlungen über die Grundsätze für den Betrieb des **Projekts „Nord Stream 2“** aufzunehmen.



Auch haben wir für eine bessere Einhaltung der EU-Rechtsvorschriften bei zwischenstaatlichen Abkommen im Energiebereich gesorgt.

Im Rahmen unserer Arbeiten zur Förderung der **Interkonnektivität** zwischen den Mitgliedstaaten hat die Kommission im Juni 2017 Finanzhilfen für den **„Celtic Interconnector“** bereitgestellt. Dieser schafft die erste Verbindungsleitung überhaupt zwischen dem französischen und dem irischen Stromnetz. Der „Celtic Interconnector“ kann die Stromversorgung für 450 000 Haushalte sicherstellen und sieht eine direkte Glasfaser-Kommunikationsverbindung zwischen beiden Ländern vor.

Die Arbeiten mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten zur Reform des **Emissionshandelssystems** der EU und zur beschleunigten Verringerung der CO<sup>2</sup>-Emissionen **in anderen Bereichen unserer Wirtschaft** werden fortgesetzt. Die Kommission hat eine Strategie für emissionsarme Mobilität, Rechtsvorschriften zur Verringerung der CO<sup>2</sup>-Emissionen im Straßenverkehr sowie eine Verordnung über die Überwachung und Meldung der CO<sup>2</sup>-Emissionen

schwerer Nutzfahrzeuge vorgeschlagen. Im kommenden Jahr werden wir Vorschläge zu Emissionsnormen für Personenkraftwagen vorlegen, um eine sauberere Mobilität zu fördern.

Der Finanzsektor spielt eine entscheidende Rolle dabei, die Klimaschutzziele des Pariser Übereinkommens und der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der EU zu erreichen, da unbedingt mehr privates Kapital für Investitionen in eine emissionsarme Wirtschaft mobilisiert werden muss. Im Dezember 2016 hat die Kommission eine **Hochrangige Sachverständigengruppe für ein nachhaltiges Finanzwesen** eingesetzt, die den Übergangsprozess beratend begleiten soll und im Juni 2017 erste Handlungsempfehlungen abgegeben hat.



Mit der Initiative **„Saubere Energie für alle Europäer“** können ab 2021 jährlich **900 000 neue Arbeitsplätze** geschaffen und Investitionen in Höhe von **177 Mrd. EUR** mobilisiert werden

sicherzustellen, dass errichtete Gasinfrastrukturen unter Beachtung der Regeln des EU-Energiemarkts und der wichtigsten Grundsätze des internationalen und europäischen Rechts betrieben werden, ersuchte die Kommission den Rat um ein Mandat zur Aufnahme von Verhandlungen mit der Russischen Föderation über die Grundsätze für den Betrieb des Projekts „Nord Stream 2“.

Unsere Arbeiten zum Aufbau eines Binnenmarkts, auf dem saubere Energie ungehindert und sicher fließen kann, werden wir fortsetzen und für die dafür nötige Infrastruktur sorgen. Im Rahmen der Fazilität „Connecting Europe“ hat die **EU 1,7 Mrd. EUR in 96 Infrastrukturprojekte in den Bereichen Stromversorgung, Gasversorgung und intelligente Netze investiert.**



## 4/ Ein vertiefter und fairerer Binnenmarkt mit gestärkter industrieller Basis

„In Zeiten zunehmender Globalisierung ist der Binnenmarkt Europas größter Trumpf. Deshalb soll die nächste Kommission nach meinem Willen auf die Stärke unseres Binnenmarkts bauen und sein Potenzial in allen Richtungen ausschöpfen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die Juncker-Kommission arbeitet in verschiedenen Bereichen darauf hin, das Potenzial unseres Binnenmarkts, der der Motor unserer Wirtschaft ist, in vollem Umfang auszuschöpfen. Mit 30 Millionen Unternehmen, einer halben Milliarde Menschen sowie Waren, Dienstleistungen und Kapital, die sich frei zwischen den 28 Mitgliedstaaten bewegen, verfügen wir über das Potenzial, unser BIP, das sich derzeit auf 14 Billionen EUR beläuft, noch weiter zu steigern.

Damit Unternehmen und Privathaushalte in der EU in den Genuss der Vorteile des Binnenmarkts kommen, brauchen wir stärkere Kapitalmärkte, die neue Quellen der Unternehmensfinanzierung bieten. Start-ups, Scale-ups, aber auch etablierte multinationale Unternehmen benötigen Zugang zu einem breiten Spektrum an Finanzierungsquellen, um in Innovationen investieren und expandieren zu können. Auch die Privathaushalte müssen Möglichkeiten haben, ihre Zukunft finanziell abzusichern und Vorsorge für den Ruhestand zu betreiben. Unsere Kapitalmarktunion kommt gut voran: Etwa zwei Drittel der geplanten Maßnahmen wurden bereits auf den Weg gebracht. Die **Kapitalmarktunion** wird die genannten Möglichkeiten schaffen und private Mittel in nachhaltigere Investitionen lenken.

In diesem Jahr wurde eine Einigung über die **Reform der Europäischen Risikokapitalfonds** erzielt. Die überarbeiteten Vorschriften werden kleinen und in der Wachstumsphase befindlichen Unternehmen sowie Sozialunternehmen den Zugang zu den benötigten Finanzmitteln sowohl im eigenen Land als auch im Ausland erleichtern. Es wurden neue Vorschriften für **standardisierte und transparente Verbriefungsmärkte** vereinbart, die das Potenzial bergen, 150 Mrd. EUR an zusätzlichen Finanzmitteln für europäische Unternehmen zu mobilisieren, indem Kapazitäten in den Bankbilanzen freigemacht werden. Die neuen **Prospektanforderungen** werden den Verwaltungsaufwand für Unternehmen, die Aktien und Anleihen ausgeben, reduzieren, und unser jüngster Vorschlag für ein EU-weites Produkt der privaten Altersvorsorge wird es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglichen, europaweit für ihren Ruhestand vorzusorgen. Die Kommission hat außerdem einen Aktionsplan vorgestellt, in dem aufgezeigt wird, wie den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern

EU-weit eine größere Auswahl an und ein besserer Zugang zu Finanzdienstleistungen und -produkten geboten werden kann.

Das Vertrauen in unseren Binnenmarkt hängt auch davon ab, dass es uns gelingt, gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, damit die Unternehmen im Leistungswettbewerb miteinander konkurrieren können – auch bei der **Besteuerung**. Wir haben für die Durchsetzung der EU-Vorschriften über staatliche Beihilfen gesorgt im Wege wichtiger Entscheidungen zu Fiat in Luxemburg, zu Starbucks in den Niederlanden und zu einer belgischen Steuerregelung sowie einer Entscheidung zu Apple in Irland. Im letztgenannten Fall wird Irland zugunsten der Steuerzahler bis zu 13 Mrd. EUR zurückerhalten. Ferner sind neue Vorschriften zur **Bekämpfung von Steuervermeidung in Kraft getreten, mit denen sichergestellt werden soll, dass Unternehmen ihre Gewinne da versteuern, wo sie sie erwirtschaften**. Die Mitgliedstaaten sind jetzt zu einem automatischen Informationsaustausch verpflichtet. Ziel ist es, **Offshore-Steuerhinterziehung** zu verhindern. Die Kommission hat außerdem neue Vorschriften vorgeschlagen, um gegen Geldwäsche vorzugehen und um auch die Rolle von Beratern zu beleuchten, die Tipps zu Steuergestaltungen geben, welche ihren Kunden bei der Steuervermeidung helfen können. Über diese Vorschläge beraten derzeit die beiden gesetzgebenden Organe.



Die Steuerzahler werden dank des Beihilfebeschlusses der Kommission im Fall **Apple** bis zu **13 Mrd. EUR** zurückerhalten

In unserem Bestreben, den positiven Beitrag unserer Wettbewerbspolitik zum Nutzen der Bürgerinnen und Bürger zu maximieren, haben wir eine wichtige Kartellentscheidung



über den Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung von Google getroffen, das in seinen Suchergebnissen seinen eigenen Preisvergleichsdienst bevorzugt hat, während Wettbewerber auf der Ergebnisseite nach hinten gerutscht sind – was insbesondere zulasten kleinerer Marktteilnehmer ging. Wir haben angeordnet, dieses wettbewerbswidrige Verhalten einzustellen, und gegen das Unternehmen eine Geldbuße von über 2.4 Mrd. EUR verhängt. In einem anderen Beschluss erhielten wir verbindliche Zusagen von Amazon, durch die unsere Bedenken hinsichtlich einer Reihe wettbewerbswidriger Klauseln in Vertriebsverträgen mit Verlegern von E-Books in Europa ausgeräumt wurden. Diese Verpflichtungen werden zu einem fairen Wettbewerb auf diesem Markt beitragen und zu mehr Auswahl für die Verbraucher führen. Darüber hinaus sorgt die Kommission auch im Rahmen ihrer Befugnisse bei der Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen für die Wahrung eines fairen Wettbewerbs auf dem EU-Markt.

Die **Freizügigkeit der Arbeitnehmer** ist eine der tragenden Säulen unseres Binnenmarkts. Es wurden neue Vorschriften vorgeschlagen, um sowohl bei der Entsendung von Arbeitnehmern als auch bei der Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit faire und wirklich gleiche Ausgangsbedingungen zu gewährleisten. Zu den grundlegenden Prinzipien gehört, dass gleiche Arbeit am gleichen Ort gleich vergütet werden sollte und dass bei Entrichtung gleicher Sozialbeiträge später gleiche Leistungen gewährt werden sollten. Die beiden gesetzgebenden Organe beraten derzeit über die verbesserten Vorschriften. Gleichzeitig erhalten die Mitgliedstaaten praktische Hilfestellung beim Ausbau ihrer Zusammenarbeit und bei der Bekämpfung von Missbrauch, beispielsweise durch die Plattform zur Bekämpfung nicht angemeldeter Erwerbstätigkeit und durch die Weiterentwicklung des elektronischen Austauschs von Sozialversicherungsdaten.

In diesem Jahr haben wir mehrere Wirtschaftszweige gezielt unterstützt und stellen ein Konzept für eine ganzheitliche Strategie für die Industriepolitik vor. Mit unserem **Europäischen Industrietag 2017** wurde eine Debatte in Gang gesetzt über künftige Innovationen und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie sowie über die Instrumente, die wir bereits geschaffen haben – angefangen beim Juncker-Plan und der Energieunion bis hin zu Forschung und Entwicklung, der Handelspolitik, dem digitalen Binnenmarkt und der europäischen Agenda für Kompetenzen. Wir haben Finanzmittel für die Region Nord Pas-de-Calais bereitgestellt, um ihren Übergang zu einer emissionsarmen Wirtschaft zu unterstützen, wir haben polnischen Stahlgroßhändlern bei der Einführung neuer Dienstleistungen und der Schaffung neuer Arbeitsplätze geholfen und wir haben den Bau eines neuen Werks für Zellstoffe und andere Bioprodukte in Finnland sowie die Errichtung der ersten Anlage zum Recycling und Rückschmelzen von Titan gefördert. Ob es um 3D-Druck, Biokunststoffe für Verpackungen oder neue Systeme zur Senkung des Wasserverbrauchs in der chemischen Industrie geht – die EU wird auch künftig wegweisende Innovationen in der europäischen Industrie finanzieren und in solche Projekte investieren.

Der neue **Europäische Verteidigungsfonds** wird die Investitionstätigkeit ankurbeln, den Steuerzahlern ein besseres Kosten-Nutzen-Verhältnis bringen und Europa sicherer machen; **dafür werden bis 2020 90 Mio. EUR in die Forschung und 500 Mio. EUR in die Entwicklung investiert**. Der Fonds wird Doppelausgaben reduzieren, indem für die nationalen Regierungen Anreize geschaffen werden, bei Forschung und Entwicklung zu kooperieren und Verteidigungsgüter und -technologien gemeinsam zu beschaffen.



Im Rahmen des **Europäischen Verteidigungsfonds** werden bis 2020 insgesamt **90 Mio. EUR** in Forschung und **500 Mio. EUR** in Entwicklung investiert

Bei den europäischen Flaggschiff-**Weltraumprogrammen** sind weitere Fortschritte zu verzeichnen: Der jüngste Start eines Copernicus-Satelliten wird die Dienstleistungen für Landwirte, Fischer und andere Nutzer von Land- und Seekarten verbessern. Europas Satellitennavigationssystem Galileo bietet inzwischen Behörden, Unternehmen und Bürgerinnen und Bürgern seine Dienste an.

Die Kommission ist tätig geworden, um nach den Abgasskandalen das Vertrauen in unsere **Automobilindustrie** und ihre künftige Entwicklung wiederherzustellen. Wir streben eine völlige Generalüberholung der Fahrzeugprüfungen an. Gleichzeitig haben wir Initiativen zur emissionsarmen Mobilität, zur Elektromobilität und zum automatisierten Fahren vorgestellt. In diesem Jahr sind wir zu einer Einigung über neue Vorschriften gelangt, die für eine bessere Marktüberwachung bei **Medizinprodukten** sorgen sowie internationale Wettbewerbsfähigkeit und Innovation in dieser Branche fördern sollen. Zur Stützung des Wachstums im **Dienstleistungssektor** hat die Kommission Vorschläge für ein zentrales digitales Zugangstor (Single Digital Gateway) vorgelegt, das es Menschen und Unternehmen erleichtern soll, Verwaltungsangelegenheiten online abzuwickeln, und das die Einhaltung gemeinsam vereinbarter EU-Regeln gewährleisten wird.

Um die Nachhaltigkeit unserer Industriepolitik sicherzustellen, wurde die Umsetzung des **Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft** weiter vorangebracht, so wurden Leitlinien für die Energiegewinnung aus Abfällen verabschiedet, eine Plattform zur finanziellen Unterstützung der Kreislaufwirtschaft bei der Europäischen Investitionsbank (EIB) eingerichtet, die Investoren und Innovatoren zusammenbringt, und die Europäischen Stakeholder-Plattform zur Kreislaufwirtschaft eingeführt. Das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten arbeiten weiter auf eine Einigung über die ehrgeizigen Legislativvorschläge der Kommission zur Abfallbewirtschaftung hin.



## 5/ Eine vertiefte und fairere Wirtschafts- und Währungsunion

„In den nächsten fünf Jahren möchte ich die Reform unserer Wirtschafts- und Währungsunion weiterführen, um unsere einheitliche Währung stabil zu halten und die Konvergenz der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der an der einheitlichen Währung teilnehmenden Mitgliedstaaten zu erhöhen.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

**Der Euro ist mehr als nur eine Währung.** Die Euro-Banknoten und -Münzen führen uns jeden Tag erneut vor Augen, welche Chancen uns die Europäische Union eröffnet. **Der Euro ist die am zweithäufigsten verwendete Währung der Welt;** auf ihn entfällt ein Viertel der weltweiten Währungsreserven. Tagtäglich benutzen ihn bis zu **340 Millionen Europäerinnen und Europäer in 19 Mitgliedstaaten.** Der Euro hat die Menschen und die Volkswirtschaften in Europa einander näher gebracht und bringt Erleichterungen für alle, die im Euroraum leben, reisen oder Geschäfte tätigen. Der Euro ist aber eine noch junge Währung, die mehr Potenzial birgt. Deshalb setzen wir unsere Arbeit fort, um das Euro-Versprechen von Wohlstand, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit einzulösen.

Eine starke soziale Dimension ist eine wesentliche Komponente der Wirtschafts- und Währungsunion. Im April 2017 hat die Kommission die **europäische Säule sozialer Rechte** vorgestellt. Die Kommission arbeitet nun auf eine gemeinsame Proklamation dieser Rechte mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten hin. Im Rahmen der Europäischen Säule sozialer Rechte werden wesentliche Grundsätze für gut funktionierende und faire Arbeitsmärkte und Sozialsysteme formuliert, wie etwa die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben, Mindestlöhne und Geschlechtergleichstellung. Die Säule wird als Kompass für die Konvergenz in Richtung verbesserter Lebens- und Arbeitsbedingungen dienen. Im Reflexionspapier der Kommission zur sozialen Dimension Europas werden neue Konzepte vorgestellt, wie unsere Wirtschafts- und Sozialsysteme den sich rasch wandelnden und anspruchsvollen Anforderungen gerecht werden können.



Diese Themen werden im Mittelpunkt der Diskussionen auf dem **Sozialgipfel für faire Arbeitsplätze und Wachstum** stehen, den die Kommission gemeinsam mit der schwedischen Regierung am 17. November 2017 in Göteborg ausrichten wird.

In diesem Jahr haben wir einen weiteren Schritt auf diesem Weg getan, indem wir Zukunftskonzepte vorgestellt und unter Anwendung der bestehenden Vorschriften und Instrumente Stabilität und Wachstum gefördert haben. Im Reflexionspapier der Kommission zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion wurden noch einmal die **entscheidenden nächsten Schritte** genannt: eine echte Finanzunion mit einer vollendeten Bankenunion, Stabilisierungs- und Konvergenzinstrumenten, einer stabileren Architektur der Wirtschafts- und Währungsunion und einer gestärkten demokratischen Rechenschaftspflicht.

In den vergangenen Jahren hat die Kommission die **wirtschaftspolitische Steuerung** und die politische Abstimmung im Rahmen des **Europäischen Semesters** für die Koordinierung der Wirtschaftspolitik gestärkt. Wir legen den Mitgliedstaaten nun zu einem früheren Zeitpunkt gezieltere Analysen vor. Dies ermöglicht konstruktivere und substanziellere Gespräche mit sämtlichen Akteuren auf nationaler Ebene und eine Reduzierung der Zahl der an die Mitgliedstaaten gerichteten Empfehlungen, die dafür jedoch zielgenauer formuliert sind. Außerdem haben wir mit der Empfehlung zur Wirtschaftspolitik des Euro-Währungsgebiets für eine verstärkte Koordinierung gesorgt. Das beinhaltet Vorgaben für einen **positiven Fiskalkurs** für das Euro-Währungsgebiet als Ganzes im Jahr 2017, wonach diejenigen Länder, die über haushaltspolitischen Spielraum verfügen, aufgefordert werden, diesen zu nutzen, und andere Länder aufgefordert werden, ihre öffentlichen Finanzen in wachstumsfreundlicher Weise zu konsolidieren.



Zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Gestaltung und Durchführung wachstumsfördernder Reformen hat die Europäische Kommission **im Jahr 2015 den Dienst zur Unterstützung von Strukturreformen** geschaffen. Der Dienst bündelt auf Antrag eines Mitgliedstaats – und ohne Notwendigkeit einer Kofinanzierung – Fachkenntnisse aus ganz Europa, wobei er Experten der Kommission, anderer Mitgliedstaaten, internationaler Organisationen, öffentlicher Stellen und/oder des privaten Sektors heranziehen kann. Diese leisten technische Unterstützung in zentralen Reformbereichen, etwa bei der Modernisierung der öffentlichen Verwaltung, den Rahmenbedingungen für Unternehmen und dem Arbeitsmarkt. Der Dienst hat auch Sonderaufträge übernommen, z. B. zur Unterstützung der Koordinierung der Maßnahmen im Gefolge der Flüchtlingskrise in Griechenland und die Durchführung des Hilfeprogramms für die türkische Gemeinschaft Zyperns. Im Mai 2017 haben die gesetzgebenden Organe mit dem Programm zur Unterstützung von Strukturreformen, das über eine Mittelausstattung von 142,8 Mio. EUR für den Zeitraum 2017-2020 verfügt, ein eigenes Förderprogramm genehmigt. Dieses Programm ist gerade in Kraft getreten, und der Dienst ist bereits an mehr als **150 Projekten in 15 Ländern** beteiligt.



Das bis 2020 mit **142,8 Mio. EUR** ausgestattete **EU-Programm zur Unterstützung von Strukturreformen** ist erfolgreich angelaufen

Möglichkeiten zur Finanzierung der Realwirtschaft einschränken.

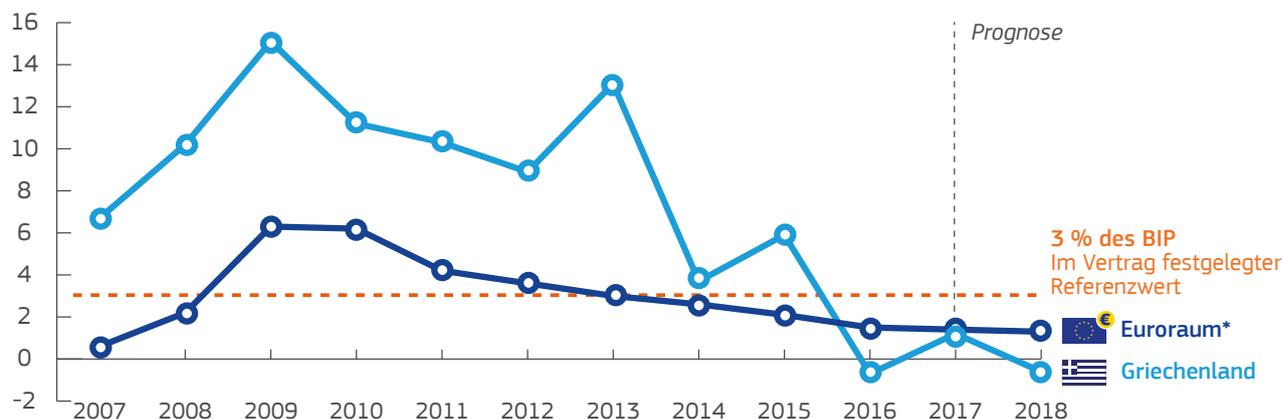
**Griechenland** dürfte das nächste Land sein, das auf Empfehlung der Kommission aus dem Defizitverfahren entlassen wird. Die zweite Überprüfung des Stabilitätshilfeprogramms für Griechenland wurde erfolgreich abgeschlossen und das Land kehrt allmählich zum Wachstum und an die internationalen Finanzmärkte zurück. Griechenland übertrifft seine haushaltspolitischen Ziele und ist auf gutem Wege, seine Primärüberschussvorgaben zu erfüllen oder gar – so ist zu hoffen – zu übertreffen. Ferner wurden in den letzten beiden Jahren EU-Gelder von rund 11 Mrd. EUR für die Förderung von Investitionen in Griechenland bereitgestellt, wobei auch neue Projekte im Rahmen des Juncker-Plans finanziert werden.

Der neu eingerichtete **Europäische Fiskalausschuss** hat seine Tätigkeit aufgenommen, um die Kommission bei der Umsetzung der Haushaltsregeln der EU und bei der Festlegung des für das Euro-Währungsgebiet angestrebten haushaltspolitischen Kurses zu unterstützen. Letztes Jahr hat die Kommission ein Paket von Risikominderungsmaßnahmen zur Stärkung des Bankensektors vorgelegt. Die im Rahmen der **Bankenunion** vorgesehenen Vorschriften für Banken in Schwierigkeiten wurden in diesem Jahr mehrfach angewandt. Es wurden konkrete Maßnahmen getroffen, um mit der hohen Zahl notleidender Kredite umzugehen, die in einigen Mitgliedstaaten nach wie vor die Banken belasten und ihre

Unsere Reformanstrengungen zeigen weiterhin in ganz Europa Ergebnisse in Form einer nachhaltigen Schaffung von Arbeitsplätzen und sinkender Haushaltsdefizite. Folgt der Rat unserer Empfehlung, das Defizitverfahren gegen Griechenland einzustellen, werden **nur noch Frankreich, Spanien und das Vereinigte Königreich der korrektiven Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts unterliegen; 2011 waren es noch 24 Mitgliedstaaten.**

### Öffentliches Defizit

in % des Bruttoinlandsprodukts (BIP)



Quelle: Eurostat.

\*19 Mitgliedstaaten



## 6/ Eine ausgewogene und fortschrittliche Handelspolitik – Meistern der Globalisierung<sup>1</sup>

„Ich bin nicht bereit, europäische Standards im Bereich Sicherheit, Gesundheit, Soziales, Datenschutz oder unsere kulturelle Vielfalt auf dem Altar des Freihandels zu opfern. Insbesondere die Sicherheit unserer Lebensmittel und der Schutz personenbezogener Daten der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind für mich als Kommissionspräsident nicht verhandelbar. Ebenso wenig werde ich akzeptieren, dass die Rechtsprechung der Gerichte in den EU-Mitgliedstaaten durch Sonderregelungen für Investorenklagen eingeschränkt wird. Rechtsstaatlichkeit und Gleichheit vor dem Gesetz müssen auch in diesem Kontext gelten.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Europa ist die größte Handelsmacht und einer der offensten Wirtschaftsräume weltweit. 90 % des künftigen globalen Wachstums werden außerhalb Europas generiert und bereits heute hängen unsere Nationaleinkommen zu einem Drittel vom Handel ab. Deshalb werden wir uns weiterhin für offene Märkte, gleiche Wettbewerbsbedingungen und höchste internationale Standards einsetzen. Unsere Wirtschaft ist auf Handel angewiesen: Jede im Export erwirtschaftete Milliarde Euro sichert in Europa 14 000 zusätzliche Arbeitsplätze.

Im vergangenen Jahr wurden weltweit Stimmen laut, die für weniger Handel und mehr Protektionismus plädierten. Europa aber tritt für einen offenen und fairen Handel ein. Während andere die Zugbrücke hochziehen und das Schreckgespenst des Protektionismus wieder umgeht, werden wir das weltweite regelbasierte System verteidigen, das unsere Volkswirtschaften voranbringt. Der Abschluss von Handelsabkommen ist kein Selbstzweck; Handelsabkommen schützen auch, europäische Werte und Grundsätze in der Welt. Deshalb enthalten alle von der EU ausgehandelten neuen Handelsabkommen Bestimmungen zur nachhaltigen Entwicklung, insbesondere zu Umweltschutz und Arbeitsbedingungen. Das Abkommen mit Japan ist das **erste Handelsabkommen überhaupt, das ein Bekenntnis zum Pariser Klimaschutzübereinkommen enthält**.



Unsere Wirtschaft ist auf Handel angewiesen: Jede im Export erwirtschaftete **Milliarde Euro** sichert in Europa **14 000** zusätzliche Arbeitsplätze

Im Mai hat die Kommission ein Reflexionspapier mit dem Titel „Die Globalisierung meistern“ vorgelegt. Darin werden Konzepte umrissen, um die mitunter gehegten Befürchtungen in Bezug auf den Handel auszuräumen und um sicherzustellen, dass Arbeitskräfte und Unternehmen in Europa auf ihre Rolle als Wegbereiter globaler Standards, vorbereitet werden und gleichzeitig ihre Wettbewerbsfähigkeit wahren können. Protektionismus bietet keinen Schutz. Wir müssen Europas Unternehmen und Bürger jedoch weiterhin vor unlauterem Wettbewerb und unfairen Handelspraktiken schützen.

<sup>1</sup> Der Titel der Priorität 6 wurde aktualisiert und angesichts der Verlangsamung der Handelsgespräche mit den Vereinigten Staaten, des neuen politischen Kontexts und der neuen Dynamik in den Handelsgesprächen mit anderen wichtigen Regionen der Welt geografisch neutral formuliert. Die Kommission hat dieser Realität Rechnung getragen, indem sie die Kommissarsgruppe „Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft mit den Vereinigten Staaten“ in die Kommissarsgruppe „Handel und Meistern der Globalisierung“ umbenannt hat.



Europa steht für offenen und fairen Handel, doch sind wir keine naiven „Freihändler“. Wir kämpfen gegen Protektionismus ebenso entschieden wie gegen unfaire Handelspraktiken und Marktverzerrungen. Im letzten Jahr haben wir **Maßnahmen getroffen, um gegen Überkapazitäten im Stahlsektor vorzugehen, und wir reagieren entschlossen, wenn Handelspartner protektionistische Maßnahmen ergreifen**, die das multilaterale System zu untergraben drohen. Die EU muss ihr Instrumentarium weiter anpassen, damit wir unsere Industrie verteidigen und die Arbeitsplätze vor unlauterem

Wettbewerb schützen können. **Es ist an der Zeit, dass das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten eine Einigung über die Kommissionsvorschläge zur Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente der EU und zur Einführung einer neuen Antidumpingmethodik erzielen.** Außerdem legt die Kommission einen **neuen Vorschlag für ein Screening ausländischer Direktinvestitionen** vor, wenn bei diesen Bedenken hinsichtlich der nationalen Sicherheit und öffentlichen Ordnung bestehen.

### **Die Juncker-Kommission führt Handelsgespräche mit Transparenz.**

Im Gefolge der zu Beginn des Jahres 2015 eingeleiteten Transparenzinitiative werden Verhandlungstexte, Berichte nach Verhandlungsrunden sowie erläuternde Dokumente systematisch veröffentlicht. Dieser transparente Ansatz gilt mittlerweile **für alle Verhandlungen über Handelsabkommen, an denen die EU beteiligt ist**, und wird durch eine ganze Reihe von Tagungen auf politischer und technischer Ebene ergänzt, um Bürgerinnen und Bürger, Interessenträger sowie nationale und regionale Parlamente zu informieren und einzubeziehen. Die Kommission setzt diesen Kurs konsequent fort und hat die Entwürfe der Mandate für Handelsverhandlungen mit Australien und Neuseeland und für die Verhandlungen über die Schaffung eines multilateralen Investitionsgerichtshofs veröffentlicht.



In der EU sind **550 000 Arbeitnehmer** bei japanischen Unternehmen beschäftigt.



Die EU-Ausfuhren nach Japan steigen voraussichtlich um **16 % bis 24 %**



Die EU-Ausfuhren von verarbeiteten Lebensmittelerzeugnissen nach Japan steigen voraussichtlich um **170 % bis 180 %** bzw. **um weitere 10 Mrd. EUR**

Die Erfolge der Kommission bei der Aushandlung vorteilhafter Handelsabkommen im Rahmen eines **transparenten und inklusiven Ansatzes** sprechen für sich: Die Kommission veröffentlicht regelmäßig die Verhandlungspositionen, organisiert zu jeder Verhandlungsrunde Treffen mit der Zivilgesellschaft und erstattet regelmäßig dem Europäischen Parlament und dem Rat Bericht. Wir haben eine politische Einigung mit Japan über ein Wirtschaftspartnerschaftsabkommen erzielt und werden die Verhandlungen in diesem Jahr abschließen. Das Abkommen könnte zu einer Steigerung unserer Gesamtausfuhren nach Japan um über ein Drittel führen und den Unternehmen in der EU Zolleinsparungen von 1 Mrd. EUR bringen. Unser Abkommen mit Kanada wird ab dem 21. September vorläufig angewendet, sodass unsere Unternehmen wie auch unsere Bürgerinnen und Bürger nunmehr in den Genuss der Vorteile kommen können. Die Verhandlungen mit Mexiko und den Mercosur-Ländern in Südamerika kommen erfreulich schnell

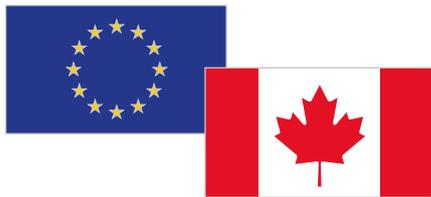
voran. Darüber hinaus stehen wir in laufenden Verhandlungen bzw. vor der Einleitung neuer Verhandlungen mit Partnern in der ganzen Welt, insbesondere in Asien.

Die Vereinigten Staaten sind derzeit der größte Exportmarkt der EU und ein wichtiger Verbündeter. Wir werden weiter gemeinsam an einer positiven, ehrgeizigen und beiden Seiten zum Nutzen gereichenden transatlantischen Handelsagenda arbeiten. Im Mai haben Präsident Juncker und Präsident Trump den Start eines gemeinsamen Aktionsplans für den Handel mit den Vereinigten Staaten vereinbart. Die Gespräche über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) wurden inzwischen effektiv eingestellt. Die EU muss sich Gewissheit darüber verschaffen, ob es in ausreichendem Umfang gemeinsame Ziele und eine ausreichende gemeinsame Basis gibt, bevor sie darüber entscheidet, ob und wie neue Verhandlungen geführt werden.



**221 000**

Zahl der bei kanadischen Unternehmen in der EU beschäftigten Arbeitnehmer



**865 000**

Zahl der Arbeitsplätze in der EU im Zusammenhang mit EU-Ausfuhren nach Kanada

**Handelsabkommen EU-Kanada: Abschaffung von 98 % der kanadischen Zölle** und damit jährliche Einsparungen für EU-Unternehmen in Höhe von 590 Mio. EUR

Ferner müssen wir sicherstellen, dass unser eigener institutioneller Rahmen die richtigen Voraussetzungen bietet, damit wir Abkommen wirksam ratifizieren und umsetzen sowie unserem Image eines **glaubwürdigen Verhandlungspartners** gerecht werden können. In seiner Stellungnahme zum EU-Singapur-Handelsabkommen hat der Gerichtshof der Europäischen Union in diesem Jahr für willkommene Klarheit bezüglich der Zuständigkeiten der EU und ihrer

Mitgliedstaaten für Handels- und Investitionsabkommen gesorgt. Im Lichte dieser Stellungnahme und der mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten geführten Gespräche wird die Kommission – ergänzend zu den in der Rede des Präsidenten zur Lage der Union vorgeschlagenen Mandaten für Verhandlungen mit Australien und Neuseeland – Vorschläge für die Unterzeichnung und Ratifizierung der Abkommen mit Singapur und Vietnam vorlegen.



Die Förderung und der Schutz der wichtigsten europäischen Agrar- und Nahrungsmittelerzeugnisse in anderen Ländern ist eine der obersten Prioritäten eines jeden Handelsabkommens, das die EU verhandelt. Mehr als **200 europäische Produkte mit geografischer Ursprungsbezeichnung werden in Japan unter der geschützten Bezeichnung verkauft werden dürfen** (z. B. Tiroler Speck, Jambon d'Ardenne oder Münchener Bier); **in Kanada sind dies über 140 Produkte** (von Roquefort-Käse über Balsamico-Essig aus Modena zu holländischem Gouda-Käse). Diese Produkte genießen damit einen Schutz vor Imitationen auf ähnlichem Niveau wie im EU-Recht.



## 7/ Ein auf gegenseitigem Vertrauen basierender Raum des Rechts und der Grundrechte

„Ich habe die Absicht, die Vorrechte der Kommission dazu zu nutzen, unsere gemeinsamen Werte, die Rechtsstaatlichkeit und die Grundrechte innerhalb unseres Zuständigkeitsbereichs zu bewahren, wobei ich gleichzeitig der Vielfalt der verfassungsrechtlichen und kulturellen Traditionen der 28 Mitgliedstaaten gebührend Rechnung tragen werde.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die Notwendigkeit, gegen Extremismus, Radikalisierung und Hass vorzugehen, wurde uns im vergangenen Jahr deutlich vor Augen geführt, als Europa einmal mehr Opfer abscheulicher terroristischer Akte wurde. Unser Fokus liegt darauf, die **Europäische Sicherheitsagenda** umzusetzen und die zahlreichen und vielfältigen Bedrohungen anzugehen, mit denen wir konfrontiert sind. Präsident Juncker hat einen für die **Sicherheitsunion zuständigen Kommissar** ernannt, der eng mit den Mitgliedstaaten und den EU-Agenturen zusammenarbeitet, unsere Tätigkeiten in diesem

zu begegnen. Zudem engen wir den Handlungsspielraum von Terroristen ein, indem wir ihnen den Zugang zu **Finanzmitteln, Schusswaffen, gefälschten Dokumenten und Sprengstoffen** versperren. Diese globale Bedrohung erfordert eine globale Antwort, und wir arbeiten mit unseren Partnern weltweit zusammen, um den **internationalen Terrorismus** zu bekämpfen. Präsident Juncker war einer derjenigen, die sich beim G20-Gipfel in Hamburg gemeinsam auf einen Aktionsplan zur Terrorismusbekämpfung verständigt haben.



Das **Schengener Informationssystem** enthält mittlerweile **70 Millionen Einträge**; im Jahr 2016 wurden **4 Milliarden Abfragen** vorgenommen

Im Laufe des vergangenen Jahres haben wir auch verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung von **terroristischer Propaganda** und **Online-Radikalisierung** unternommen. Über das EU-Internet-Forum arbeiten wir mit **großen Internet-Unternehmen** zusammen, um sicherzustellen, dass illegale Inhalte so schnell wie möglich vom Netz genommen werden. Die **EU-Meldestelle für Internet-Inhalte** bei Europol hat den Internet-Unternehmen Zehntausende Posts gemeldet. Im Durchschnitt wurden 90 % dieser Posts aus dem Netz genommen. Die Kommission überwacht aufmerksam, wie **Social-Media-Unternehmen** den

Bereich koordiniert und dem Kollegium der Kommissionsmitglieder regelmäßig Bericht erstattet. Dies ist eine neue Arbeitsweise und ein wichtiger Schritt, um die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten.

Verhaltenskodex zur Bekämpfung illegaler Online-Hetze umsetzen. Das **Aufklärungsnetzwerk gegen Radikalisierung** und das **Programm zur Stärkung der Zivilgesellschaft** unterstützen diejenigen, die an vorderster Front dagegen ankämpfen, dass vergiftete Ideologien sich weiter ausbreiten.

Eine in diesem Jahr erlassene neue Richtlinie zur **Terrorismusbekämpfung** sieht vor, dass Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten als terroristische Straftaten eingestuft werden und entsprechende Sanktionen nach sich ziehen. Dadurch erhalten die Strafverfolgungsbehörden mehr Befugnisse und werden in die Lage versetzt, diejenigen, die terroristische Aktivitäten unterstützen, strafrechtlich zu verfolgen und dem Phänomen der zurückkehrenden ausländischen Kämpfer

Wenn wir Europa sicherer machen wollen, müssen wir an unseren Grenzen beginnen. Seit dem 7. April werden alle Reisenden an den EU-Außengrenzen durch Abgleich mit einschlägigen Datenbanken **systematisch kontrolliert**. Das von der Kommission vorgeschlagene Einreise- und Ausreisensystem wird dazu beitragen, das Management der Außengrenzen zu modernisieren und Name, Art des Reisedokuments und biometrische Daten jedes Drittstaatsangehörigen, der unsere



Grenzen überquert, sowie den Ort der Einreise zu erfassen. Auch muss eine Einigung über den Kommissionsvorschlag zu einem **Europäischen Reiseinformati- und -genehmigungssystem (ETIAS)** erzielt werden, damit bessere Kontrollen im Vorfeld von Einreisen in die EU möglich werden.

Neu eingeführte Vorschriften zu **Fluggastdatensätzen** werden es leichter machen, „Hochrisiko-Reisende“ zu identifizieren. EU-Datenbanken, wie etwa das **Schengener Informationssystem, werden in zunehmendem Maße genutzt**, um sich ein klareres Bild von Zielpersonen und Zielobjekten zu verschaffen. Das System enthält mittlerweile 70 Millionen Einträge; im Jahr 2016 wurden 4 Milliarden Abfragen vorgenommen.

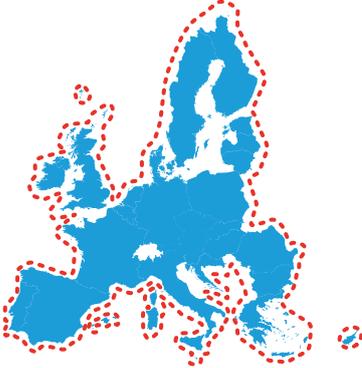
Wir arbeiten auch nach Kräften daran, die EU-Informationsdatenbanken in den verschiedenen Ländern miteinander kompatibel zu machen. Das ist entscheidend, um sicherzustellen, dass keine kritischen Informationen „durch die Maschen fallen“. Im Mai haben wir ein neues Konzept für die **Interoperabilität** der Informationssysteme vorgestellt ebenso wie Vorschläge zur Stärkung der EU-Agentur, die die wichtigsten Systeme verwaltet.

Der Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger geht weit über reine Sicherheitsbelange hinaus. Was unsere persönliche Sicherheit betrifft, gilt es vor allem auch, dafür Sorge zu tragen, dass die wachsende Menge persönlicher Daten, die wir tagtäglich teilen, sicher und vertraulich behandelt wird. Die **umfassende Reform der EU-Datenschutzbestimmungen** wird am 25. Mai 2018 in Kraft treten und den Bürgerinnen und Bürgern dazu verhelfen, die Kontrolle über ihre Daten zurückzuerlangen. Der neue **EU-US-Datenschutzschild** wird die Grundrechte von EU-Bürgerinnen und -Bürgern, deren personenbezogene Daten an die Vereinigten Staaten übermittelt werden, schützen und verschafft Unternehmen Rechtsklarheit in Bezug auf ihre Verpflichtungen.

Im Bereich der Betrugsbekämpfung ist uns ein entscheidender Durchbruch gelungen. 20 Mitgliedstaaten haben sich in diesem Jahr darauf geeinigt, den Vorschlag der Kommission voranzubringen und eine **Europäische Staatsanwaltschaft** einzurichten. Die Europäische Staatsanwaltschaft wird eine

starke, unabhängige Behörde sein, die auf die EU-weite Bekämpfung von Finanzkriminalität spezialisiert ist. Sie wird für die strafrechtliche Untersuchung und Verfolgung in Fällen von Korruption oder Betrug zum Nachteil des EU-Haushalts sowie in Fällen grenzüberschreitenden Mehrwertsteuerbetrugs zuständig sein. Alljährlich gehen den nationalen Haushalten durch grenzüberschreitenden Betrug potenzielle Mehrwertsteuereinnahmen in Höhe von mindestens 50 Mrd. EUR verloren. Die Verhinderung von Finanzkriminalität wird auch Gegenstand von Vorschlägen für die Stärkung der Rechtsinstrumente zur Bekämpfung von Geldwäsche sein. Wir schlagen vor, die Schutzmaßnahmen für Finanzströme aus Drittländern mit hohem Risiko zu verstärken, die Befugnisse der Zentralstellen für Geldwäscheverdachtsanzeigen in der EU auszuweiten, die Frage zentraler nationaler Register für Bank- und Zahlungskonten aufzugreifen und die Risiken anzugehen, die mit virtuellen Währungen und anonymen Guthabekarten verbunden sind.

Die Europäerinnen und Europäer haben jetzt einen **besseren Zugang zur Justiz** dank der Rechtsvorschriften zur Unschuldsvermutung, zur Prozesskostenhilfe und zu Verfahrensgarantien für Kinder in Strafverfahren. Die Verhandlungen über neue Vorschläge zur Verbesserung des **Schutzes von Kindern in grenzüberschreitenden Familienstreitigkeiten** werden fortgesetzt. In diesem Jahr hat die EU das Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Übereinkommen von Istanbul) unterzeichnet. Rechtsstaatlichkeit ist einer der im Vertrag verankerten Grundwerte der EU, und die Kommission tritt aktiv dafür ein, sie gegen systemische Bedrohungen zu schützen. Wir stehen mit Polen in einem Dialog über **Rechtsstaatlichkeit**, um die Unabhängigkeit der Gerichte des Landes zu verteidigen und verschiedene Probleme im Zusammenhang mit der Justizreform zu erörtern.



Seit dem **7. April** werden **alle Reisenden** an den EU-Außengrenzen **systematisch kontrolliert**



## 8/ Hin zu einer neuen Migrationspolitik

„Die jüngsten furchtbaren Vorfälle im Mittelmeer haben uns gezeigt, dass Europa seinen Umgang mit der Migration in jeder Hinsicht verbessern muss. Dies ist zuallererst ein Gebot der Menschlichkeit. Nach meiner Überzeugung müssen wir im Geiste der Solidarität eng zusammenarbeiten.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

**Solidarität und Verantwortung** bilden den Kern der EU-Migrationspolitik. In den vergangenen zweieinhalb Jahren sind wir bei der Umsetzung der im Mai 2015 vorgeschlagenen Migrationsagenda zusammen weiter vorangekommen. Allmählich bildet sich ein gemeinsamer Ansatz beim Umgang mit der Migration heraus. Es wurden entscheidende Schritte unternommen, um die unmittelbaren Herausforderungen der Flüchtlingskrise des Jahres 2015 zu bewältigen und die Schwachstellen in unserem Rechtsrahmen zu beheben. Es bleibt aber in allen Bereichen noch einiges zu tun, um ein effizientes, stabiles und gerechteres System aufzubauen, das langfristig tragfähig ist.

**Wir retten Leben und wir bekämpfen Menschenhandel.** Seit 2015 wurden in der Ägäis dank der Rettungsmaßnahmen der italienischen und griechischen Behörden, der Operationen Triton und Poseidon der Europäischen Grenz- und Küstenwache sowie der Operation Sophia 620 000 Menschenleben gerettet. Wir gehen gegen kriminelle Schleusernetzwerke im zentralen Mittelmeer und in der Ägäis vor und kooperieren dabei mit den türkischen Behörden und der NATO. Seit 2015 wurden fast 2500 mutmaßliche Schleuser und Menschenhändler festgenommen und mehr als 470 Boote beschlagnahmt.

**Wir gewähren denen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, Asyl.** Europa hat sich während der Migrationskrise stets solidarisch und großzügig gegenüber Schutzbedürftigen gezeigt. Allein im Jahr 2016 haben die EU-Mitgliedstaaten 710 395 Flüchtlingen

Asyl gewährt und 14 205 Menschen, die internationalen Schutz benötigten, durch den EU-Rahmen für Neuansiedlungen sichere und legale Wege eröffnet.

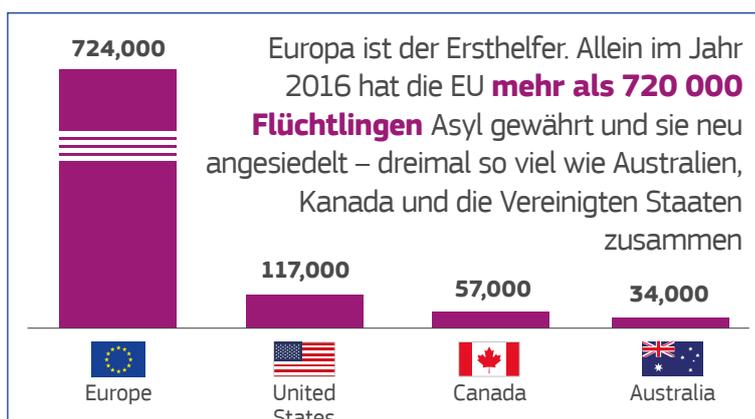
**Wir schützen minderjährige Migranten.** Jeder vierte Mensch, der in der EU derzeit Asyl sucht, ist ein Kind. Im Jahr 2016 kamen davon 96 000 ohne Begleitung, ohne Eltern oder Betreuer. Sie laufen große Gefahr, Opfer von Gewalt oder Missbrauch zu werden. Ungeachtet der starken Garantien, die Kinder im EU-Recht bereits genießen, hat die Kommission vorgeschlagen, ihren Schutz im Rahmen der Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems weiter zu verbessern und unter anderem die Vormundschaftssysteme zu verbessern und einen stärkeren Schutz während der Asylverfahren zu bieten.

**Im April hat die Kommission Maßnahmen präsentiert, um sicherzustellen, dass minderjährige Migranten bei ihrem Eintreffen in der EU schnell als solche erfasst werden und dass ihnen durch einen besseren Zugang zu Bildung und zur Gesundheitsversorgung nachhaltige Perspektiven geboten werden.**

**Wir schützen unsere Grenzen.** Im Oktober 2016 wurde auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags die **Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache** errichtet. Sie soll gewährleisten, dass Europa in der Lage ist, seine gemeinsamen Außengrenzen zu schützen, und besser gerüstet ist, um neuen Migrations- und Sicherheitsherausforderungen begegnen zu können. Mehr als 1700 EU-Beamte sind in Griechenland, Italien, Bulgarien und

Spanien im Einsatz, um den nationalen Grenzschutz zu unterstützen. Ein zusätzlicher Pool von 1500 Grenzschutzbeamten steht bereit, um unverzüglich einzugreifen, wann immer ein Mitgliedstaat um Hilfe beim Schutz seiner Außengrenzen ersucht. Damit ergänzen wir die Kapazität der Mitgliedstaaten, die über mehr als 100 000 nationale Grenzschützer verfügen.

**Wir haben die irregulären Migrationsbewegungen aus der Türkei weitgehend zum Stillstand gebracht.** Seit der EU-Türkei-Erklärung vom März 2016 ist die Zahl der Menschen, die von der Türkei aus nach Griechenland übersetzen, von 10 000





an einem einzigen Tag im Oktober 2015 auf durchschnittlich etwa 76 pro Tag gesunken. Insgesamt ist die Zahl der Menschen, die von der Türkei aus auf die griechischen Inseln gelangen, um 97 % zurückgegangen. Zudem helfen wir mit der **Fazilität für Flüchtlinge in der Türkei**, in deren Rahmen 3 Mrd. EUR für den Zeitraum 2016–2017 mobilisiert wurden, syrischen Flüchtlingen in der Türkei, dort in Würde zu leben und sich ein neues Leben aufzubauen. Die Gelder werden beispielsweise dafür eingesetzt, um soziale Unterstützung für 1,3 Millionen Flüchtlinge bereitzustellen und um bis Ende 2017 230 000 geflüchteten Schülerinnen und Schülern Zugang zu Bildungsangeboten in der Türkei zu eröffnen.

**Nun sind unsere Anstrengungen darauf gerichtet, den Zustrom von Menschen über das zentrale Mittelmeer einzudämmen.**

Unser Hauptfokus liegt auf Libyen, wo wir eng mit den libyschen Behörden, der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) zusammenarbeiten, um die Situation der Migranten vor Ort, und insbesondere in Lagern, in denen unhaltbare Zustände herrschen, zu verbessern. Im April 2017 wurde ein mit 90 Mio. EUR ausgestattetes Programm angenommen, um den Schutz von Migranten und Flüchtlingen zu verbessern, für bessere Lebensbedingungen zu sorgen und Beschäftigungsmöglichkeiten in den Aufnahmegemeinschaften zu schaffen.

Die EU sorgt für die **Ausbildung und Ausrüstung der libyschen Küstenwache** und unterstützt sie im Kampf gegen Menschenhändler und Schleuser sowie bei ihren Bemühungen, die libyschen Hoheitsgewässer sicherer zu machen, Menschenleben zu retten und die Flüchtlingsströme nach Italien einzudämmen. Ein von der EU und Italien gemeinsam finanziertes Projekt, das mit 46,3 Mio. EUR ausgestattet ist und die libyschen Grenzmanagementkapazitäten erhöhen soll, wurde im Juli 2017 gebilligt. Dank verstärkter gemeinsamer Anstrengungen mit der IOM waren mehr Migranten in Libyen zur unterstützten freiwilligen Rückkehr in ihre Heimatländer bereit. Allein im Jahr 2017 wurden rund 7000 Menschen aus Libyen sowie 4000 aus Niger in ihre Heimatländer rückgeführt.

Es gibt deutliche Anzeichen dafür, dass die **Maßnahmen, die entlang der zentralen Mittelmeerroute getroffen wurden,**

allmählich Wirkung zeigen: Im Juli 2017 ist die Zahl der irregulären Einreisen im Vergleich zu den Zahlen für Juli 2016 um 51 % zurückgegangen; im August 2017 lag der Rückgang bei 81 % im Vergleich zu August 2016.

Wir unterstützen die am stärksten betroffenen Mitgliedstaaten. **Griechenland** wurden seit Anfang 2015 Soforthilfen in Höhe von über 353 Mio. EUR gewährt. Italien hat seit 2014 149,5 Mio. EUR erhalten. Die an **Bulgarien** gezahlten 167 Mio. EUR Soforthilfe

Die EU öffnet über Neuansiedlungen **sichere und legale Wege** nach Europa. Der 2-Jahres-Plan der EU für die Neuansiedlung von 22 000 Flüchtlingen ist bereits zu 77 % erfüllt



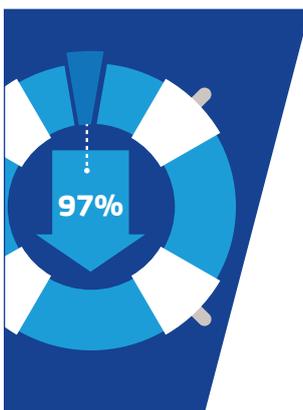
werden für die Bereitstellung von Unterkünften, die Versorgung der Migranten mit Nahrungsmitteln und medizinischen Hilfsgütern und die Ausrüstung des nationalen Grenzschutzes eingesetzt. Im Rahmen des **neuen Soforthilfeinstruments** haben wir bereits 401 Mio. EUR an humanitärer Hilfe für die Verbesserung der Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Griechenland bereitgestellt.

Wir arbeiten ferner an **neuen Lösungen zur Unterstützung Italiens** – sowohl in finanzieller Form als auch in Form einer verstärkten regionalen Zusammenarbeit. Eine entsprechende Zusage wurde auch von den Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat im Juni 2017 und von den Innenministern bei ihrer Tagung im Juli bekräftigt. Unsere Europäische Grenz- und Küstenwache ist im Rahmen der gemeinsamen Operation Triton in Italien präsent und stellt Flugzeuge, Hubschrauber und Schiffe sowie 400 Beamte zur Verfügung. Die Europäische Grenz- und Küstenwache hilft auch bei der Organisation der Rückkehr von Migranten in ihre Herkunftsländer. Insgesamt 70 Experten des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen und 18 Beamte von Europol begleiten den Umverteilungsprozess und die Umsetzung von Sicherheitsüberprüfungen in Italien.

Wir öffnen über Neuansiedlungen **sichere und legale Wege nach Europa**. Bei der im Juli 2015 angenommenen

Neuansiedlungsregelung der EU ist die Zielvorgabe fast erreicht: Die Mitgliedstaaten und assoziierte Schengen-Länder haben bereits 17 305 der vereinbarten 22 504 Personen neu angesiedelt. Im Rahmen der EU-Türkei-Erklärung wurden bisher insgesamt 8834 Syrer aus der Türkei in der EU neu angesiedelt. Am 4. Juli 2017 rief die Kommission zu neuen Zusagen für das Jahr 2018 auf, um die Kontinuität der gemeinsamen Bemühungen der EU-Mitgliedstaaten zu gewährleisten.

Die EU arbeitet mit den Herkunfts- und Transitländern zusammen, **um die Hauptursachen der Migration zu bekämpfen**, damit sich die Menschen zu Hause eine bessere Zukunft aufbauen können. Mit einem



Die Einreisen im östlichen Mittelmeerraum verringern sich seit mehr als einem Jahr durchgehend: **der Rückgang beträgt 97 %**. Bei den Einreisen über die zentrale Mittelmeerroute beginnt sich eine Verringerung abzuzeichnen: im August 2017 lagen die Zahlen um **81 %** unter den Zahlen desselben Monats des Vorjahres

**Treuhandfonds für Afrika in Höhe von 2,7 Mrd. EUR** fördert die EU Wirtschafts- und Beschäftigungsmöglichkeiten, Sicherheit und Entwicklung. Insgesamt 169 Verträge wurden bereits unterzeichnet, bei denen es schwerpunktmäßig um wirtschaftliche Entwicklung, die Schaffung von Arbeitsplätzen, gute Regierungsführung, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit sowie das Migrationsmanagement ging. Präsident Juncker hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, Mittel in gleicher Höhe wie aus dem EU-Haushalt (2,7 Mrd. EUR) beizusteuern, doch bislang wurden nur 227,7 Mio. EUR zugesagt und 152,5 Mio. EUR bereitgestellt. **Mit der Investitionsoffensive für Drittländer werden Investitionen in Afrika gefördert.** Mit Mitteln in Höhe von 4,1 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt und dem Europäischen Entwicklungsfonds wird die Investitionsinitiative innovative Garantien fördern, um private Investitionen zu unterstützen und bis zu 44 Mrd. EUR an Investitionen zu mobilisieren. **Die EU ist weltweit auch die größte Geberin von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe.** Bei der EU-Hilfe geht es nicht um Wohltätigkeit, sondern um eine konkrete Investition in die Menschen. Allein die Europäische Kommission wird im Zeitraum 2014-2020 insgesamt 31 Mrd. EUR an öffentlicher Entwicklungshilfe für Afrika bereitstellen.

Die Mitgliedstaaten haben außerdem im September 2015 beschlossen, Griechenland und Italien im Rahmen einer **Notfall-Umverteilungsregelung** zu unterstützen. Danach sollen Asylsuchende, die gute Aussichten auf Bewilligung ihres Asylantrags haben, aus diesen beiden Ländern, wo sie zuerst europäischen Boden betreten haben, in andere Mitgliedstaaten umverteilt werden, in denen ihr Asylantrag dann bearbeitet wird. **Das Tempo der Umverteilung ist im Jahr 2017 deutlich gestiegen:** Die Mitgliedstaaten konnten hinsichtlich der Anzahl der umverteilten Personen im Vergleich zum gleichen Zeitraum im Jahr 2016 einen dreieinhalbfachen Anstieg verzeichnen. Im Sommer 2017 belief sich die Gesamtzahl der Umverteilungen auf 27 700. Fast alle Mitgliedstaaten beteiligen sich inzwischen an den Umverteilungsmaßnahmen. Lettland und Malta haben ihre Zusagen hinsichtlich der Umverteilungen aus Griechenland vollständig umgesetzt. Bis Ende September werden Finnland (90 %), Litauen und Luxemburg (beide 85 %) den Großteil ihrer Zuweisungen aus Griechenland umverteilt haben, während Schweden, das mit der Umverteilung erst im Juni startete, fast 70 % seiner Zusagen erfüllt haben wird. Malta und Finnland sind zudem nahe am Abschluss der Umverteilung ihrer gesamten Zuweisungen aus Italien. **Gegen Polen, die Tschechische**

**Republik und Ungarn**, die ihren rechtlichen Verpflichtungen nicht nachgekommen sind, musste die Kommission dagegen Vertragsverletzungsverfahren einleiten.

Eine erfolgreiche und schnelle Umverteilung und Neuansiedlung erfordert gründliche Sicherheitskontrollen. Wir sorgen mit Unterstützung der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache und Europol dafür, dass alle Personen, die in den „Hotspots“ in Italien und Griechenland ankommen, eine **umfassende Sicherheitsüberprüfung** durchlaufen, einschließlich eines vollständigen Identifizierungs- und Registrierungsverfahrens mit Abnahme der Fingerabdrücke und einem Abgleich mit allen einschlägigen internationalen, EU- und nationalen Datenbanken. Umverteilungskandidaten werden zusätzlichen Kontrollen durch die Dienststellen des Aufnahmemitgliedstaats unterzogen.

**Wir setzen innerhalb des bestehenden Partnerschaftsrahmens gemeinsam bei den Wurzeln irregulärer Migration an.** Wir wollen etwas gegen die Ursachen unternehmen, die Menschen zur Migration zwingen, und den Betroffenen die Chance eröffnen, sich ein Leben in größerer Nähe zu ihrer Heimat aufzubauen, anstatt sich auf eine Reise nach Europa zu begeben, die häufig tödlich endet. Derzeit begründen wir **neue Migrationspartnerschaften** mit wichtigen Herkunfts- und Transitländern, zunächst mit Mali, Niger, Nigeria, Senegal und Äthiopien.

Zur Finanzierung migrationsbezogener Projekte haben wir einen mit 2,7 Mrd. EUR ausgestatteten **Nothilfe-Treuhandfonds für Afrika** eingerichtet. Präsident Juncker hat die Mitgliedstaaten aufgefordert, diese Anstrengungen zu unterstützen. Bislang haben sie jedoch erst 152,5 Mio. EUR zu den 1,8 Mrd. EUR beigesteuert, die anfänglich als Beitrag aus dem EU-Haushalt eingezahlt wurden; gewünscht ist ein ebenso hoher Beitrag der Mitgliedstaaten. Bisher wurden insgesamt **169 Verträge** unterzeichnet, die den Fokus auf die Themen Wirtschaftsentwicklung, Governance, Ernährungssicherheit und Gesundheitsversorgung sowie Migration legen. Im Rahmen der **europäischen Investitionsoffensive für Drittländer** wird das erfolgreiche Modell des Juncker-Plans übernommen: Ziel ist es, die für eine nachhaltige Entwicklung und für die Schaffung von Arbeitsplätzen dringend erforderlichen Investitionen des privaten Sektors zu mobilisieren. Mit einem Beitrag von 4,1 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt wird die EU Gesamtinvestitionen von bis zu 44 Mrd. EUR mobilisieren; 88 Mio. EUR wären möglich, wenn auch die Mitgliedstaaten einen entsprechenden Beitrag leisten.

## Europäische Grenz- und Küstenwache: aktuelle Einsätze

Die Europäische Grenz- und Küstenwache ist derzeit mit rund 1700 Beamten zum Schutz der Grenzen der EU im Einsatz. Diese Beamten ergänzen die 100 000 Grenzschutzbeamten der Mitgliedstaaten.

September 2017



**888** Beamte in Griechenland



**407** Beamte in Italien



**197** Beamte in Spanien



**126** Beamte in Bulgarien



**55** Beamte im Westbalkan

	UMVERTEILUNG					NEUANSIEDLUNG			DIE EUROPÄISCHE GRENZ- UND KÜSTENWACHE <sup>1</sup>	FINANZIELLE BETEILIGUNG AM TREUHANDFONDS FÜR AFRIKA; IN MILLIONEN EURO (ZUGESAGT/ ERHALTEN)
	Umverteilungen aus Italien	Umverteilungen aus Griechenland	Insgesamt	Rechtliche Verpflichtungen	% Vollständig	Neuansiedlungen	Zugesichert	% Vollständig		
Österreich	15	0	15	1 953	1%	1 830	1 900	96%	48	6.0 / 3.0
Belgien	259	677	936	3 812	25%	905	1 100	82%	4	10.0 / 6.0
Bulgarien	0	50	50	1 302	4%	0	50	0%	98	0.05 / 0.05
Kroatien	18	60	78	968	8%	0	150	0%	13	
Zypern	34	96	130	320	41%	0	69	0%	2	
Tschechische Republik	0	12	12	2 691	0.4%	52	400	13%	30	0.74 / 0.74
Dänemark						481	1 000	48%	16	6.0 / 6.0
Estland	0	141	141	329	43%	20	20	100%	16	1.45 / 1.45
Finnland	755	1 196	1 951	2 078	94%	293	293	100%	21	5.0 / 5.0
Frankreich	330	3 948	4 278	19 714	22%	1,965	2 375	83%	98	3.0 / 3.0
Deutschland	3 405	4 447	7 852	27 536	29%	1 600	1 600	100%	163	51.0 / 13.0
Griechenland						0	354	0%	631	
Ungarn	0	0	0	1,294	0%				7	0.7 / 0.7
Island*						50	50	100%	5	
Irland	0	487	487	600	81%	520	520	100%		3.0 / 1.2
Italien						1,152	1,989	58%	192	102.0 / 82.0
Lettland	27	294	321	481	67%	25	50	50%	34	0.05 / 0.05
Liechtenstein	0	10	10			20	20	100%		
Litauen	27	355	382	671	57%	28	70	40%	24	0.05 / 0.05
Luxemburg	111	271	382	557	69%	26	30	87%	7	3.1 / 3.1
Malta	47	101	148	131	11.3%	0	14	0%	53	0.25 / 0.1
Niederlande	792	1 595	2 357	5 947	40%	1 000	1 000	100%	114	16.4 / 13.4
Norwegen	815	693	1 508			3 421	3 500	98%	70	3.6 / 3.6
Polen	0	0	0	6,182	0%	0	900	0%	62	1.1 / 1.1
Portugal	299	1 116	1 415	2 951	48%	76	191	40%	152	0.45 / 0.45
Rumänien	45	682	727	4 180	17%	0	80	0%	125	0.1 / 0.1
Slowakei	0	16	16	902	2%	0	100	0%	11	0.6 / 0.6
Slowenien	45	172	217	567	38%	0	20	0%	8	0.05 / 0.05
Spanien	168	1 089	1 257	9 323	13%	631	1 449	44%	117	3.0 / 3.0
Schweden	511	1 392	1 903	3 766	51%	491	491	100%	28	3.0 / 3.0
Schweiz	778	344	1 122			519	519	100%	4	4.1 / 3.6
Vereinigtes Königreich						2 200	2 200	100%	58	3.0 / 1.2
<b>INSGESAMT</b>	<b>8 451</b>	<b>19 244</b>	<b>27 695</b>	<b>98 255</b>	<b>28%</b>	<b>17 305</b>	<b>22 504</b>	<b>77%</b>	<b>1669</b>	<b>227.7 / 155.5</b>

<sup>1</sup> Die Angaben in dieser Spalte entsprechen der Zahl der Personen, die im Durchschnitt pro Tag (Januar bis August 2017) von jedem Mitgliedstaat für Operationen der Europäische Grenz- und Küstenwache (in Griechenland, Italien, Bulgarien, in den Staaten des westlichen Balkans und in Spanien) abgestellt wurden.



## 9/ Mehr Gewicht auf der internationalen Bühne

„In der Außenpolitik brauchen wir ein stärkeres Europa. Die Ukraine-Krise und die besorgniserregende Lage im Nahen Osten zeigen, wie wichtig es ist, dass Europa nach außen hin zusammensteht.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Die Europäische Union tritt nach wie vor für eine auf Regeln basierende Weltordnung ein und trägt entscheidend zu **Sicherheit und Stabilität in der Region und darüber hinaus** bei. Wir setzen uns weltweit für Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Wir arbeiten eng und konstruktiv mit unseren internationalen Partnern zusammen, um die Welt sicherer und stabiler zu machen.

Mehr denn je sind die Europäer gefordert, größere Verantwortung für ihre eigene Sicherheit zu übernehmen. Im November hat die Kommission einen **Europäischen Aktionsplan im Verteidigungsbereich** vorgestellt, in dem dargelegt wird, wie ein Europäischer Verteidigungsfonds und andere Maßnahmen dazu beitragen können, Ausgaben der Mitgliedstaaten effizienter für gemeinsame Verteidigungsfähigkeiten einzusetzen und die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Der Mangel an Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten im Bereich Verteidigung und Sicherheit verursacht Schätzungen zufolge jährliche Kosten in einer Größenordnung von 25 bis 100 Mrd. EUR. 80 % der Beschaffungen und über 90 % der Forschungs- und Technologieaktivitäten finden auf nationaler Ebene statt. Durch eine gebündelte Beschaffung könnten bis zu 30 % der jährlichen Verteidigungsausgaben eingespart werden.

In Bezug auf die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde im vergangenen Jahr allein mehr erreicht als in den vorangegangenen zehn Jahren. Wir haben neue Wege beschritten. Die neue Kommandozentrale für militärische Ausbildungs- und Beratungsmissionen der EU ist Realität geworden. Die koordinierte jährliche Überprüfung der nationalen Verteidigungshaushalte nimmt Gestalt an. Die Spitzenvertreter der EU und der Mitgliedstaaten haben sich für den ehrgeizigen **Europäischen Aktionsplan im Verteidigungsbereich**, einen neuen **Europäischen Verteidigungsfonds**, und eine **gestärkte Partnerschaft mit der NATO** ausgesprochen und fordern eine inklusive und ehrgeizige **Ständige Strukturierte Zusammenarbeit**, um Europas Sicherheit und Verteidigung zu stärken.

Im Anschluss an die **Gemeinsame Erklärung** von Präsident Juncker, Präsident Tusk und Generalsekretär Stoltenberg zu den **Beziehungen zwischen EU und NATO** haben wir eine Einigung über 42 konkrete Vorschläge erzielt. Gemeinsam werden wir verstärkt gegen hybride Bedrohungen und Cyberangriffe vorgehen und unseren Partnern bei der Krisenprävention und beim Krisenmanagement zur Seite stehen.

Die EU hat in diesem Jahr den Fokus auf unsere **Globale Strategie** gelegt, deren Ziel es ist, uns untereinander wie auch unseren Partnerländern bei der Bewältigung gemeinsamer Herausforderungen zu helfen, angefangen bei der Entwicklungszusammenarbeit und der Bekämpfung des Klimawandels bis hin zu Sicherheit, Verteidigung und Friedenserhaltung.

Im Bemühen, in unserer weiteren Nachbarschaft für mehr Sicherheit zu sorgen, unterstützen wir weiterhin die unter Federführung der Vereinten Nationen unternommenen Bemühungen um die Wiederherstellung des Friedens in **Syrien**, eine politische Lösung für **Jemen** und eine Stabilisierung der Lage in **Libyen**. In Irak fördern wir politische Reformen und die nationale Aussöhnung und leisten da, wo es nötig ist, wichtige humanitäre und Entwicklungshilfe.

In unserer näheren Nachbarschaft haben wir die Zusammenarbeit mit dem **Westbalkan** ausgebaut und unser Engagement bezüglich der **Beitrittsperspektive für die gesamte Region** bekräftigt. Wir



Die EU hat die **Visumpflicht** für Bürger der Ukraine und Georgien **aufgehoben**, nachdem diese Länder – insbesondere bei der Bekämpfung der Korruption – signifikante Reformen durchgeführt haben



unterstützen weiterhin die Reformanstrengungen in **Albanien** und in der **ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien** und fördern weiterhin den Dialog zwischen **Serbien** und dem **Kosovo**. In den Beitrittsverhandlungen mit **Montenegro** und Serbien wurden neue Kapitel eröffnet, **Bosnien und Herzegowina** hat seinen Beitrittsantrag gestellt.

Außerdem haben wir die Partnerschaften mit anderen Ländern an unseren östlichen Grenzen ausgebaut. Das **Assoziierungsabkommen mit der Ukraine** konnte in Kraft treten, nachdem die Kommission den Mitgliedstaaten geholfen hatte, die einer Ratifizierung noch im Wege stehenden letzten Hürden zu überwinden. Wir setzen uns nach wie vor für die territoriale Integrität, Souveränität und **Unabhängigkeit der Ukraine** sowie für die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen ein. Ferner hat die EU ihre Anstrengungen zur Unterstützung der Korruptionsbekämpfung in der Ukraine verdoppelt; dies ist der Schlüssel zur Umgestaltung des Landes. Wir haben auch unsere Verpflichtung eingelöst, die **Visumpflicht für Staatsangehörige Georgiens und der Ukraine aufzuheben**, nachdem diese Länder eine Reihe weitreichender Reformen umgesetzt haben.

Die EU setzt auch ihre Arbeiten mit der **Türkei** fort. Wir haben den Putschversuch vom Juli 2016 verurteilt und unsere Unterstützung für die demokratisch gewählten Institutionen des Landes bekundet. Wir werden weiterhin betonen, dass Menschenrechte, Grundfreiheiten und Rechtsstaatlichkeit geachtet werden müssen. In diesen Bereichen waren in der Türkei im vergangenen Jahr ernsthafte Rückschritte festzustellen.

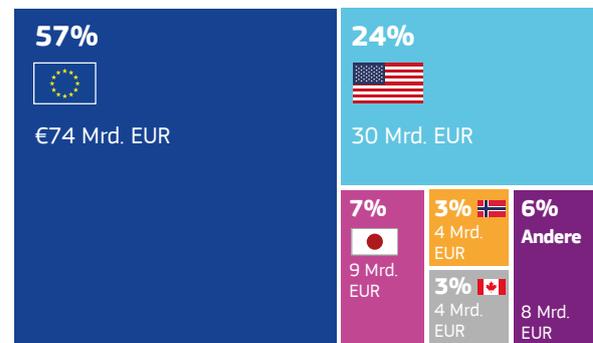
Die EU fördert demokratischen Wandel, Frieden und Stabilität in ganz Asien – **von Afghanistan bis Myanmar/Birma** – und verurteilt Menschenrechtsverletzungen, wo dies notwendig ist. Wir haben unsere Beziehungen zu und die Kooperation mit **China, Indien, dem Iran und Südkorea** ausgebaut und arbeiten in den Bereichen globale Sicherheit, Klimaschutz und Entwicklungszusammenarbeit eng zusammen. Die EU leistet starke Unterstützung ihrer Verbündeten in Bezug auf das Atomwaffenprogramm Nordkoreas.

Wir haben eine neue Phase in unseren bilateralen Beziehungen zu **Kuba** eingeleitet und durch den Ausbau des politischen Dialogs und der politischen Zusammenarbeit den Weg für eine Ausweitung der EU-Investitionen und des gegenseitigen Handels geebnet. Mit einem beispiellosen Hilfspaket in Höhe von fast 600 Mio. EUR leisten wir **Kolumbien** politische Unterstützung auf seinem Weg zum Frieden. Das Schicksal der Demokratie in **Venezuela** bereitet allen Partnern des Landes Sorge. Die EU ist weiterhin um eine politische Lösung der derzeitigen Krise bemüht, wird bei Bedarf aber auch zu restriktiven Maßnahmen greifen.

Die EU spielt eine Führungsrolle bei der Umsetzung der **Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung** der Vereinten Nationen. Im Jahr 2016 waren wir mit einer Gesamtsumme von 75,5 Mrd. EUR erneut der weltweit größte Geber öffentlicher Entwicklungshilfe. Der neue **Europäische Konsens über die Entwicklungspolitik** ermöglicht es uns, unsere Arbeit in diesem Bereich an der Agenda 2030 auszurichten.

Die EU ist die weltweit größte Geberin von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe. Bei EU-Hilfe geht es nicht um Wohltätigkeit, sondern um eine konkrete Investition in die Menschen und um ein gegenseitiges Interesse. Allein die Europäische Kommission wird im Zeitraum 2014-2020 insgesamt 31 Mrd. EUR an öffentlicher Entwicklungshilfe für Afrika bereitstellen. Mit dieser Unterstützung soll die Wirtschaft Afrikas gefördert werden, damit junge Menschen die Möglichkeit haben, sich eine Zukunft aufzubauen. Sie verbessern die Lebensmittelsicherheit und den Zugang zu Energie und tragen dazu bei, eine gute Regierungsführung und die Wahrung der Menschenrechte fest zu verankern. Durch die EU-Entwicklungshilfe wurde beispielsweise mehr als 18 Millionen Menschen in Afrika der Zugang zu Energie ermöglicht.

### Die EU ist die größte Geberin von Entwicklungshilfe und humanitärer Hilfe



Quelle: OECD, 2017, EU = EU und ihre Mitgliedstaaten

Die EU ist nach wie vor ein zentraler Akteur in der G7 und der G20. Im Laufe des vergangenen Jahres hat die EU Fragen des freien und fairen Handels auf die Tagesordnung gebracht, sich für die Bekämpfung des Klimawandels stark gemacht, die seit der Finanzkrise zur Gewährleistung der Stabilität des internationalen Finanzsystems entwickelten Vorschriften geschützt und den Kampf gegen die internationale Steuervermeidung angeführt.



## 10/ Eine Union des demokratischen Wandels

„Eine von mir geführte Europäische Kommission würde sich dafür einsetzen, die besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament mit neuem Leben zu erfüllen. Ferner setze ich mich für größere Transparenz bei Kontakten mit Interessenträgern und Lobbyisten ein.“

Jean-Claude Juncker, Politische Leitlinien, 15. Juli 2014

Als diese Kommission ihr Amt angetreten hat, haben wir beschlossen, anders an unsere Arbeit heranzugehen, die lang gehegte Skepsis unter den europäischen Bürgerinnen und Bürgern hinsichtlich der Arbeitsweise der EU auszuräumen und das Vertrauen in unsere Institution und die EU zurückzugewinnen. **Wir haben beschlossen, uns auf Bereiche zu konzentrieren, in denen eine europäische Lösung die beste Option ist** und nationale oder lokale Lösungen nicht greifen. Daher haben wir die Zahl der neuen Gesetzgebungsakte von jährlich 130 wichtigen Initiativen unter früheren Kommissionen auf jeweils 23 Initiativen in den Jahren 2015 und 2016 und 21 im Jahr 2017, also um mehr als 80 %, reduziert. **Wir möchten die Lücke schließen zwischen dem, was die EU macht, und dem, was unsere Bürgerinnen und Bürger von uns erwarten.**

Während die EU in der Vergangenheit mit „exzessiver Bürokratie“ assoziiert wurde, haben wir **politische Führungsstärke** bewiesen und Verantwortung gezeigt, als es darum ging, sensible Entscheidungen in den Bereichen Verbraucherschutz, Gesundheit und Umweltpolitik umzusetzen. Wir haben eingesehen, dass der Prozess früher zu technokratisch war, und Schritte unternommen, um ihn zu reformieren. Seit Beginn unserer Amtszeit werden sensible Entscheidungen, wie beispielsweise zu **Glyphosat** und **endokrinen Disruptoren**, angesichts des starken Interesses an derart wichtigen Fragen der öffentlichen Gesundheit eher auf politischer als auf technischer Ebene erörtert. Die Kommission hat auch eine **Reform des Komitologiesystems** vorgeschlagen: Die Mitgliedstaaten sollen stärker in die Pflicht genommen werden, Verantwortung übernehmen und zu schwierigen und heiklen Fällen einen politischen Standpunkt einnehmen. Die derzeitige Regelung ermöglicht es ihnen, sich einer Stellungnahme zu enthalten und die Verantwortung von den nationalen Behörden auf die Kommission zu verlagern.

Unter Federführung des Ersten Vizepräsidenten Timmermans wurde eine mit dem Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten

geschlossene **neue interinstitutionelle Vereinbarung über bessere Rechtsetzung** umgesetzt. Im Jahr 2016 sind in das Arbeitsprogramm der Kommission erstmals die Ergebnisse von Konsultationen mit Mitgliedern des Europäischen Parlaments und den Mitgliedstaaten eingeflossen. Danach haben die drei Organe eine erste Gemeinsame Erklärung unterzeichnet, um den Gesetzgebungsprozess zu beschleunigen und effizienter zu gestalten und den Anliegen und Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger zu entsprechen.

Zur Verbesserung der Transparenz haben wir Vorschläge vorgelegt, die darauf abzielen, den Anwendungsbereich unseres **gemeinsamen Transparenzregisters** auszuweiten und das Europäische Parlament und den Rat genauso zu behandeln wie die Kommission. Während wir nun darauf warten, dass die anderen Organe Fortschritte vermelden, geht die Kommission weiter mit gutem Beispiel voran. Inzwischen umfasst das gemeinsame Transparenzregister **11 318 Organisationen und Einzelpersonen**; fast 5000 davon sind neu hinzugekommen, seit die Kommission im November 2014 die Vorschriften geändert und eine Registrierung aller, die um ein Treffen mit den höchsten Entscheidungsträgern der Kommission ersuchen, verbindlich vorgeschrieben hat.

Wir haben die **Bürgerdialoge** engagiert fortgesetzt und **312 Veranstaltungen in den Mitgliedstaaten** abgehalten, bei denen Bürgerinnen und Bürger mit Kommissionsmitgliedern, Europaabgeordneten sowie nationalen und kommunalen Entscheidungsträgern diskutierten.

Die Juncker-Kommission ist bestrebt, möglichst viele Gelegenheiten für eine Teilnahme an Europäischen Bürgerinitiativen zu schaffen. Die Kommissionsmitglieder erörtern mittlerweile jeden einzelnen Vorschlag für die Registrierung einer Europäischen Bürgerinitiative, um auszuschließen, dass wir über rechtliche Hindernisse stolpern und Bürgerinnen und Bürger, die sich in den politischen Prozess in der

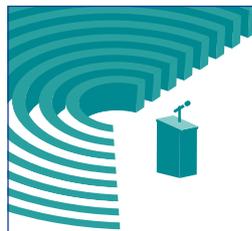


EU einbringen möchten, enttäuschen müssen. Wir haben eine Teilregistrierung verschiedener Initiativen vorgeschlagen, die nicht in vollem Umfang in den Anwendungsbereich der Verordnung fallen, und haben zwei Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union umgesetzt, denen zufolge Beschlüsse der vorherigen Kommission über die Ablehnung einer Registrierung Europäischer Bürgerinitiativen aufzuheben waren.

Für die Juncker-Kommission ist ihre **besondere Partnerschaft mit dem Europäischen Parlament und den Bürgerinnen und Bürgern**, die es vertritt, eine Priorität. Seit Amtsantritt der Juncker-Kommission haben die Mitglieder des Kollegiums an **1274 Debatten** im Europäischen Parlament teilgenommen; der Präsident selbst und der Erste Vizepräsident nahmen an **98** Debatten teil.

Die nationalen Parlamente haben ihrem Wunsch Ausdruck verliehen, bei der Gestaltung der Zukunft der Union eine konstruktive Rolle zu übernehmen. Der Kommission ist es nach wie vor ein wichtiges Anliegen, ihre Beziehungen zu den Parlamenten zu intensivieren. Die Mitglieder der Kommission **haben nationalen Parlamenten mehr als 650 Besuche abgestattet**, um Europa den nationalen Vertretern der Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen.

Bessere Rechtsetzung bedeutet bessere Rechtsvorschriften, die besser durchgesetzt werden. Die Juncker-Kommission lässt diesem Engagement Taten folgen und kümmert sich noch intensiver um die Durchsetzung der Rechtsvorschriften, um sicherzustellen, dass alle Mitgliedstaaten das EU-Recht korrekt anwenden. Ende 2016 gab es 1659 Vertragsverletzungsverfahren gegen alle 28 Mitgliedstaaten, im Vergleich zu gerade einmal 1300 Ende 2013 – eine Zunahme um 20 %.



Mitglieder der Kommission haben an **1274 Debatten** im Europäischen Parlament teilgenommen

Die Mitglieder der Kommission haben den **nationalen Parlamenten** mehr als **650 Besuche** abgestattet



Yellow horizontal line

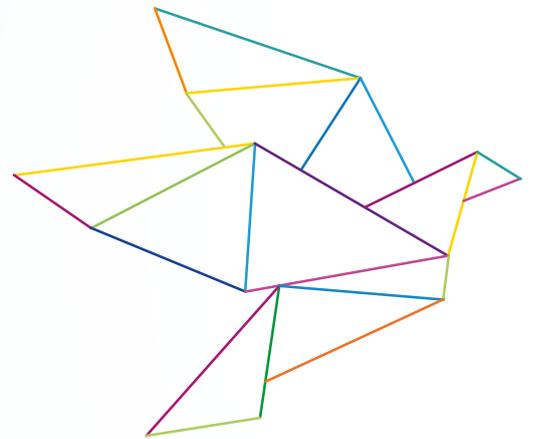
Teal horizontal line

Brown horizontal line

Blue horizontal line

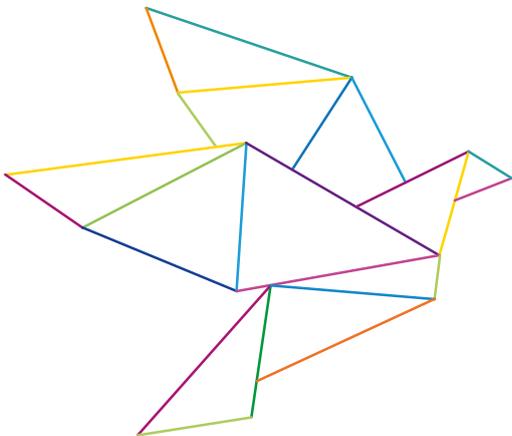
Green horizontal line

Purple horizontal line



**LAGE DER UNION 2017**

BESSERE RECHTSETZUNG



## Bessere Rechtsetzung

Die Juncker-Kommission hat sich vom ersten Tag ihrer Amtszeit an im Rahmen einer breit angelegten Agenda für bessere Rechtsetzung dafür eingesetzt, die Art und Weise, wie die Kommission arbeitet, zu verändern. Dies beginnt damit, dass der Schwerpunkt auf zehn politische Prioritäten gelegt wurde, die jedes Jahr durch die zielgerichteten Arbeitsprogramme der Kommission, die sich einer begrenzten Anzahl vorrangiger Initiativen widmen, in die Praxis umgesetzt werden. Präsident Juncker will, dass die Kommission ihre Kräfte auf wichtige Angelegenheiten konzentriert und sich in großen Dingen groß, in kleinen Dingen dagegen etwas kleiner macht. Eine bessere Rechtsetzung bedeutet auch, dass das Augenmerk ständig auf das derzeitige EU-Recht gerichtet wird, um durch Eignungsprüfungen dessen Zweckmäßigkeit sicherzustellen, dass wir ein offenes Ohr für die Beiträge derjenigen haben, die die Auswirkungen des EU-Rechts tagtäglich am stärksten spüren, und dass aktuelle Rechtsvorschriften des gemeinschaftlichen Besitzstands überarbeitet, aufgehoben und vereinfacht werden, wenn dies nötig ist. Und schließlich zielt die Agenda für bessere Rechtsetzung auch auf eine offene Gestaltung der Politik ab. Die Folgenabschätzungen der Kommission werden unabhängigen Prüfungen unterzogen, und wir halten nun in allen Phasen des Prozesses Konsultationen. Dies beginnt, noch ehe der erste Stift in die Hand genommen wird, und endet erst dann, wenn die Kommission den Stift wieder hinlegt und ihre Vorschläge dem Europäischen Parlament und dem Rat zur Besprechung und Verabschiedung übermittelt.

### Bessere Rechtsetzung in Zahlen (2015-2017)

VORRANGIGE INITIATIVEN	RÜCKNAHMEVORSCHLÄGE	AUFGEHOBENE RECHTSAKTE	VEREINFACHUNGSINITIATIVEN
<p>100 2014</p> <p>23 2015</p> <p>23 2016</p> <p>21 2017</p>	<p>109 2015-2017</p>	<p>74 2015-2017</p>	<p>137 2015-2017</p>
<p><b>Wir hören den Bürgern</b> und Interessenträgern während des gesamten politischen Entscheidungsprozesses aufmerksam zu – bei öffentlichen Konsultationen, über die REFIT- (Regulatory Fitness-) Plattform, über das Internetportal „Bürokratieabbau – Ihre Meinung zählt!“ und über 312 Bürgerdialoge.</p>	<p><b>Folgenabschätzungen</b> können jetzt nicht mehr nur zu Beginn des politischen Gestaltungsprozesses von der Kommission durchgeführt werden, sondern auch von Parlament und Rat, wenn der Vorschlag der Kommission geändert wird.</p>	<p><b>Ein unabhängiger Ausschuss für Regulierungskontrolle</b> stellt die Qualität der Folgenabschätzungen sicher und bewertet die Qualität der Rechtsetzung.</p>	<p>Das Subsidiaritätsprinzip wird gestärkt, indem <b>mehr auf die nationalen Parlamente gehört wird.</b> Mehr als 650 Mal schon haben Mitglieder der Kommission die nationalen Parlamente besucht.</p>

Yellow horizontal line

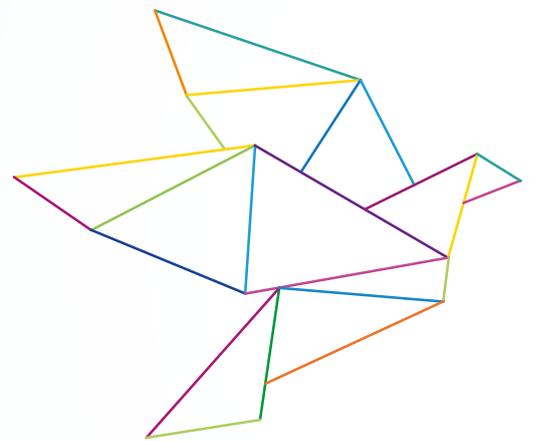
Blue horizontal line

Orange horizontal line

Blue horizontal line

Green horizontal line

Purple horizontal line



## **LAGE DER UNION 2017**

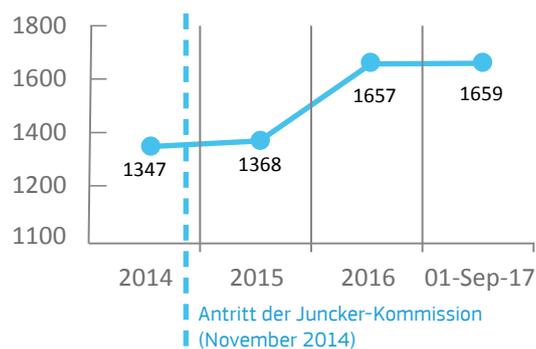
DIE VERSPRECHEN DER EU EINLÖSEN:  
GEMEINSAME BESCHLÜSSE WIRKSAMER UMSETZEN

## Die Versprechen der EU einlösen: Gemeinsame Beschlüsse wirksamer umsetzen

Die EU-Mitgliedstaaten sind dafür verantwortlich, Richtlinien fristgerecht und korrekt in nationales Recht zu überführen und den gesamten EU-Rechtsbestand ordnungsgemäß anzuwenden und umzusetzen. Die Kommission hat als „Hüterin der Verträge“ dafür zu sorgen, dass das EU-Recht in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß angewandt wird. Versäumt es ein EU-Land, das EU-Recht wirksam anzuwenden, kann die Kommission ein förmliches Vertragsverletzungsverfahren einleiten und – falls notwendig – den Europäischen Gerichtshof anrufen.

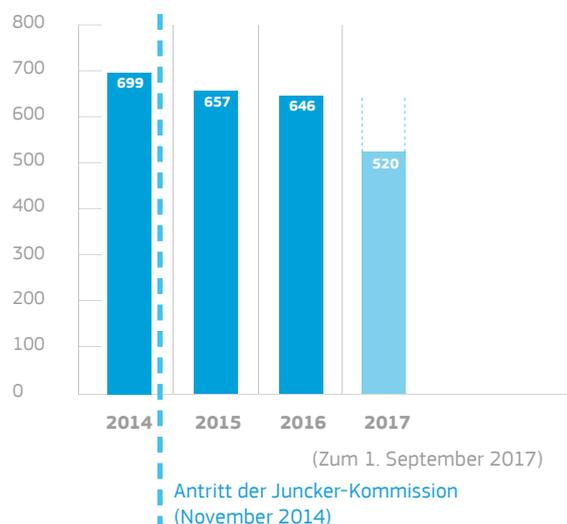
Eine bessere Anwendung des EU-Rechts gehört zu den Prioritäten der Juncker-Kommission und ist zentraler Bestandteil der Agenda für eine bessere Rechtsetzung. Die Kommission hat ihr Bekenntnis zur Verbesserung der EU-Rechtsanwendung in einer Mitteilung vom Dezember 2016 bekräftigt. Darin stellt sie ein stärker strategisch ausgerichtetes Konzept für Vertragsverletzungen vor. Sie kündigte an, dass sie sich vorrangig um die EU-Rechtsverstöße kümmern wolle, die am schwerwiegendsten sind und den Interessen der Bürger und Unternehmen schaden. Zum 1. September 2017 hatte die Kommission **1659 Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet**. Dies ist deutlich mehr als in den Vorjahren.

### Anhängige Vertragsverletzungsverfahren Ende 2014 bis 1. September 2017



### Vor Einschaltung des Gerichtshofs eingestellte Vertragsverletzungsverfahren

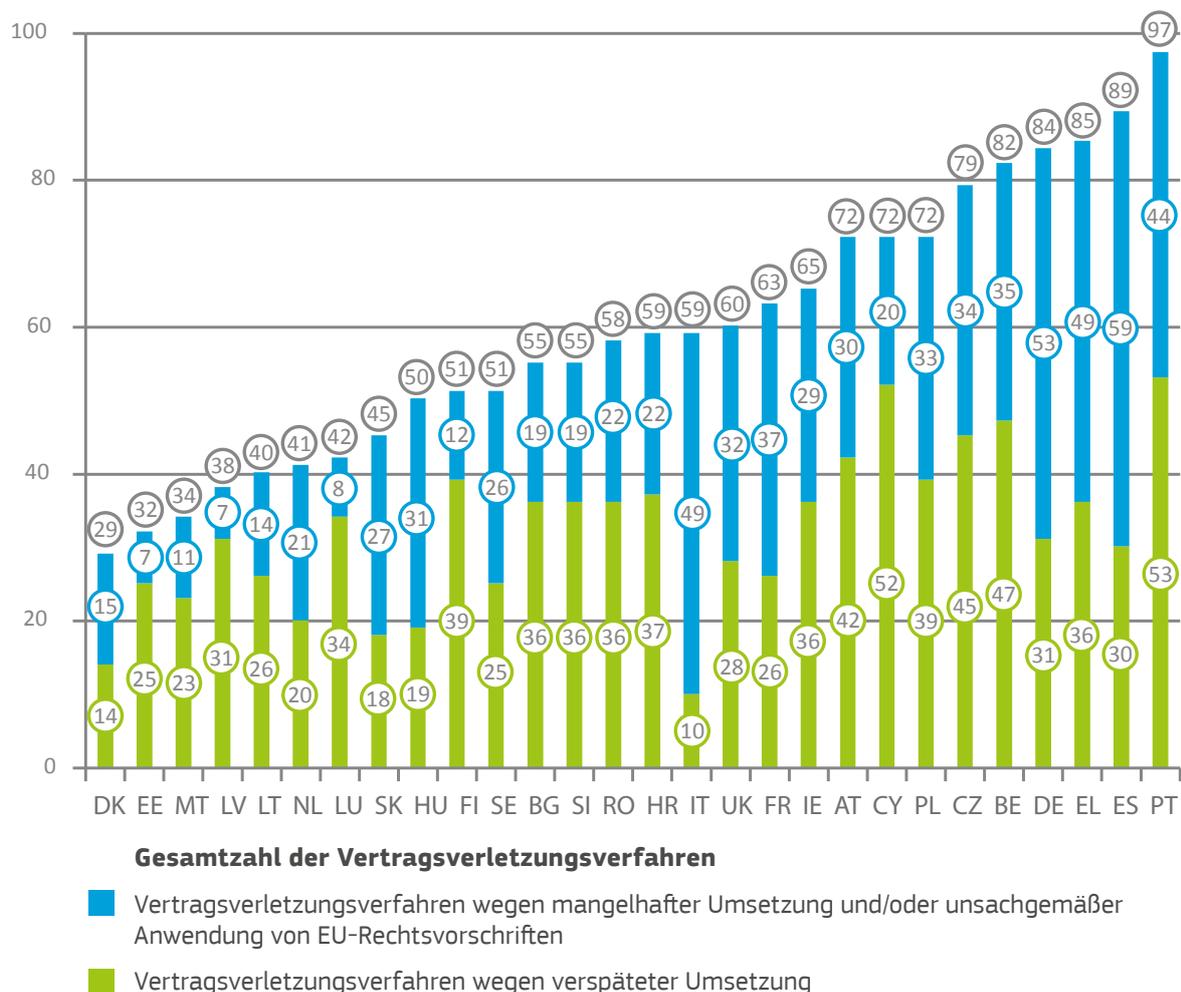
Dank konstruktiver Gespräche mit den Mitgliedstaaten kann eine erhebliche Zahl von Vertragsverletzungsverfahren beigelegt werden, bevor die Kommission den Gerichtshof anruft.



Die Kommission bietet stets Unterstützung an und vermittelt zwischen den Mitgliedstaaten, wenn es um die Umsetzung von EU-Recht geht. Dies geschah Anfang des Jahres beim Streit zwischen Spanien und Portugal über die Einrichtung eines Zwischenlagers für abgebrannten Nuklearbrennstoff in **Almaraz**. Indem die Kommission zwischen bisweilen weit auseinanderliegenden Positionen Brücken baut, fördert sie das Gespräch, bis dieses schließlich fruchtet und pragmatische Lösungen gefunden werden. Die Fähigkeit, Kompromisse zu finden, ist Teil des europäischen Geistes. Sie spielt eine wesentliche Rolle für das reibungslose Funktionieren unserer Union und die Achtung unseres gemeinsamen Rechts.

Nur wenn das EU-Recht wirksam angewandt wird, können die Bürger und Unternehmen die Vorteile, die ihnen das EU-Recht eröffnet, nutzen. Kommt es zu Problemen – sei es bei Emissionstests für Fahrzeuge, illegalen Mülldeponien oder der Sicherheit und Gefahrenabwehr im Verkehr – so liegt dies häufig nicht daran, dass EU-Vorschriften fehlen, sondern vielmehr daran, dass die Mitgliedstaaten EU-Recht nicht korrekt und wirksam anwenden und/oder umsetzen. Ebenso ist der EU-Binnenmarkt nach wie vor der wertvollste Trumpf, den Europa seinen Millionen von Bürgern und Unternehmen zu bieten hat. Indem die Kommission darüber wacht, dass die EU-Vorschriften umgesetzt werden, stellt sie sicher, dass die Europäer die Freiheit, überall in der Europäischen Union zu leben, zu arbeiten, einzukaufen und Handel zu treiben, Tag für Tag nutzen können.

### Zum 1. September 2017 anhängige Vertragsverletzungsverfahren



Um eine fristgerechte Umsetzung zu erleichtern, unterstützt die Kommission die Mitgliedstaaten durch Umsetzungspläne, spezielle Websites und Leitfäden sowie durch Erfahrungsaustausch bei Sitzungen von Expertengruppen.

\_\_\_\_\_

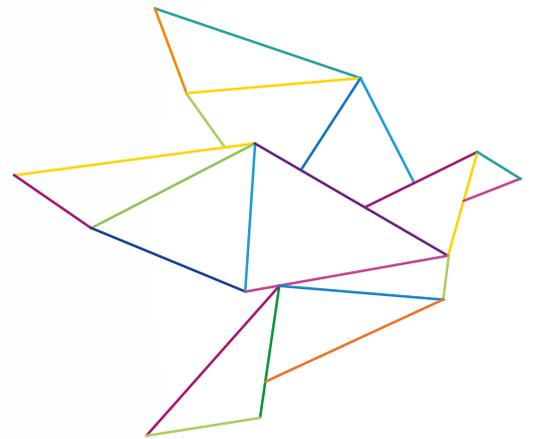
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



## **LAGE DER UNION 2017**

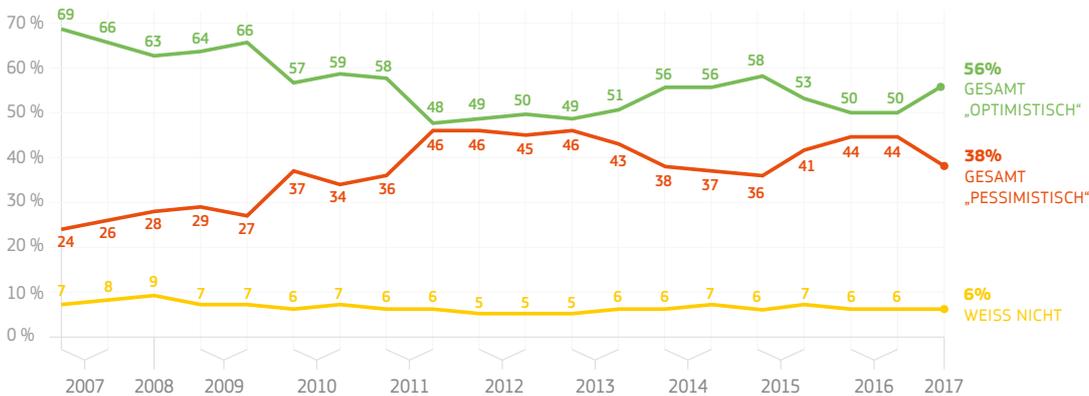
ÖFFENTLICHE MEINUNG IN DER EU

## Öffentliche Meinung in der EU:

Im Vergleich zur Situation vor einem Jahr blickt eine wachsende Mehrheit der Bürger in der EU optimistisch in die Zukunft der Europäischen Union (56 %) und schätzt die nationale Wirtschaft (46 %) positiv ein. Auch das Vertrauen in die Europäische Union wächst – es ist auf dem höchsten Stand seit 2010. Die Unterstützung für unsere einheitliche Währung, den Euro, ist so hoch wie seit 2004 nicht mehr (knapp 75 % im Euro-Währungsgebiet). 68 % der Europäer schließlich fühlen sich als Bürgerinnen bzw. Bürger der EU: Das ist der höchste je gemessene Wert für diesen Indikator.

### 1. Zukunft der EU wird optimistisch gesehen

Würden Sie sagen, dass Sie die Zukunft der EU sehr optimistisch, ziemlich optimistisch, ziemlich pessimistisch oder sehr pessimistisch sehen?



### 2. Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage - Trend

Wie beurteilen Sie die aktuelle Wirtschaftslage in Ihrem Land?

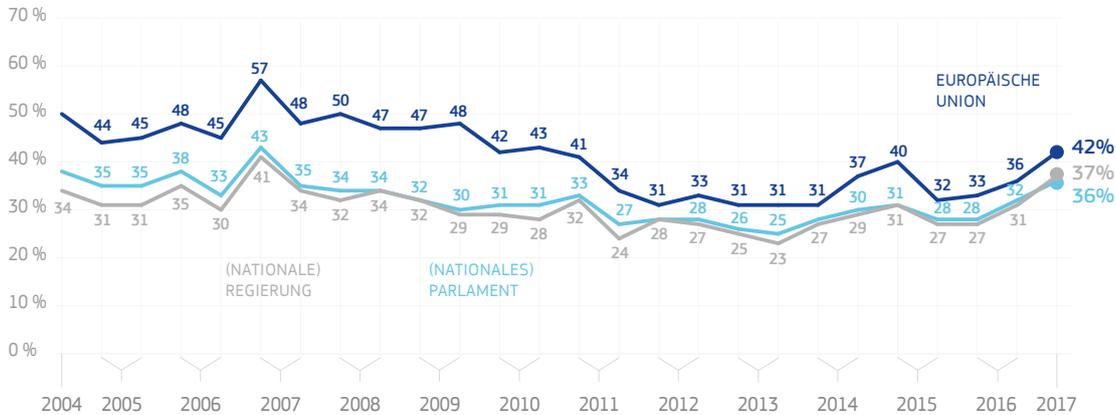




### 3. Vertrauen in die EU / in die nationalen Parlamente / in die nationalen Regierungen

Ich möchte gerne von Ihnen wissen, wie viel Vertrauen Sie in bestimmte Institutionen haben. Sagen Sie mir bitte für die folgenden Institutionen, ob Sie diesen eher vertrauen oder eher nicht vertrauen.

Antwort: Eher Vertrauen

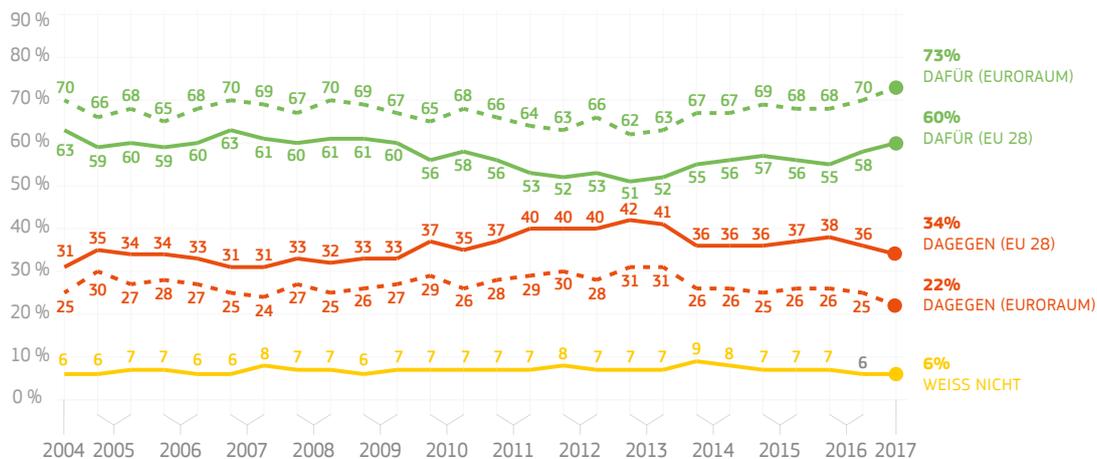


### 4. Unterstützung für den Euro

Wie ist Ihre Meinung zu den folgenden Vorschlägen?

Bitte sagen Sie mir für jeden Vorschlag, ob Sie dafür oder dagegen sind.

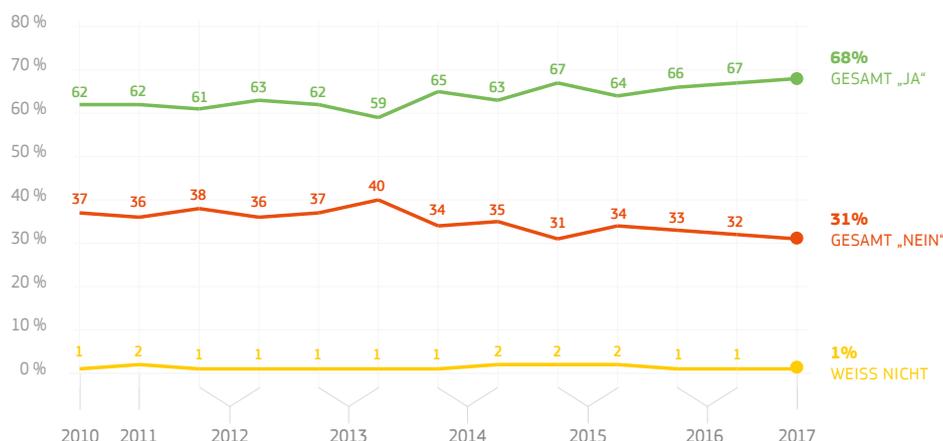
Eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion mit einer gemeinsamen Währung, dem Euro



### 5. Fühlen Sie sich als EU-Bürger?

Geben Sie für jede der folgenden Aussagen an, ob sie Ihrer eigenen Meinung entspricht oder nicht.

Fühlen Sie sich als EU-Bürger?



\_\_\_\_\_

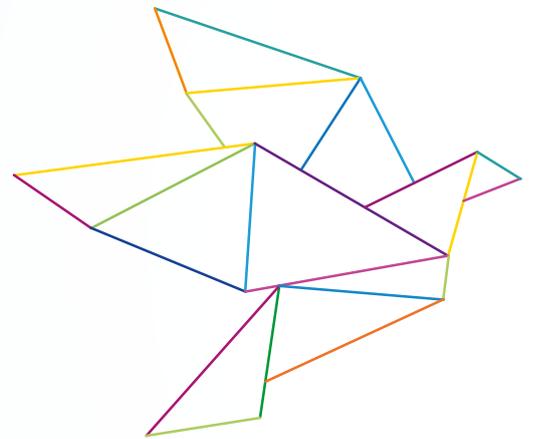
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

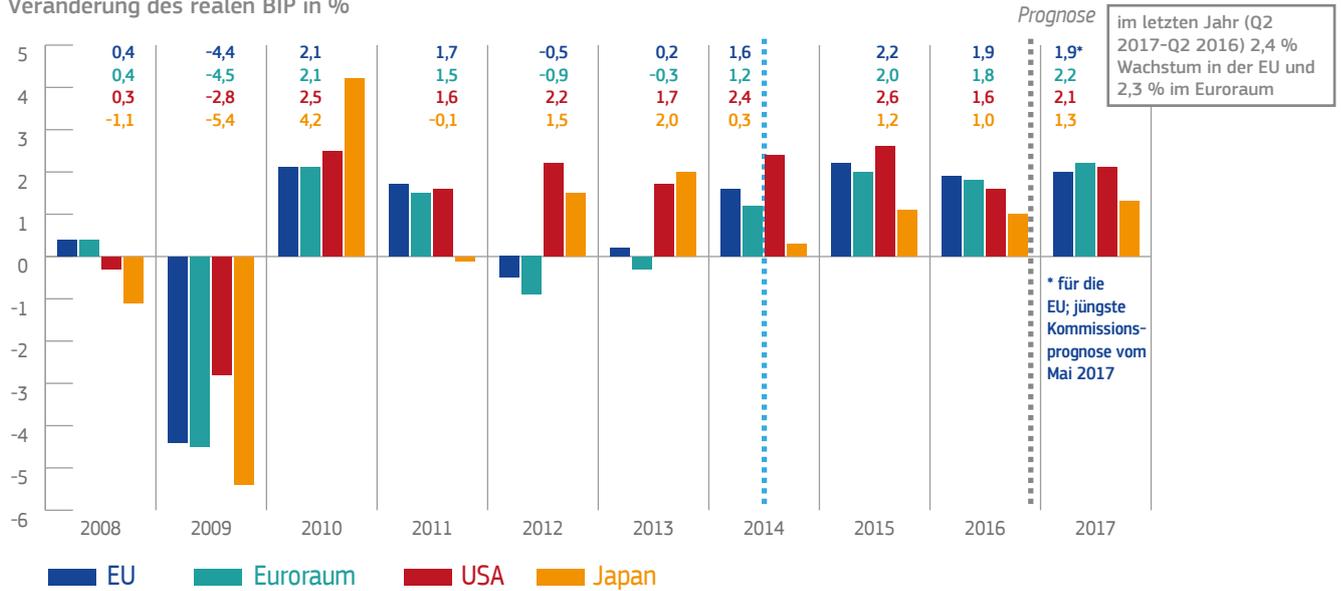


## **LAGE DER UNION 2017**

FORTSCHRITTE BEI DER WIRTSCHAFTSLAGE

## BIP: erholt sich stetig und wächst mit über 2 %, schneller als in den Vereinigten Staaten und Japan

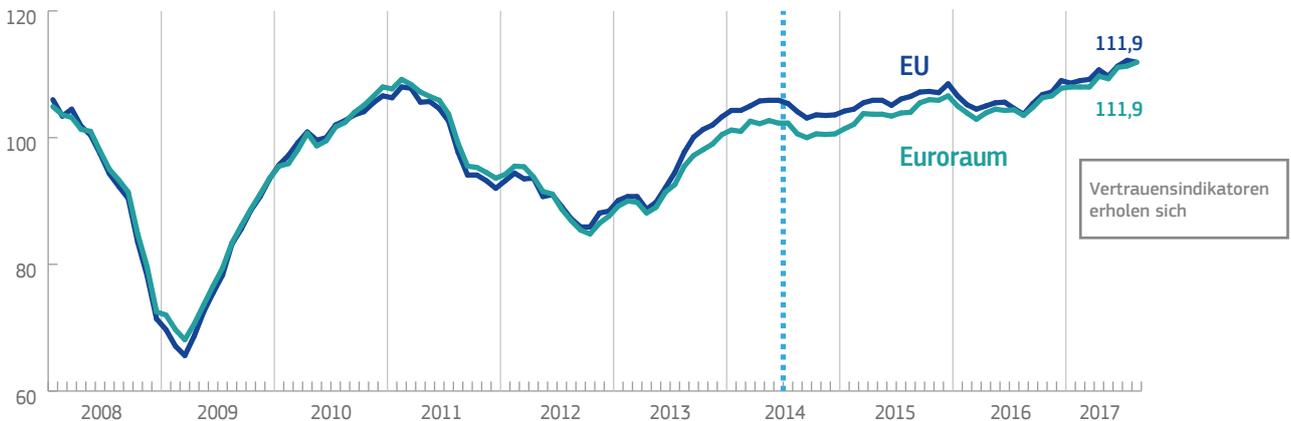
Veränderung des realen BIP in %



..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission, außer 2017: jüngste IWF-Daten für die USA und Japan, jüngste EZB-Daten für den Euroraum.

## Wirtschaftliche Einschätzung: erreicht in der EU und im Euroraum Zehn-Jahres-Hoch

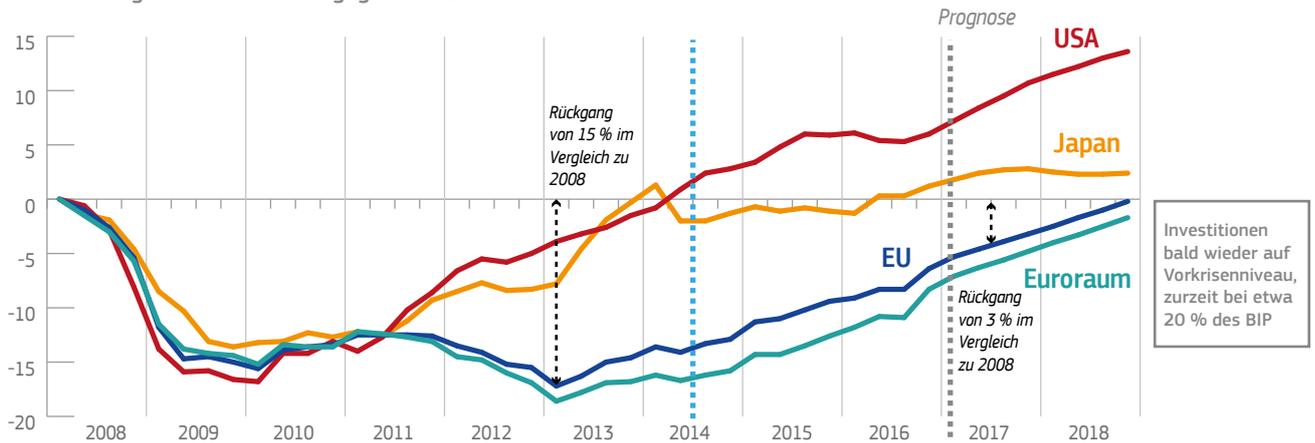


..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission. Im Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung werden verschiedene sektorale Vertrauensindikatoren zusammengefasst.

## Investitionen: ziehen nach drastischem Einbruch jetzt wieder an

Veränderung der Investitionen gegenüber 2008 in %

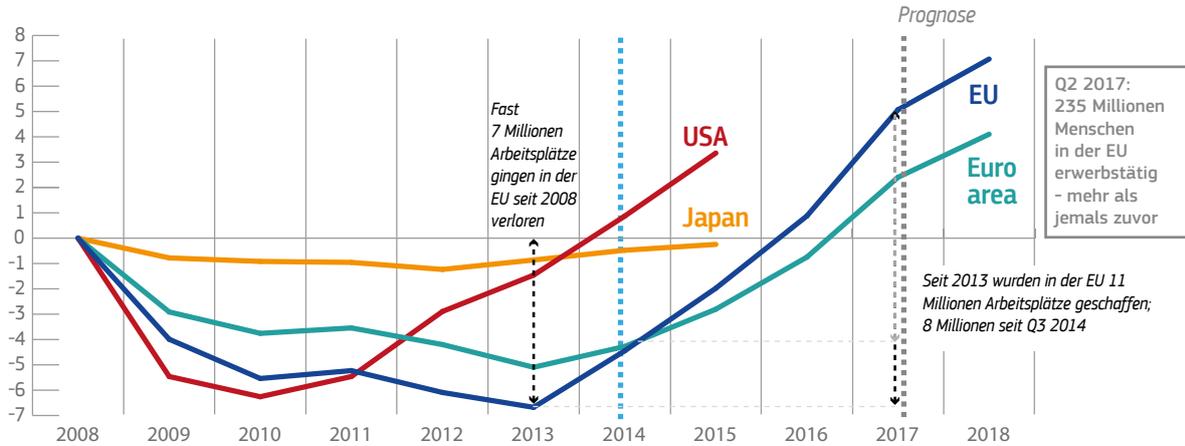


..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission

### Schaffung von Arbeitsplätzen: seit dem Amtsantritt dieser Kommission wurden fast 8 Millionen Arbeitsplätze geschaffen

in Millionen Menschen

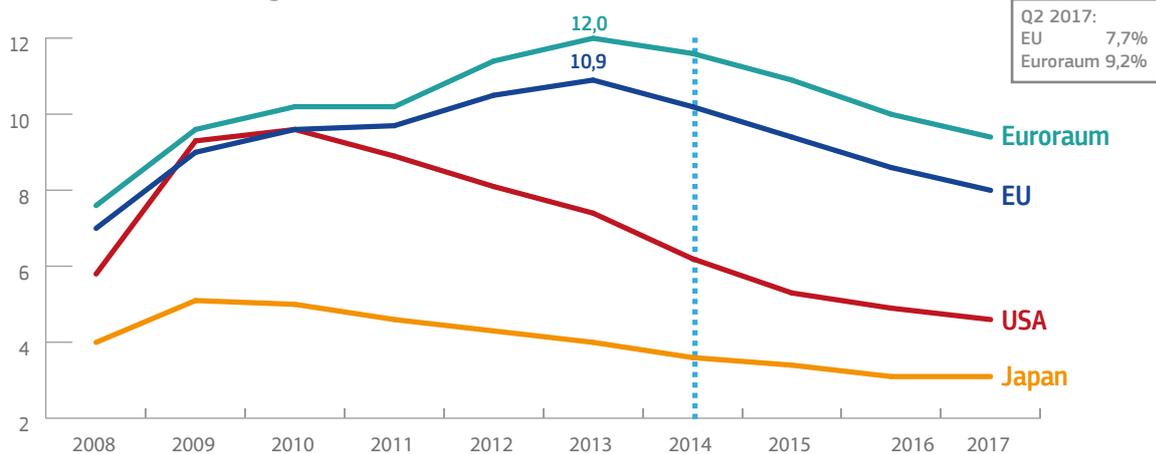


..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission

### Arbeitslosigkeit: fast auf Neun-Jahres-Tief, aber immer noch zu hoch

% der Erwerbsbevölkerung

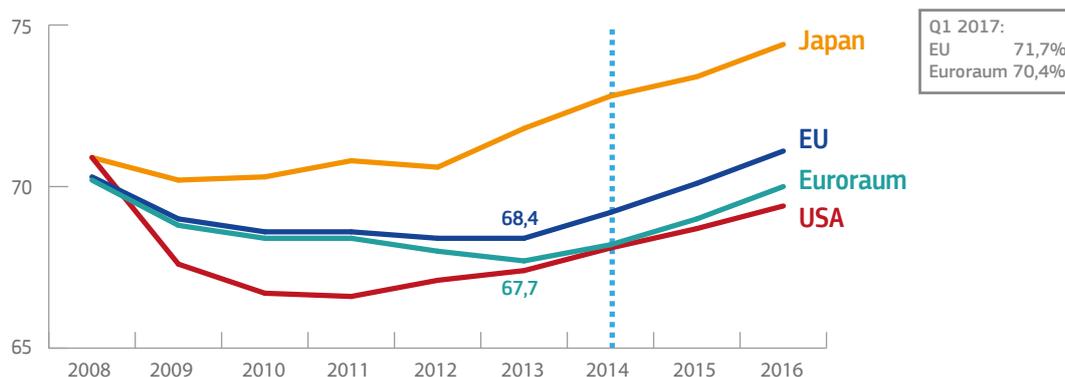


..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission

### Beschäftigungsquote: steigt trotz Krisenjahre stetig

% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

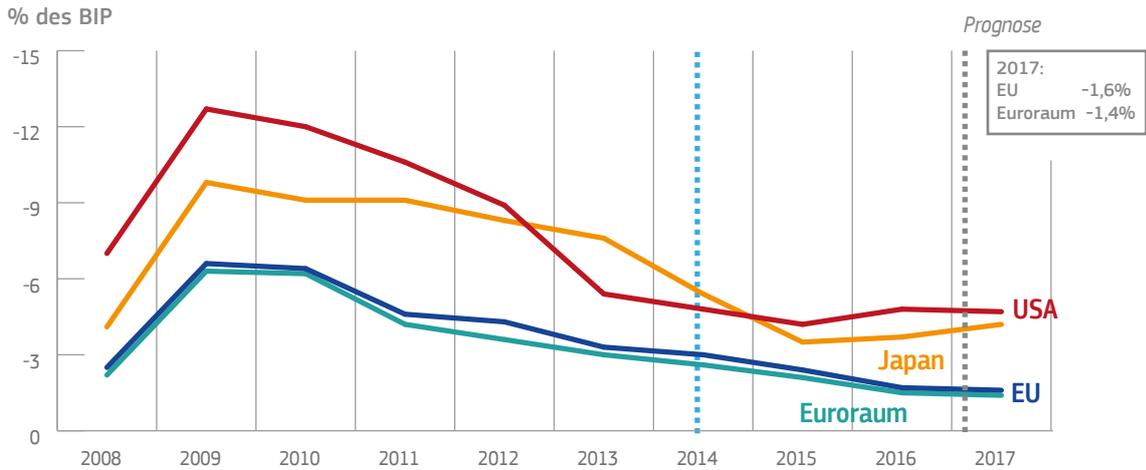


..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission und OECD

\* Daten für die Vereinigten Staaten und Japan für die 15- bis 64-Jährigen, in der EU für die 20- bis 64-Jährigen

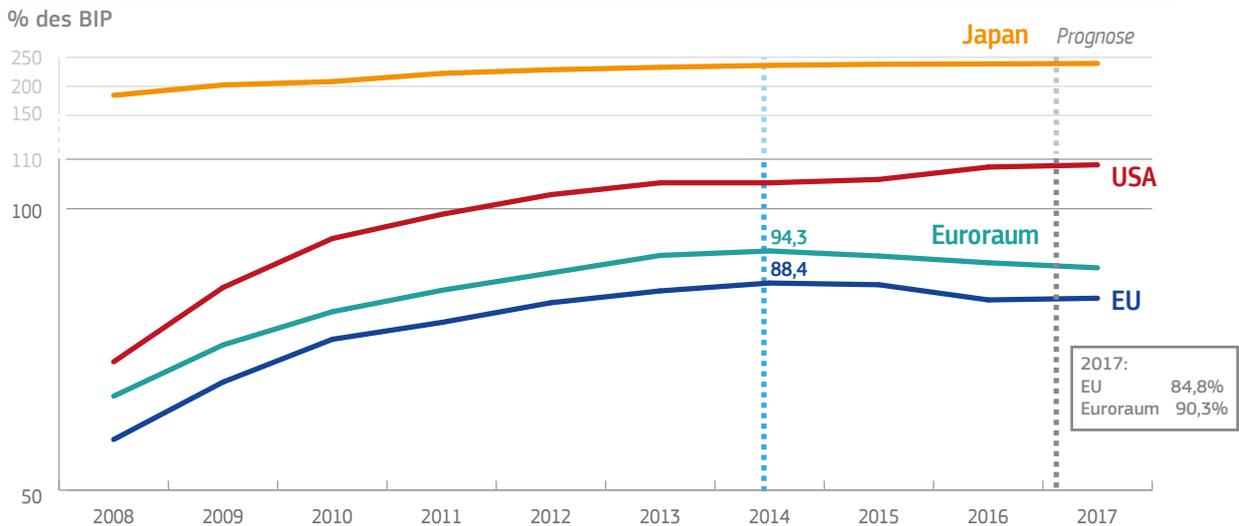
## Öffentliches Defizit: sank in nur wenigen Jahren im Euroraum von über 6 % auf 1,4 %



..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission

## Öffentlicher Schuldenstand: sinkt allmählich nach hohem Spitzenwert



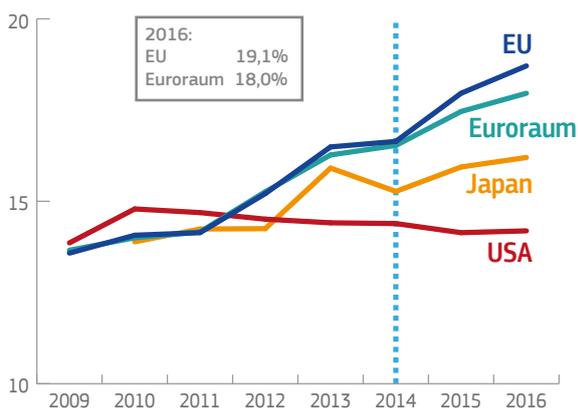
..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Europäische Kommission

## Situation der Banken: verbessert sich, jedoch Nachwirkungen der Krise immer noch spürbar

### Eigenkapitalquoten der Banken

% der risikogewichteten Aktiva insgesamt

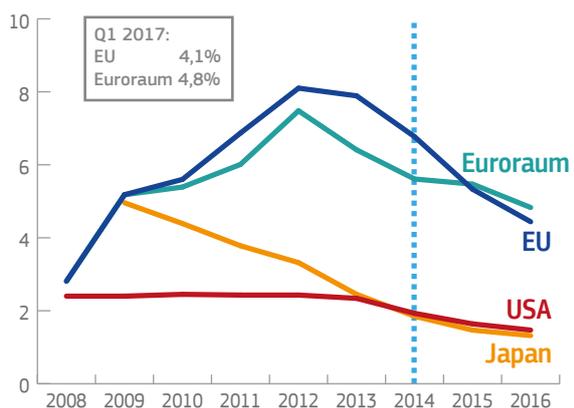


..... Wahl von Präsident Juncker durch das Europäische Parlament auf Vorschlag des Europäischen Rates

Quelle: Berechnungen des IWF und der Europäischen Kommission

### Notleidende Kredite

% der Darlehen insgesamt



Quelle: Weltbank

# WICHTIGE WIRTSCHAFTSDATEN FÜR EU-MITGLIEDSTAATEN

EU28	BIP-Wachstum (%)		Wirtschaftliche Einschätzung (Index)		Investitionen (% des BIP)		Zahl der Beschäftigten (in Mio.)		Arbeitslosenquote (in %)		Beschäftigungsquote (%)		Öffentliches Defizit (% des BIP)		Öffentlicher Schuldenstand (% des BIP)		Eigenkapitalquoten der Banken insgesamt		Notleidende Kredite	
	im vergangenen Jahr (Q2 2017 - Q2 2016)	In den letzten drei Jahren (Q2 2017 - Q2 2014, Jahresdurchschnitt)	August 2017	Veränderung seit Juni 2014	2016	Veränderung seit 2014	Q2 2017	Veränderung seit Q3 2014	Q2 2017	Veränderung seit Q3 2014	Q1 2017	Veränderung seit Q3 2014	2017	Veränderung seit 2014	2017	Veränderung seit 2014	2016	Veränderung seit 2014	Q1 2017	Veränderung seit Q2 2014
<b>EA19*</b>	<b>2,3</b>	<b>1,8</b>	<b>111,9</b>	<b>9,6</b>	<b>20,2</b>	<b>0,6</b>	<b>155,6</b>	<b>5,6</b>	<b>9,2</b>	<b>-2,3</b>	<b>70,4</b>	<b>2,1</b>	<b>-1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>90,3</b>	<b>-4,0</b>	<b>18,0</b>	<b>1,4</b>	<b>4,8</b>	<b>-1</b>
BE	1,5	1,4	103,8	0,2	23,0	0,1	4,7	0,1	7,6*	-0,9	67,8	0,7	-1,9	1,2	105,6	-1,1	18,5	0,9	2,8	-2,7
BG	3,6	3,1	109,0	7,0	19,1	-2,0	3,5	0,0	6,0	-5,5	69,2	3,8	-0,4	5,1	26,8	-0,2	22,2	0,2	14,3	1,3
CZ	4,7	3,7	107,9	6,1	25,0	-0,1	5,3	0,2	3,0	-2,9	77,9	4,2	0,3	2,2	36,2	-6,0	16,7	-0,3	8,6	***
DK	2,7	1,8	104,3	1,2	20,1	0,9	2,9	0,1	5,7	-0,8	76,3	0,0	-1,3	-2,7	36,7	-7,3	20,7	2,5	3,3	-0,3
DE	2,1	1,7	111,9	6,1	20,0	0,0	44,2	1,5	3,8	-1,2	78,7	0,9	0,5	0,2	65,8	-9,1	18,8	0,8	1,7	-0,2
EE	5,2	2,6	106,7	8,1	22,3	-2,1	0,6	0,0	6,5	-1,1	78,7	4,8	-0,3	-1,0	9,5	-1,2	31,8	-3,8	6,2	-7,3
IE	6,6 <sup>1</sup>	12,9 <sup>1</sup>	**	**	31,8	11,0	2,1*	0,1	6,4	-4,7	71,6	4,3	-0,5	3,2	73,5	-31,8	23,7	1,0	11,8	-10,1
EL	0,8	0,1	99,0	-6,2	11,4	-0,2	4,1	0,1	21,5	-4,8	57,0	3,6	-1,2	2,5	178,8	-0,9	16,9	2,9	39,8	1,3
ES	3,1	2,8	109,3	5,9	19,9	0,8	19,4	1,4	17,3	-6,9	64,8	4,7	-3,2	2,8	99,2	-1,2	14,8	1,1	4,7	-2,7
FR	1,7	1,1	110,6	15,6	22,0	0,2	27,9	0,5	9,6	-0,7	70,5	0,8	-3,0	0,9	96,4	1,5	17,6	1,2	3,2	-1,3
HR	3,4	1,9	118,4	16,9	20,1	0,7	1,6*	0,0	10,9	-6,1	61,9	1,8	-1,1	4,3	81,9	-4,7	22,5	0,7	15,9	-2,9
IT	1,5	0,8	109,1	7,2	17,0	0,3	25,1	0,7	11,6*	-1,0	62,1	2,1	-2,2	0,8	133,1	1,3	13,8	-0,6	14,6	0,8
CY	3,5	1,7	110,7	12,3	17,2	5,5	0,4	0,0	11,0	-5,3	69,7	1,9	0,2	9,0	103,4	-3,7	16,3	0,9	34,4	-18,3
LV	4,8	2,4	107,3	3,7	18,3	-4,3	0,9	0,0	8,8	-2,0	73,8	3,6	-0,8	0,8	38,5	-2,4	20,1	0,4	5,5	2,4
LT	4,0	2,6	109,9	8,5	18,6	0,1	1,4	0,0	7,1	-3,0	75,5	3,0	-0,4	0,3	42,4	1,9	19,4	-1,9	5,3	-5,8
LU	3,3*	4,5	114,7	20,6	17,8	-1,1	0,4*	0,0	5,9	-0,1	70,2	-2,1	0,2	-1,2	22,0	-0,4	24,6	4,4	1,8	***
HU	3,5	3,0	119,5	5,2	17,8	-4,0	4,5	0,3	4,3	-3,2	72,8	5,8	-2,3	-0,2	72,6	-3,1	16,4	-0,6	10,4	-4,7
MT	6,2	6,7	118,7	13,8	23,5	6,3	0,2	0,0	4,1	-1,7	69,9	2,6	0,5	2,5	55,8	-8,5	16,0	1,3	3,1	-2,3
NL	3,8	2,2	109,0	8,0	19,9	1,9	9,1	0,3	5,0	-2,2	77,8	2,3	0,5	2,8	59,8	-8,1	22,4	4,4	2,1	-0,5
AT	2,9	1,3	110,1	10,6	23,0	0,3	4,4	0,1	5,7*	0,1	75,1	0,9	-1,3	1,4	82,8	-1,6	18,0	1,7	3,8	-1,5
PL	4,4	3,4	103,3	5,1	18,1	-1,6	16,4	0,5	5,1	-3,5	70,9	4,1	-2,9	0,6	54,6	4,4	17,2	2,5	6	0,2
PT	2,9	1,6	112,0	7,5	14,9	-0,1	4,8	0,2	9,2	-4,4	72,2	4,2	-1,8	5,4	128,5	-2,1	13,5	1,1	16,1	6,8
RO	5,7	4,3	104,9	7,8	22,7	-1,6	8,5	-0,1	5,0	-1,9	67,7	1,8	-3,5	-2,1	39,3	-0,1	19,7	2,1	7,3	-6
SI	5,2	3,1	112,0	9,0	17,6	-1,8	1,0	0,1	7,1	-2,6	72,4	4,6	-1,4	4,0	77,8	-3,1	19,2	1,1	8,9	-11,7
SK	3,1	3,3	104,0	3,3	20,2	-0,2	2,4	0,1	7,9	-5,1	71,0	5,0	-1,3	1,4	51,5	-2,1	18,0	0,6	6,2	0,4
FI	3,0	0,9	110,0	5,6	21,5	0,9	2,5	0,0	8,8	0,0	73,6	0,7	-2,2	1,0	65,5	5,3	26,8	4,3	1,1	0
SE	3,9	3,3	110,6	15,6	24,1	1,0	5,0	0,2	6,7	-1,2	81,8	1,6	0,4	1,9	39,1	-6,1	23,1	5,7	1	0,5
UK	1,7	2,3	109,6	-9,5	16,7	0,1	32,1	1,2	4,5*	-1,4	77,8	1,5	-3,0	2,7	88,6	0,5	20,8	3,5	1,6	-0,1

Alle Veränderungen in Prozentpunkten

\* Daten von Q1 2017

\*\* keine Daten für Irland verfügbar, da historischer Datensatz unzureichend

\*\*\* keine Daten für Q2 2014 verfügbar

<sup>1</sup> mit signifikanter statistischer Revision <sup>2</sup> positives Vorzeichen bedeutet eine Verbesserung (Verringerung des Defizits)

■ Euroraum

\_\_\_\_\_

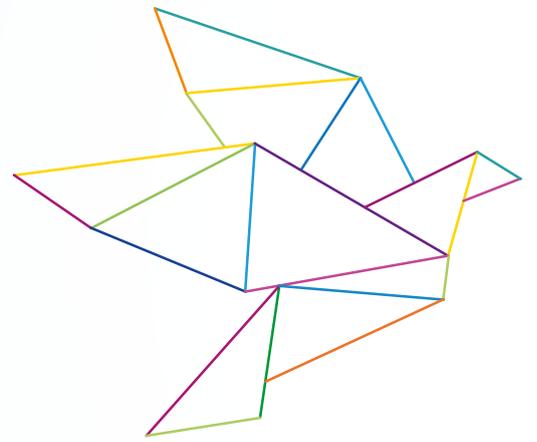
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



## **LAGE DER UNION 2017**

DIE POLITISCHEN PRIORITÄTEN  
IM GESETZGEBUNGSPROZESS

---

## Die Gesetzgebungsprioritäten: aktueller Stand

Am 13. Dezember 2016 einigten sich das Europäische Parlament, der Rat und die Europäische Kommission auf eine **Gemeinsame Erklärung über die Gesetzgebungsprioritäten der EU für 2017**. Sie hoben dabei 58 Initiativen hervor, die im Gesetzgebungsverfahren vorrangig behandelt werden mussten, damit ein Beitrag zur Bewältigung der größten wirtschaftlichen, ökologischen und gesellschaftlichen Herausforderung an die Europäische Union geleistet werden kann. Die drei Organe verpflichteten sich, die Vorhaben deutlich voranzubringen und, wenn möglich, vor Ende des Jahres 2017 abzuschließen. Über 11 der 58 Kommissionsvorschläge wurde vom Europäischen Parlament und dem Rat bereits eine Einigung erzielt, die Initiativen sind somit abgeschlossen. Politischen Willen seitens der beiden gesetzgebenden Organe vorausgesetzt, ist bei 19 Initiativen bis Ende 2017 mit einer Einigung zu rechnen. Bei den übrigen 28 Vorschlägen sind eine Einigung oder substanzielle Fortschritte im Jahr 2017 unwahrscheinlich. Was diese ausstehenden Vorschläge betrifft, so bewegen sich das Europäische Parlament und der Rat nicht immer gleich schnell, wobei eines der beiden Organe den Fortschritt entweder beschleunigt oder verlangsamt. Diese Vorschläge können im Jahr 2018 nur dann abgeschlossen werden, wenn ein starkes politisches Engagement aller EU-Organe gegeben ist.

### Vorgelegt und Einigung erzielt



### Einigung im Jahr 2017 möglich



### Einigung im Jahr 2018 möglich, falls starkes politisches Engagement aller EU-Organe



	MASSNAHME	ERLÄUTERUNGEN	 Europäische Kommission	 Europäisches Parlament	 Rat der Europäischen Union
1	<b>Europäischer Fonds für strategische Investitionen 2.0</b>	Die Kommission legte diesen Vorschlag zeitgleich mit der Rede zur Lage der Union im September 2016 vor. Der Rat nahm sein Verhandlungsmandat im Dezember 2016 und das Parlament sein Verhandlungsmandat im Mai 2017 an. Es fanden bereits mehrere Triloge statt. Den politischen Willen vorausgesetzt, sollte es möglich sein, im Herbst eine Einigung über die Verabschiedung des Gesetzgebungsakts zu erzielen.	●	●	●
2	<b>Modernisierung der handelspolitischen Schutzinstrumente</b>	Dieser Vorschlag wurde bereits vor mehr als vier Jahren vorgelegt. Das Parlament nahm sein Verhandlungsmandat im April 2014 an, der Rat nahm sein Verhandlungsmandat erst mehr als zwei Jahre später, im Dezember 2016, an. Es fanden mehrere Triloge statt und vieles spricht dafür, dass im zweiten Halbjahr eine Einigung erzielt wird.	●	●	●
3	<b>Kreislaufwirtschaft: Altbatterien und Altakkumulatoren</b>	Der Rat war im Mai 2017 zur Aufnahme von Verhandlungen über dieses im Jahr 2015 unterbreitete Vorschlagspaket bereit, das Parlament im März 2017. Die Triloge werden im Herbst fortgesetzt und es besteht die realistische Aussicht, bis Ende des Jahres eine Einigung zu erzielen.	●	●	●
4	<b>Kreislaufwirtschaft: Abfälle</b>		●	●	●
5	<b>Kreislaufwirtschaft: Abfalldeponien</b>		●	●	●
6	<b>Kreislaufwirtschaft: Verpackungen und Verpackungsabfälle</b>		●	●	●
7	<b>Europäisches Einlagenversicherungssystem</b>	Dieser Vorschlag wurde von der Kommission im November 2015 als zentraler Baustein zur Vollendung der Europäischen Bankenunion vorgelegt. Die technischen Arbeiten kommen zwar voran, doch erweist es sich bislang für die beiden gesetzgebenden Organe als schwierig, intern zu einem Konsens über die wichtigsten politischen Bestimmungen zu gelangen. Das Parlament strebt die Festlegung seines Verhandlungsmandats im Herbst an. Wann der Rat so weit sein wird, ist nach wie vor schwer abzusehen.	●	●	●
8	<b>Reform der Eigenmittelverordnung</b>	Der Vorschlag vom November 2016 wurde jetzt aufgespalten, um die Beratungen über zentrale Bestandteile zu beschleunigen: über die Anpassung an den internationalen Rechnungslegungsstandard IFRS 9 und über den Umgang mit Großkrediten. Der Rat ist nunmehr zur Aufnahme von Verhandlungen bereit, das Parlament soll im September so weit sein. Die Aussicht auf eine Einigung vor Ablauf des Jahres dürfte realistisch sein.	●	●	●

VORGELEGT UND EINIGUNG ERZIELT ●

EINIGUNG IM JAHR 2017 MÖGLICH ●

EINIGUNG IM JAHR 2018 MÖGLICH, FALLS STARKES POLITISCHES ENGAGEMENT ALLER EU-ORGANE ●

	MASSNAHME	ERLÄUTERUNGEN	 Europäische Kommission	 Europäisches Parlament	 Rat der Europäischen Union
9	<b>Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit – Verordnung</b>	Angesichts des derzeitigen Stands der Beratungen der beiden gesetzgebenden Organe über diese zwei miteinander verknüpften Vorschläge vom November 2016 ist es unwahrscheinlich, dass noch im Jahr 2017 eine Einigung erzielt werden kann. Das Parlament plant, bis Dezember ein Verhandlungsmandat zu beschließen, der Rat hat noch keinen Termin festgelegt.	●	●	●
10	<b>Verlustabsorptions- und Rekapitalisierungsfähigkeit – Richtlinie</b>		●	●	●
11	<b>Rang unbesicherter Schuldtitel in der Insolvenzrangfolge</b>	Für die Verhandlungen über diesen Vorschlag, der im November 2016 vorgelegt wurde, hat der Rat im Juni 2017 ein Verhandlungsmandat beschlossen. Das Parlament hat seine Beratungen beschleunigt vorangetrieben, um im September ein Mandat festlegen zu können. Es dürfte die realistische Aussicht bestehen, noch in diesem Jahr eine Einigung zu erzielen.	●	●	●
12	<b>Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen: von der Anwendung ausgenommene Unternehmen, Finanzholdinggesellschaften, gemischte Finanzholdinggesellschaften, Vergütung, Aufsichtsmaßnahmen und -befugnisse und Kapitalerhaltungsmaßnahmen</b>	Beim derzeitigen Stand der Dinge ist es höchst unwahrscheinlich, dass 2017 eine Einigung über diesen Vorschlag vom November 2016 erzielt werden kann. Das Parlament plant, bis Dezember ein Verhandlungsmandat zu beschließen, der Rat hat noch keinen Termin festgelegt.	●	●	●
13	<b>Sanierung und Abwicklung zentraler Gegenparteien</b>	Angesichts des derzeitigen Stands der Dinge ist es schwierig, 2017 eine Einigung über diesen im November 2016 vorgelegten Vorschlag zu erzielen. Der Rat beabsichtigt, noch vor Jahresende ein Mandat für Trilogverhandlungen zu vereinbaren, das Parlament beabsichtigt dies erst im Januar 2018 zu tun.	●	●	●
14	<b>Kapitalmarktunion – Verbriefung</b>	Es wurde bereits eine politische Einigung erzielt. Die förmliche Annahme erfolgt im Herbst.	●	●	●
15	<b>Kapitalmarktunion – Prospekte</b>	Dieser Vorschlag wurde von den beiden gesetzgebenden Organen verabschiedet. Die politische Einigung wurde etwa ein Jahr nach Vorlage des ursprünglichen Kommissionsvorschlags vom November 2015 erzielt.	●	●	●
16	<b>Überprüfung des mehrjährigen Finanzrahmens, einschließlich der Mittelausstattung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen</b>	Die Überprüfung des EU-Haushaltsrahmens auf der Grundlage des Kommissionsvorschlags vom September 2016 wurde im ersten Halbjahr 2017 beschlossen und im Juni förmlich angenommen.	●	●	●

VORGELEGT UND EINIGUNG ERZIELT ●  
EINIGUNG IM JAHR 2017 MÖGLICH ●

EINIGUNG IM JAHR 2018 MÖGLICH, FALLS STARKES POLITISCHES ENGAGEMENT ALLER EU-ORGANE ●

	MASSNAHME	ERLÄUTERUNGEN	 Europäische Kommission	 Europäisches Parlament	 Rat der Europäischen Union
17	<b>Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit</b>	Die beiden gesetzgebenden Organe setzen ihre Arbeiten an diesem Kommissionsvorschlag von 2016 fort. Dabei kommen sie relativ langsam voran, weshalb in diesem Jahr nicht mehr mit einer Verabschiedung zu rechnen ist. Nach der derzeitigen Zeitplanung könnten die Trilogie im zweiten Quartal 2018 beginnen.	●	●	●
18	<b>Barrierefreiheitsanforderungen für Produkte und Dienstleistungen</b>	Dieser Vorschlag, den die Kommission 2015 vorgelegt hat und bei dem nur sehr geringe Fortschritte zu verzeichnen sind, wird nicht in diesem Jahr verabschiedet werden. Nach dem aktuellen Zeitplan wird das Parlament im September zur Aufnahme von Trilogien bereit sein, wohingegen das Verhandlungsmandat des Rates frühestens Ende des Jahres vorliegen dürfte.	●	●	●
19	<b>Europäisches Solidaritätskorps</b>	Bei diesem Dossier handelte es sich um den letzten der in der Gemeinsamen Erklärung genannten Legislativvorschläge, die von der Kommission im Mai 2017 formell vorzulegen waren. Die aktuellen Zeitpläne von Parlament und Rat lassen es möglich erscheinen, dass Trilogie erst von Dezember an stattfinden können.	●	●	●
20	<b>Einreise-/Ausreisensystem („intelligente Grenzen“)</b>	Bei diesen miteinander verknüpften Vorschlägen, die darauf abzielen, die Grenzkontrollverfahren für in die EU einreisende Drittstaatsangehörige zu beschleunigen, zu erleichtern und zu verstärken, gelangten die beiden gesetzgebenden Organe im Juni zu einer Einigung. Die förmliche Annahme erfolgt im Herbst. Parlament und Rat waren bereits knapp ein Jahr nach Vorlage des Kommissionsvorschlags zur Aufnahme von Trilogien bereit und erzielten innerhalb von drei Monaten eine Einigung.	●	●	●
21	<b>Einreise-/Ausreisensystem („intelligente Grenzen“ – Schengener Grenzkodex)</b>		●	●	●
22	<b>Europäisches Reiseinformations- und -genehmigungssystem</b>	Dieser Vorschlag, der darauf abzielt, eine bessere Information der Mitgliedstaaten über nach Europa einreisende Drittstaatsangehörige sicherzustellen, wurde von der Kommission im November 2016 vorgelegt. Der Rat verständigte sich im Juni auf eine allgemeine Ausrichtung (legte also sein Mandat für die Trilogverhandlungen fest), im Parlament dürfte dies im Oktober der Fall sein. Somit besteht die Aussicht, dass noch in diesem Jahr eine Einigung über den Gesetzgebungsakt erzielt werden kann.	●	●	●
23	<b>Kontrolle des Erwerbs und des Besitzes von Waffen</b>	Über diese Ende 2015 vorgeschlagene und für die Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger wichtige Maßnahme wurde nach etwa einem Jahr eine Einigung zwischen den gesetzgebenden Organen erzielt. Die förmliche Annahme erfolgte im Mai 2017.	●	●	●
24	<b>Richtlinie zur Terrorismusbekämpfung</b>	Eine weitere wichtige Sicherheitsmaßnahme, mit der gewährleistet werden soll, dass bestimmte terroristische Handlungen in allen Mitgliedstaaten unter Strafe gestellt werden, wurde von der Kommission im Dezember 2015 vorgeschlagen und von den beiden gesetzgebenden Organen in weniger als einem Jahr beschlossen. Die förmliche Annahme erfolgte im März 2017.	●	●	●

VORGELEGT UND EINIGUNG ERZIELT ●

EINIGUNG IM JAHR 2017 MÖGLICH ●

EINIGUNG IM JAHR 2018 MÖGLICH, FALLS STARKES POLITISCHES ENGAGEMENT ALLER EU-ORGANE ●

	MASSNAHME	ERLÄUTERUNGEN	 Europäische Kommission	 Europäisches Parlament	 Rat der Europäischen Union
25	<b>Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung</b>	Dieser Vorschlag wurde von der Kommission 2016 angenommen. Die beiden gesetzgebenden Organe waren im März 2017 zur Aufnahme von Trilogen bereit. Die Gespräche werden im Herbst fortgesetzt und es besteht eine realistische Aussicht auf eine Einigung bis Jahresende.	●	●	●
26	<b>Europäisches Strafregisterinformationssystem</b>	Der Kommissionsvorschlag vom Januar 2016 zielt darauf ab, einen effizienteren Austausch von Informationen über Drittstaatsangehörige zu fördern. Im Juni 2017 schlug die Kommission eine ergänzende Verordnung für einen solchen Austausch vor. Dies wird dem Parlament und dem Rat in den kommenden Monaten Fortschritte auf dem Weg zur Festlegung eines Verhandlungsmandats ermöglichen.	●	●	●
27	<b>Asyl: Dublin-System</b>	Die einzelnen Teile dieses Reformpakets zum Gemeinsamen Europäischen Asylsystem, das die Kommission Mitte 2016 vorgelegt hat, sind auf vielfältige Art miteinander verknüpft. Bei mehreren Einzeldossiers sind wesentliche Fortschritte zu verzeichnen (so besteht teilweises Einvernehmen zwischen den gesetzgebenden Organen in Bezug auf die Agentur, wohingegen die Fingerabdruck-Datenbank Eurodac und die Anerkennungsrichtlinie noch Gegenstand von Trilogen sind). Damit das gesamte Legislativpaket verabschiedet werden kann, wird jedoch eine politische Einigung über das Dublin-System erforderlich sein, das die Zuständigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten für die jeweiligen Asylanträge regelt. Bei diesem Dossier ist davon auszugehen, dass das Parlament im Herbst zur Aufnahme von Trilogen bereit sein wird. Der Rat dagegen strebt derzeit eine Festlegung seines Verhandlungsmandats für Ende dieses Jahres oder Anfang nächsten Jahres an. Dies bedeutet, dass das Gesamtpaket frühestens im ersten Halbjahr 2018 verabschiedet wird.	●	●	●
28	<b>Asylagentur</b>		●	●	●
29	<b>Asyl: Eurodac</b>		●	●	●
30	<b>Aufnahmebedingungen</b>		●	●	●
31	<b>Asylanerkennung</b>		●	●	●
32	<b>Asylverfahren</b>		●	●	●
33	<b>Einreise und Aufenthalt von Drittstaatsangehörigen zur Ausübung einer hochqualifizierten Beschäftigung</b>	Dieser Vorschlag zur legalen Migration, auch als „Blue-Card“-System bekannt, wurde von der Kommission Mitte 2016 vorgelegt. Ein Jahr später nahmen das Parlament und der Rat ihr Verhandlungsmandat für Triloge an. Es bleibt noch Zeit, um im Herbst Triloge aufzunehmen.	●	●	●
34	<b>Neuansiedlungsrahmen der Union</b>	Dieser Vorschlag, bei dem es darum geht, wie die EU die Neuansiedlung anerkannter Flüchtlinge aus Drittländern, etwa aus Flüchtlingslagern, handhabt, wurde von der Kommission im Juli vergangenen Jahres vorgelegt. Parlament und Rat arbeiten noch an ihren Verhandlungsmandaten. Es wird erwartet, dass sie im Herbst zur Aufnahme von Trilogen bereit sind, wodurch eine Einigung vor Jahresende schwierig wird.	●	●	●

VORGELEGT UND EINIGUNG ERZIELT ●

EINIGUNG IM JAHR 2017 MÖGLICH ●

EINIGUNG IM JAHR 2018 MÖGLICH, FALLS STARKES POLITISCHES ENGAGEMENT ALLER EU-ORGANE ●

	MASSNAHME	ERLÄUTERUNGEN	 Europäische Kommission	 Europäisches Parlament	 Rat der Europäischen Union
35	<b>Investitionsoffensive für Drittländer/Europäischer Fonds für nachhaltige Entwicklung</b>	Die beiden gesetzgebenden Organe konnten im Juni zügig zu einer politischen Einigung über diesen Vorschlag gelangen, also innerhalb von weniger als einem Jahr, nachdem die Kommission ihn im September 2016 vorgelegt hatte. Ziel der Maßnahme ist es, EU-Mittel einzusetzen, um private Investitionen in die Entwicklungsförderung in Afrika und der sonstigen Nachbarschaft der EU zu mobilisieren. Die förmliche Annahme des Gesetzgebungsakts ist für den Herbst geplant.	●	●	●
36	<b>Mandat der Europäischen Investitionsbank für die Darlehensstätigkeit in Drittländern</b>	Diese beiden miteinander verknüpften Dossiers sind Teil der Bemühungen, die zur Erhöhung der Investitionen in Afrika und anderen wichtigen Regionen unternommen werden. Der Rat war schon sehr bald nach Vorlage des Kommissionsvorschlags vom September letzten Jahres mit seinem Verhandlungsmandat ausgestattet, wohingegen das Parlament seinen Standpunkt im April festlegte. Die Trilogverhandlungen werden im September wieder aufgenommen, sodass eine Einigung noch in diesem Jahr möglich wäre.	●	●	●
37	<b>Europäische Investitionsbank: Garantiefonds für Maßnahmen im Zusammenhang mit den Außenbeziehungen</b>		●	●	●
38	<b>Telekommunikationsreform: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (+WiFi4EU)</b>	Dieser im September 2016 vorgelegte Vorschlag dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach nicht mehr in diesem Jahr angenommen werden, da das Parlament und der Rat ihre Verhandlungsposition noch festlegen müssen. Parallel zu diesen Arbeiten verfolgt die Kommission die Fortschritte des „WiFi4EU“-Vorschlags, der zwar nicht zu den in der Gemeinsamen Erklärung genannten Prioritäten zählt, aber damit verknüpft ist. Diesbezüglich wurde im Mai 2017 eine Einigung zwischen den beiden gesetzgebenden Organen erzielt, sodass die förmliche Annahme im Herbst erfolgen dürfte.	●	●	●
39	<b>Telekommunikationsreform: Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation</b>	Die vorgeschlagene Reform des Gremiums, das die für Telekommunikation zuständigen europäischen Regulierungsbehörden zusammenbringt, kommt im selben Tempo voran wie der Kodex für die elektronische Kommunikation (siehe Punkt 38), sodass eine politische Einigung vor 2018 unwahrscheinlich scheint.	●	●	●
40	<b>Richtlinie über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt</b>	Was diesen Vorschlag vom September 2016 anbelangt, dürften bei Einhaltung des derzeitigen Zeitplans Parlament und Rat bis Anfang Dezember so weit sein, dass mit den Trilogverhandlungen begonnen werden kann. Eine Einigung noch in diesem Jahr wird damit unwahrscheinlich. Die Aussicht auf eine Einigung im ersten Halbjahr 2018 dürfte jedoch realistisch sein.	●	●	●
41	<b>Online-Übertragungen von Rundfunkveranstaltern</b>	Triloge über diesen ebenfalls im September 2016 vorgelegten Vorschlag dürften bestenfalls Ende 2017 aufgenommen werden: Das Parlament sollte seinen Eingangsstandpunkt im Oktober festlegen, während der Rat Ende November als Termin ins Auge fasst. Somit wäre eine Einigung im ersten Halbjahr 2018 möglich.	●	●	●

VORGELEGT UND EINIGUNG ERZIELT ●  
EINIGUNG IM JAHR 2017 MÖGLICH ●

EINIGUNG IM JAHR 2018 MÖGLICH, FALLS STARKES POLITISCHES ENGAGEMENT ALLER EU-ORGANE ●

	MASSNAHME	ERLÄUTERUNGEN	 Europäische Kommission	 Europäisches Parlament	 Rat der Europäischen Union
42	<b>Vertrag von Marrakesch: Urheberrechtsreform zugunsten blinder oder sehbehinderter Menschen</b>	Gegenstand dieser beiden miteinander verknüpften Vorschläge ist die Überführung der Bestimmungen des Vertrags von Marrakesch in EU-Recht. Dabei geht es darum, urheberrechtlich geschützte Werke für blinde, sehbehinderte und anderweitig lesebehinderte Personen leichter zugänglich zu machen. Die Vorschläge wurden von der Kommission im September 2016 vorgelegt. Parlament und Rat waren im April 2017 zur Aufnahme von Verhandlungen bereit und fanden rasch zu einer Einigung. Die Gesetzgebungsakte werden im September unterzeichnet.	●	●	●
43	<b>Vertrag von Marrakesch: Kopien in einem zugänglichen Format</b>		●	●	●
44	<b>Nutzung des Frequenzbands 470-790 MHz in der Union</b>	Dieser Vorschlag, der auf eine effizientere Nutzung bestimmter Funkfrequenzen im Hinblick auf eine Förderung der Entwicklung von Mobilfunkdiensten abzielt, wurde von der Kommission im Februar 2016 vorgelegt und von den beiden gesetzgebenden Organen im Dezember 2016 beschlossen. Die förmliche Annahme des Gesetzgebungsakts folgte im Mai 2017.	●	●	●
45	<b>Verhinderung ungerechtfertigten Geoblockings</b>	Dieser Vorschlag, der von der Kommission im Mai 2016 angenommen wurde, ist seit Mai 2017 Gegenstand von Trilogie mit den beiden gesetzgebenden Organen. Somit besteht die realistische Aussicht, noch vor Jahresende eine Einigung zu erzielen.	●	●	●
46	<b>Audiovisuelle Mediendienste</b>	Zu diesem Vorschlag, der ebenfalls vom Mai 2016 stammt, legten die beiden gesetzgebenden Organe ihre Eingangsstandpunkte im Mai 2017 fest. Trilogie sind bereits im Gange, somit wäre eine Einigung bis Ende des Jahres durchaus möglich.	●	●	●
47	<b>Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation</b> <b>Datenschutzvorschriften der Organe und Einrichtungen der EU</b>	Diese beiden im Januar 2017 von der Kommission verabschiedeten Vorschläge waren in der Gemeinsamen Erklärung miteinander verknüpft, da sie beide im Zusammenhang mit der Ausrichtung an der Datenschutz-Grundverordnung stehen. Die Arbeiten kommen jedoch in unterschiedlichem Tempo voran. Bei der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation besteht kaum Aussicht auf die Aufnahme von Trilogie im Jahr 2017, da der Rat die Verständigung auf ein Verhandlungsmandat erst für nächstes Jahr ins Auge fasst. Das Parlament, dessen Arbeiten schneller vorankommen, beabsichtigt, seine Ausgangsposition für Trilogie im Oktober festzulegen. Was die Datenschutzvorschriften der Organe und Einrichtungen der EU anbelangt, hat der Rat sein Mandat bereits beschlossen. Damit können die Trilogie beginnen, sobald das Parlament bereit ist, was im Oktober der Fall sein soll. Somit dürfte es möglich sein, Ende 2017 oder Anfang 2018 zu einer Einigung zu gelangen, sofern sich die Positionen vereinbaren lassen.	●	●	●

VORGELEGT UND EINIGUNG ERZIELT ●

EINIGUNG IM JAHR 2017 MÖGLICH ●

EINIGUNG IM JAHR 2018 MÖGLICH, FALLS STARKES POLITISCHES ENGAGEMENT ALLER EU-ORGANE ●

	MASSNAHME	ERLÄUTERUNGEN	 Europäische Kommission	 Europäisches Parlament	 Rat der Europäischen Union
48	<b>Richtlinie über das Emissionshandelssystem</b>	Im Juli 2015 schlug die Kommission eine Reform des Emissionshandelssystems vor. Eine Einigung in dieser Angelegenheit erwies sich jedoch als schwierig. Parlament und Rat haben ihre Verhandlungspositionen im Februar 2017 festgelegt. Seither sind Triloge im Gange. Eine Einigung in diesem Jahr ist noch möglich.	●	●	●
49	<b>Lastenverteilungsverordnung</b>	Diese ebenfalls den Klimawandel betreffende Verordnung wurde von der Kommission im Juli 2016 vorgeschlagen. Das Parlament hat seine Ausgangsposition für Triloge im Juni 2017 festgelegt, der Rat dürfte dies im Oktober tun. Danach könnten Triloge aufgenommen werden, sodass eine Einigung noch im Jahr 2017 oder Anfang 2018 möglich wäre.	●	●	●
50	<b>Emissionen und Abbau von Treibhausgasen aus Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft</b>	Dieser Vorschlag wurde von der Kommission im Juli 2016 vorgelegt. Der Zeitplan entspricht weitgehend dem für die Lastenteilungsverordnung (siehe Punkt 49). Es wird erwartet, dass das Parlament im September und der Rat im Oktober ihre jeweiligen Verhandlungsmandate bestätigen.	●	●	●
51	<b>Energieeffizienz</b>	Diese beiden Maßnahmen zur Energieeffizienz wurden von der Kommission im November 2016 vorgeschlagen. In beiden Fällen hatte der Rat seinen Standpunkt für die Triloge bereits im Juni 2017 ausgearbeitet. Das Parlament hingegen dürfte sich erst bis November auf seine Positionen verständigt haben. Somit bliebe nicht viel Zeit für Triloge, doch könnten erste Schritte hin zu einer Einigung unternommen werden, die vielleicht in den ersten Monaten des Jahres 2018 möglich ist.	●	●	●
52	<b>Energieeffizienz von Gebäuden</b>		●	●	●
53	<b>Gemeinsame Vorschriften für den Elektrizitätsbinnenmarkt (Richtlinie)</b>	Für das gesamte Vorschlagspaket zur Energieunion, das von der Kommission im November 2016 komplett vorgelegt wurde, besteht keine Aussicht auf eine Einigung noch in diesem Jahr, da die beiden gesetzgebenden Organe ihre jeweiligen Mandate für Triloge erst in den letzten Wochen des Jahres 2017 annehmen dürften.	●	●	●
54	<b>Elektrizitätsbinnenmarkt (Verordnung)</b>		●	●	●
55	<b>Agentur für die Zusammenarbeit der Energieregulierungsbehörden</b>		●	●	●
56	<b>Risikoversorge im Elektrizitätssektor</b>		●	●	●
57	<b>Energie aus erneuerbaren Quellen</b>		●	●	●
58	<b>Governance-System der Energieunion</b>		●	●	●

VORGELEGT UND EINIGUNG ERZIELT ●  
EINIGUNG IM JAHR 2017 MÖGLICH ●

EINIGUNG IM JAHR 2018 MÖGLICH, FALLS STARKES POLITISCHES ENGAGEMENT ALLER EU-ORGANE ●

\_\_\_\_\_

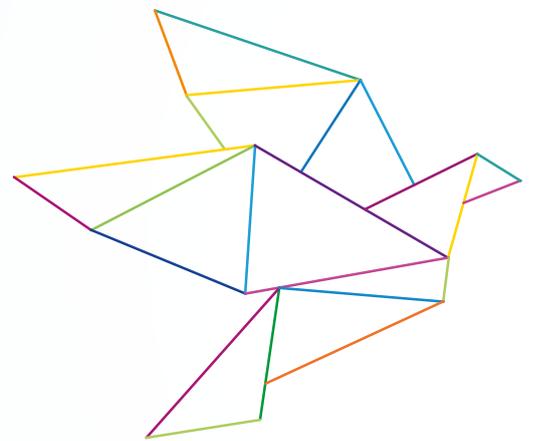
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



## **LAGE DER UNION 2017**

EUROPÄISCHES SOLIDARITÄTSKORPS:  
ZWISCHENBILANZ NACH EINEM JAHR

---

## Europäisches Solidaritätskorps: Zwischenbilanz nach einem Jahr

Die Gründung des Europäischen Solidaritätskorps hatte Präsident Juncker 2016 in seiner Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament angekündigt.

Seit der Einführung des Europäischen Solidaritätskorps am 7. Dezember 2016

- haben sich **36 294** junge Menschen aus allen Mitgliedstaaten für das Solidaritätskorps **registriert**
- wurden **1 500** junge Menschen für einen **Einsatz** im Rahmen des Solidaritätskorps an rund 950 Organisationen **vermittelt**

Bis Ende 2017 – also innerhalb eines Jahres nach Einrichtung des Online-Registrierungstools – werden voraussichtlich 3600 Einsätze vermittelt.

### Das Europäische Solidaritätskorps in Aktion: dort Hilfe leisten, wo sie am dringendsten gebraucht wird

Im August 2017 sind 16 Freiwillige des Europäischen Solidaritätskorps in Norcia (Italien) eingetroffen. Norcia ist einer der Orte, die zwischen August 2016 und Januar 2017 von mehreren schweren Erdbeben erschüttert wurden. Die Mitglieder des Korps wirken dort an der Behebung von Schäden und am Wiederaufbau sozialer Dienste für die lokale Bevölkerung mit. Bis 2020 werden voraussichtlich **230 Freiwillige** an Projekten in den erdbebengeschädigten Gebieten Italiens mitarbeiten.

Beim Europäischen Solidaritätskorps geht es um Solidarität mit Menschen, die nach dramatischen Ereignissen wie Naturkatastrophen dringend Hilfe benötigen, aber auch um die Unterstützung besonders schutzbedürftiger Mitglieder unserer Gesellschaften.



Aaron aus den Niederlanden ist in Berlin im Einsatz, wo er als Freiwilliger in einer Schule und Kindertagesstätte **syrische Flüchtlinge unterrichtet** und Theaterprojekte mit ihnen umsetzt, um ihnen so bei der Integration in die Gesellschaft zu helfen.



Denisa aus Rumänien und Andrew aus Irland organisieren in Rotterdam **Aktivitäten für junge Menschen aus benachteiligten Verhältnissen**, darunter kulturelle Unternehmungen, Spiele und Sport für Kinder mit besonderen Bedürfnissen.



Und Theodoros aus Griechenland arbeitet als Freiwilliger in Stuttgart daran, die **Chancen junger Menschen** in der Donauregion auf einen Arbeitsplatz zu verbessern, der ihren Qualifikationen und ihrem Bildungsniveau entspricht.

## Nicht nur Freiwilligentätigkeiten

Von vornherein war das Europäische Solidaritätskorps nicht allein als Freiwilligeninitiative konzipiert. Vielmehr soll es jungen Menschen auch die Möglichkeit bieten, in **einem Praktikum oder einer Arbeitsstelle** neue Kompetenzen zu erwerben und so ihre Aussichten auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Bis März 2019 werden **6000 junge Menschen** im Rahmen eines Arbeitsvertrags oder eines Praktikums solidarischen Tätigkeiten nachgehen.

## 100 000 Einsätze bis 2020

Das Ziel ist, dass 100 000 junge Menschen an Einsätzen des Europäischen Solidaritätskorps teilnehmen. Um dies zu erreichen, hat die Kommission im Mai 2017 vorgeschlagen, ein eigenes **Budget** für das Europäische Solidaritätskorps von **über 340 Mio. EUR** für die kommenden drei Jahre einzurichten und das Tätigkeitsspektrum des Korps auszuweiten.

Die jungen Menschen, die sich für das Korps registriert haben, werden mit regelmäßigen Newslettern auf dem Laufenden gehalten. Denjenigen, die auf die Vermittlung eines Einsatzes warten, stehen darüber hinaus Online-Schulungsmodulare zur Verfügung. Auf diese Weise können sie ihre Vermittlungschancen verbessern oder sich auf den Einsatz vorbereiten.



Registrierung unter  
[europa.eu/solidarity-corps](http://europa.eu/solidarity-corps)

## ZEITLEISTE

**14. September  
2016**

Präsident Juncker kündigt in seiner Rede zur Lage der Union vor dem Europäischen Parlament 2016 die Einrichtung eines Europäischen Solidaritätskorps an

**7. Dezember  
2016**

Start des Europäischen Solidaritätskorps

**8. März  
2017**

Beginn der Vermittlung junger Menschen an Organisationen

**20. März  
2017**

Erstes Mitglied des Europäischen Solidaritätskorps tritt seinen Einsatz an

**30. Mai  
2017**

Kommission schlägt Budget von über 340 Mio. EUR für das Europäische Solidaritätskorps vor

**17. August  
2017**

Erste Freiwillige des Solidaritätskorps treffen in Norcia (Italien) ein

## Ende 2017

Voraussichtliche Annahme des Vorschlags zur Stärkung des Solidaritätskorps wie in der Gemeinsamen Erklärung des Europäischen Parlaments, des Rates und der Kommission vom 13. Dezember 2016 vorgesehen

\_\_\_\_\_

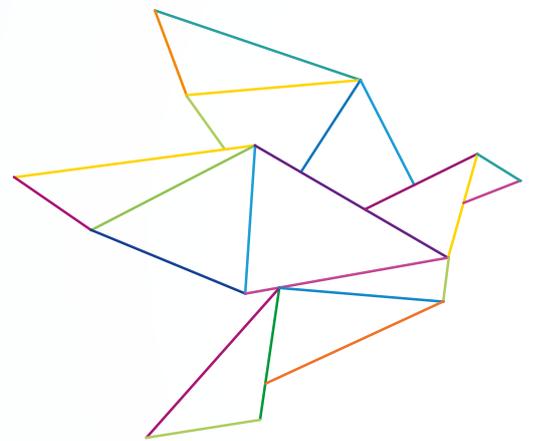
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



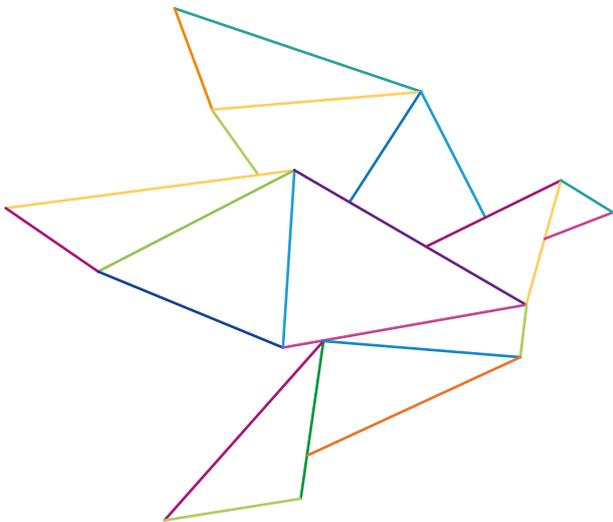
## **LAGE DER UNION 2017**

BESUCHE BEI NATIONALEN PARLAMENTEN

---

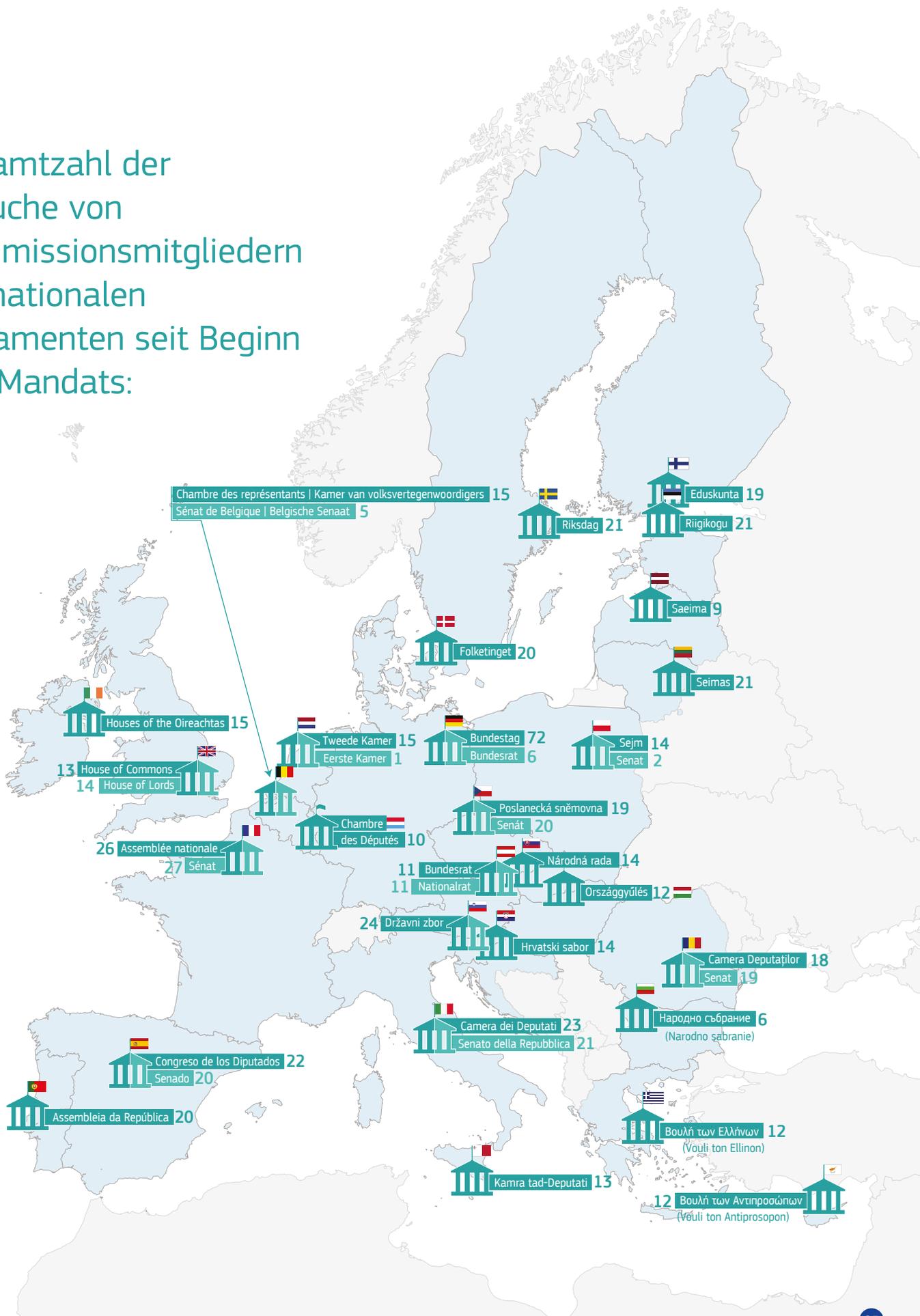
# Besuche und Treffen von Kommissionsmitgliedern bei nationalen Parlamenten seit Beginn des Mandats

1. November 2014 bis 12. September 2017 <sup>(1)</sup>



<sup>(1)</sup> [https://ec.europa.eu/info/annual-reports-relations-national-parliaments\\_de](https://ec.europa.eu/info/annual-reports-relations-national-parliaments_de)

Gesamtzahl der Besuche von Kommissionsmitgliedern bei nationalen Parlamenten seit Beginn des Mandats: **657**



\_\_\_\_\_

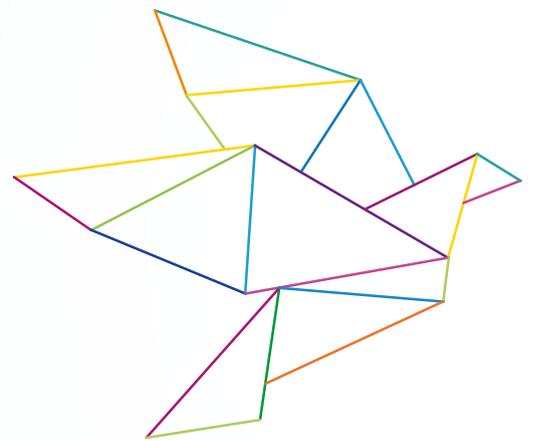
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

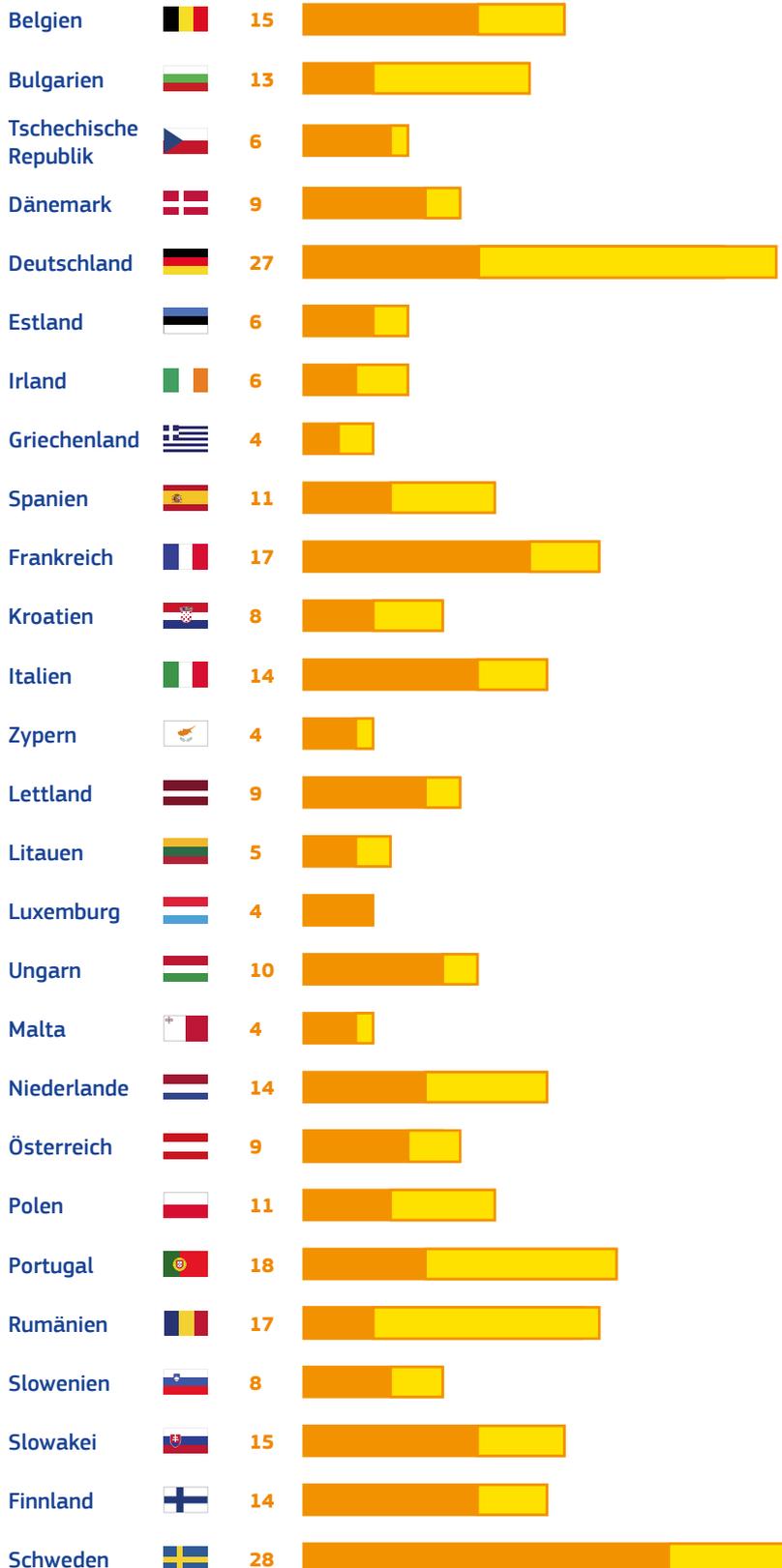


**LAGE DER UNION 2017**

BÜRGERDIALOGE

## Gesamtzahl der Bürgerdialoge pro Mitgliedstaat seit Amtsantritt der Juncker-Kommission

■ Seit Beginn dieser Amtszeit ■ Zur Zukunft Europas (seit März 2017)



## Bürgerdialoge insgesamt

**312** Bürgerdialoge seit Amtsantritt der Juncker-Kommission

EU-weit in **145** Städten (in 27 Mitgliedstaaten) von Funchal bis Rēzekne und von Rovaniemi bis Nikosia

## Bürgerdialoge zur Zukunft Europas (seit März 2017)

**129** Bürgerdialoge mit Präsident Juncker, den Mitgliedern der Kommission und leitenden Kommissionsbeamten

In über **80** Städten in **27** Mitgliedstaaten – in allen Hauptstädten, vor allem aber in Städten in verschiedenen Regionen Europas

Fast **21 000** Besucher in Rathäusern, Museen, Theatern und auf öffentlichen Plätzen – **144 000** Teilnehmer bei sechs Facebook-Live-Bürgerdialogen

Die „Debatten über die Zukunft Europas“ erreichten über die Berichterstattung in den Medien – auch über die sozialen Medien – potenziell **34 Millionen** Menschen



## Die Juncker-Kommission



**Jean-Claude Juncker**

Präsident der Europäischen Kommission



**Frans Timmermans**

Erster Vizepräsident der Europäischen Kommission



**Federica Mogherini**

Hohe Vertreterin und Vizepräsidentin der Europäischen Kommission



**Andrus Ansip**

Vizepräsident der Europäischen Kommission



**Maroš Šefčovič**

Vizepräsident der Europäischen Kommission



**Valdis Dombrovskis**

Vizepräsident der Europäischen Kommission



**Jyrki Katainen**

Vizepräsident der Europäischen Kommission



**Günther H. Oettinger**

Haushalt und Personal



**Johannes Hahn**

Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen



**Cecilia Malmström**

Handel



**Neven Mimica**

Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung



**Miguel Arias Cañete**

Klimapolitik und Energie



**Karmenu Vella**

Umwelt, Meerespolitik und Fischerei



**Vytenis Andriukaitis**

Gesundheit und Lebensmittelsicherheit



**Dimitris Avramopoulos**

Migration, Inneres und Bürgerschaft



**Marianne Thyssen**

Beschäftigung,  
Soziales,  
Qualifikationen und  
Arbeitskräftemobilität



**Pierre Moscovici**

Wirtschafts- und  
Finanzangelegenheiten,  
Steuern und Zoll



**Christos Stylianides**

Humanitäre Hilfe und  
Krisenmanagement



**Phil Hogan**

Landwirtschaft und  
ländliche Entwicklung



**Violeta Bulc**

Verkehr



**Elżbieta Bieńkowska**

Binnenmarkt, Industrie,  
Unternehmertum und  
KMU



**Věra Jourová**

Justiz, Verbraucher und  
Gleichstellung



**Tibor Navracsics**

Bildung, Kultur, Jugend  
und Sport



**Corina Crețu**

Regionalpolitik



**Margrethe Vestager**

Wettbewerb



**Carlos Moedas**

Forschung,  
Wissenschaft und  
Innovation



**Julian King**

Sicherheitsunion



**Mariya Gabriel**

Digitale Wirtschaft und  
Gesellschaft

\_\_\_\_\_

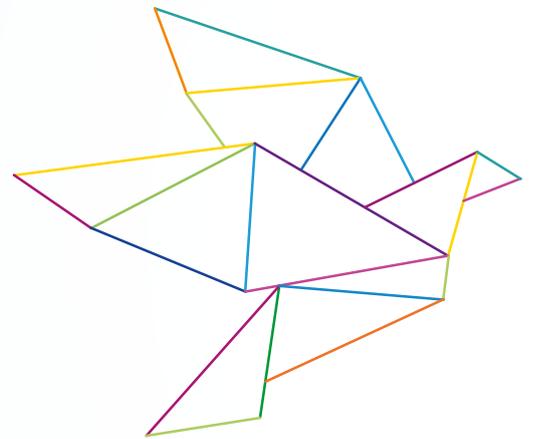
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

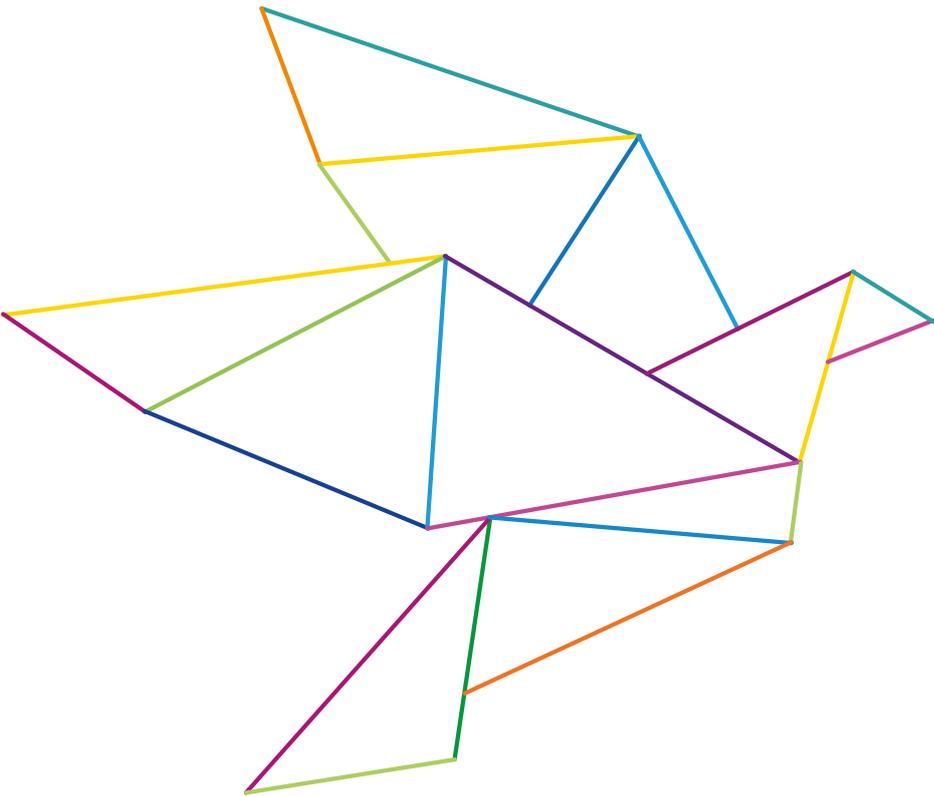
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



## **LAGE DER UNION 2017**

SCHREIBEN ZUM FAHRPLAN FÜR EINE ENGER VEREINTE, STÄRKERE  
UND DEMOKRATISCHERE UNION



Straßburg, 13. September 2017

Sehr geehrter Herr Präsident Tajani,  
 sehr geehrter Herr Präsident Tusk,  
 sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ratas,  
 sehr geehrter Herr Ministerpräsident Borissow,  
 sehr geehrter Herr Bundeskanzler Kern,  
 sehr geehrter Herr Präsident Iohannis,

heute habe ich meine Rede zur Lage der Union 2017 vor dem Europäischen Parlament gehalten. Darin habe ich meine Vorstellungen für das Arbeitsprogramm der EU-Organe für die kommenden Monate dargelegt. Ich bin auch auf die mittel- bis langfristige Zukunft unserer Union eingegangen.

Wie Sie sich erinnern werden, hat die Kommission im März dieses Jahres das Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf Szenarien vorgelegt, wie Europa bis 2025 aussehen könnte. Drei Wochen später versammelten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-27, um den 60. Jahrestag der Römischen Verträge zu begehen und ihr Bekenntnis zueinander und zu unserer Union zu erneuern. Sie und ich, wir alle waren dabei und haben die Erklärung unterzeichnet, in der wir zusichern, „die Europäische Union durch noch mehr Einheit [...] stärker und widerstandsfähiger [zu] machen“.

Wir müssen nun das aktuelle Fenster der Möglichkeit nutzen und eine umfassendere Reform unserer Union auf den Weg bringen, um die Einheit zu wahren und die Kluft zu schließen zwischen dem, was die Menschen in Europa von uns erwarten, und dem, was wir leisten können. Um dieser Reform die Richtung vorzugeben und die Diskussion zu beleben, habe ich in der heutigen Rede einen konkreten Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union vorgestellt.

Ich möchte mit Ihnen zusammenarbeiten, damit dieser Fahrplan gemeinsam mit allen Staats- und Regierungschefs der EU-27, allen Institutionen der EU und den nationalen Parlamenten unserer Mitgliedstaaten erörtert und ausgestaltet wird. Ich befürworte die Idee von Präsident Macron, 2018 demokratische Konvente in allen Teilen Europas zu organisieren – als Unterstützung für diese wichtige Arbeit an unserer gemeinsamen Zukunft. Diese demokratischen Konvente könnten aufbauen auf den Erfahrungen der Kommission mit der Organisation von mehr als 300 Bürgerdialogen in den letzten drei Jahren.

Ich würde es begrüßen, wenn wir bei unserem informellen Abendessen am 28. September in Tallinn eine erste Diskussion über die Zukunft Europas und über diesen konkreten Fahrplan führen könnten. Bei weiteren Zusammenkünften der EU-27 in den Jahren 2018 und 2019 könnten wir die Gelegenheit nutzen, unsere gemeinsame Arbeit zu vertiefen.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen diesen ehrgeizigen Plan Realität werden zu lassen. Europa muss seine Zukunft selbst in die Hand nehmen. Ich bin überzeugt: Der Zeitpunkt zu handeln ist jetzt.



**Jean-Claude Juncker**

# Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union

Die vergangenen zwölf Monate waren für die Europäerinnen und Europäer eine Herausforderung. Von den EU-Organen wie von den Mitgliedstaaten waren harte Arbeit und politische Führungsstärke gefordert.

Um das Projekt Europa auf Kurs zu halten, legte Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union am 14. September 2016 eine positive Agenda vor – für ein **Europa, das schützt, stärkt und verteidigt**. Beim Gipfeltreffen von Bratislava begrüßten das Europäische Parlament und die Staats- und Regierungschefs der EU-27 diese Botschaft.

Die Arbeit an der positiven Agenda wurde mit dem **Weißbuch zur Zukunft Europas** fortgesetzt, das die Kommission im März dieses Jahres vorgelegt hat. Es enthält fünf Szenarien, wie Europa bis 2025 aussehen könnte. Drei Wochen später versammelten sich die Staats- und Regierungschefs der EU-27, um den 60. Jahrestag der Römischen Verträge zu begehen. Dabei erneuerten sie ihr Gelöbnis und vereinbarten, „die Europäische Union durch noch mehr Einheit [...] stärker und widerstandsfähiger [zu] machen“.

Uns öffnet sich jetzt ein Fenster der Möglichkeit, eine umfassendere Reform unserer Union auf den Weg zu bringen. Um dieser Reform die Richtung vorzugeben und die Diskussion zu beleben, hat Präsident Juncker in seiner Rede zur Lage der Union vom 13. September 2017 einen **Fahrplan für eine enger vereinte, stärkere und demokratischere Union** vorgeschlagen.

September  
2017



13.9. **Rede zur Lage der Union von Präsident Juncker**



28.9. Informelles Abendessen der EU-Staats- und Regierungschefs mit dem Thema **Die Zukunft Europas** in Tallinn, Estland

Debatten über die Zukunft Europas in den Parlamenten, Städten und Regionen

Oktober



19.-20.10. **Europäischer Rat / Treffen der EU-27**

November



17.11. **Sozialgipfel** in Göteborg, Schweden

Dezember



6.12. **Maßnahmenpaket für die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion**

- Umwandlung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen Europäischen Währungsfonds
- Schaffung einer eigenen Euroraum-Haushaltlinie im Rahmen des EU-Haushalts, die Grundlage für vier Funktionen ist: 1) Strukturreform-Hilfe, 2) eine Stabilisierungsfunktion, 3) ein Auffangmechanismus für die Bankenunion und 4) ein Konvergenz-Instrument, mit dem Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören, Hilfen für den Weg zum Beitritt erhalten können
- Inhaltliche Integration des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion in das EU-Recht
- Schaffung des Amtes eines europäischen Ministers mit „Doppelhut-Funktion“ für Wirtschaft und Finanzen



14.-15.12. **Europäischer Rat / Treffen der EU-27**



Euro-Gipfel im Dezember (Datum noch offen)



\_\_\_\_\_

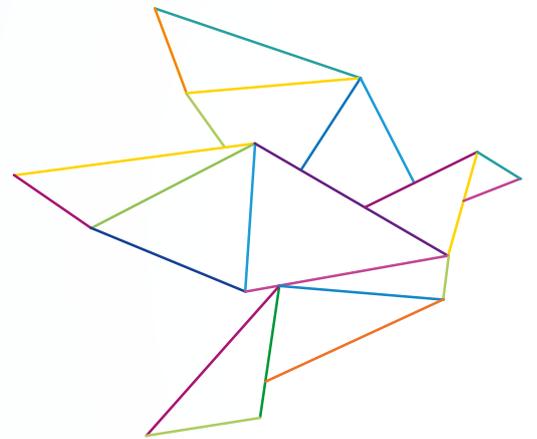
\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



## **REDE ZUR LAGE DER UNION 2017**

REDE ZUR LAGE DER UNION 2017

---

## **EINLEITUNG – WIND IN UNSEREN SEGELN**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

als ich vor einem Jahr vor Ihnen stand, war es in gewisser Weise einfacher, eine Rede zu halten.

Jeder konnte sehen, dass unsere Union in keinem guten Zustand war.

Europa war angeschlagen und gebeutelt von einem Jahr, das uns in unseren Grundfesten erschüttert hatte.

**Wir hatten nur zwei Möglichkeiten: Wir konnten uns entweder gemeinsam hinter einer positiven europäischen Agenda versammeln, oder uns – jeder für sich – in seine Ecke verkriechen.**

Vor diese Wahl gestellt, habe ich für Einigkeit plädiert.

Ich habe eine positive Agenda vorgeschlagen, welche dazu beitragen soll, **ein Europa zu schaffen, das schützt, ein Europa, das stärkt, und ein Europa, das verteidigt**, so wie ich es letztes Jahr genannt habe.

In den vergangenen zwölf Monaten hat das Europäische Parlament dazu beigetragen, diese Agenda mit Leben zu erfüllen. Wir machen weiterhin Fortschritte. Mit jedem Tag kommen wir einen weiteren Schritt voran. Letzte Nacht erst haben Sie daran gearbeitet, eine Einigung über handelspolitische Schutzinstrumente und die Verdopplung unserer europäischen Investitionskapazität zu erzielen. Und es ist Ihnen gelungen. Vielen Dank dafür.

Mein Dank gilt auch den 27 Staats- und Regierungschefs unserer Mitgliedstaaten. Nur wenige Tage nach meiner Rede vom vergangenen Jahr haben sie meine Agenda bei ihrem Gipfel in Bratislava begrüßt. Damit haben sie sich für Einigkeit entschieden. Sie haben sich dafür entschieden, sich auf das zu besinnen, was uns eint.

Mit vereinten Kräften haben wir bewiesen, dass Europa seinen Bürgern Ergebnisse liefern kann, wenn und wo es darauf ankommt.

Seither haben wir langsam aber sicher an Schwung gewonnen.

Es hat sicherlich geholfen, dass sich der Wirtschaftsausblick zu unseren Gunsten gewendet hat.

Wir befinden uns nun im fünften Jahr eines Wirtschaftsaufschwungs, der wirklich in jedem Mitgliedstaat ankommt.

Das Wachstum der Europäischen Union hat das der Vereinigten Staaten in den vergangenen zwei Jahren übertroffen. Es liegt nun – für die Union als Ganzes – bei über 2 Prozent und für das Währungsgebiet bei 2,2 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit ist so niedrig wie seit neun Jahren nicht mehr. Seit diese Kommission im Amt ist, sind fast 8 Millionen Arbeitsplätze entstanden. Mit 235 Millionen Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, sind in der Europäischen Union mehr Menschen in Beschäftigung als jemals zuvor.



Dieser Erfolg ist nicht nur die Leistung der Europäischen Kommission. Doch ich bin sicher: Wären 8 Millionen Arbeitsplätze verloren gegangen, hätte man uns die Schuld dafür in die Schuhe geschoben.

**Aber die europäischen Institutionen haben ihren Teil dazu beigetragen, dass sich der Wind gedreht hat.**

Die Europäische Investitionsoffensive, die bis jetzt Investitionen im Wert von 225 Milliarden Euro freigesetzt hat, ist unsere Leistung. Damit wurden Darlehen an 450 000 kleine und mittelständische Unternehmen vergeben und an mehr als 270 Infrastruktur-Projekte.

Es ist unser Verdienst, dass die europäischen Banken – dank entschlossener Maßnahmen – nun wieder über die nötige Kapitalstärke verfügen, um Kredite an Unternehmen zu vergeben, sodass diese wachsen und Arbeitsplätze schaffen können.

Es ist unser Verdienst, dass wir die öffentlichen Defizite von 6,6 auf 1,6 Prozent gesenkt haben. Wir haben das erreicht, weil wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt intelligent angewandt haben. Wir haben fiskalische Disziplin angemahnt, aber gleichzeitig auch darauf geachtet, das Wachstum nicht zu gefährden. Und das hat überall in der Union sehr gut funktioniert – entgegen mancher Kritik.

Zehn Jahre nach Ausbruch der Krise **lebt die europäische Wirtschaft endlich wieder auf.**

Und damit auch unsere Zuversicht und unser Vertrauen.

Die 27 Staats- und Regierungschefs, das Parlament und die Kommission machen unsere Union wieder europäisch. Und zusammen machen wir aus unserer Union wieder eine Union.

Im vergangenen Jahr haben wir gesehen, wie alle 27 Staats- und Regierungschefs den Kapitolhügel in Rom beschritten, um – einer nach dem anderen – ihr Gelöbnis zu unserer Union zu erneuern.

All das führt mich zu der Überzeugung: **Europa hat wieder Wind in den Segeln.**

**Uns öffnet sich jetzt ein Fenster der Möglichkeit. Aber es wird nicht ewig offenbleiben.**

Lassen Sie uns das Meiste aus diesem Schwung herausholen, **lassen Sie uns den Wind in unseren Segeln nutzen.**

Dafür müssen wir zwei Dinge tun:

**Erstens sollten wir auf dem Kurs bleiben, den wir im vergangenen Jahr abgesteckt haben.**

Wir haben noch 16 Monate, in denen Parlament, Rat und Kommission echte Fortschritte erzielen können. Diese Zeit müssen wir nutzen, um das zu vollenden, womit wir in Bratislava begonnen haben und unsere eigene positive Agenda verwirklichen.

**Zweitens sollten wir den Kurs für die Zukunft abstecken.** Wie Mark Twain schrieb, und ich zitiere hier: Jahre später werden wir mehr enttäuscht sein von den Dingen, die wir nicht getan haben, als von den Dingen, die wir getan haben. **Jetzt ist der Moment, um ein enger vereintes, ein stärkeres und ein demokratischeres Europa für das Jahr 2025 aufzubauen.**

---

## KURS HALTEN

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren Abgeordnete,

während wir den Blick in die Zukunft richten, dürfen wir nicht vom Kurs abkommen.

Wir sind dabei, eine Energieunion, eine Sicherheitsunion, eine Kapitalmarktunion, eine Bankenunion und einen Digitalen Binnenmarkt zu vollenden. Zusammen sind wir schon ein gutes Stück vorangekommen.

Wie das Parlament jüngst attestierte, hat die Kommission bereits 80 Prozent der Vorschläge vorgelegt, die wir zu Beginn des Mandats versprochen haben. Jetzt müssen wir zusammenarbeiten, damit aus Vorschlägen Gesetze und aus Gesetzen Taten werden.

**Wie immer wird das auch ein gewisses Maß an Geben und Nehmen bedeuten.** Die Vorschläge der Kommission, um das Gemeinsame Asylsystem zu reformieren und die Regeln für die Entsendung von Arbeitnehmern zu stärken, haben Kontroversen ausgelöst – das ist mir klar. Wenn wir ein gutes Ergebnis erzielen wollen, müssen alle Seiten ihren Teil dazu beitragen, sodass sie sich aufeinander zubewegen können. Ich möchte heute nochmal festhalten: Solange das Ergebnis am Ende für unsere Union stimmt und allen ihren Mitgliedstaaten gegenüber fair ist, ist die Kommission offen für Kompromisse.

Wir sind nun soweit, die restlichen 20 Prozent der Initiativen bis Mai 2018 auf den Tisch zu legen.

Heute Morgen habe ich eine Absichtserklärung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments und an den Premierminister Estlands – deren engagierte Arbeit für Europa ausdrücklich würdigen möchte – gerichtet, in der ich die Prioritäten für das kommende Jahr darlege.

Ich will und kann an dieser Stelle nicht alle diese Vorschläge aufzählen, doch lassen Sie mich fünf nennen, die ich für besonders wichtig halte.

**Erstens möchte ich, dass wir unsere europäische Handelsagenda stärken.**

Ja, Europa setzt auf offenen Handel, aber das muss auf Gegenseitigkeit beruhen. Das was wir geben, sollten wir auch zurückerhalten.

Handel ist nichts Abstraktes. Handel schafft Arbeitsplätze. Handel schafft neue Chancen für kleine und große europäische Unternehmen. Jede zusätzliche Milliarde Euro, die im Export erwirtschaftet wird, sichert 14 000 zusätzliche Arbeitsplätze in Europa.

Handel hilft uns dabei, unsere europäischen Standards im Sozial- und Umweltbereich, beim Datenschutz oder bei der Lebensmittelsicherheit in die Welt zu exportieren.

Europa war schon immer ein attraktiver Wirtschaftsstandort. Doch seit dem vergangenen Jahr **stelle ich fest, dass Partner aus der ganzen Welt Schlange stehen, um Handelsabkommen mit uns abzuschließen.**

Mit Hilfe dieses Parlaments haben wir gerade ein solches Abkommen mit Kanada besiegelt, das ab kommender Woche vorläufig angewandt wird. Mit Japan haben wir eine politische Einigung über eine künftige Wirtschaftspartnerschaft erzielt. Und die Zeichen stehen gut, dass wir dies bis Ende des Jahres auch mit Mexiko und verschiedenen südamerikanischen Ländern erreichen können.



Heute schlagen wir vor, Verhandlungen über Handelsabkommen mit **Australien und Neuseeland** aufzunehmen.

Ich möchte, dass all diese Abkommen bis zum Ende dieser Amtszeit abgeschlossen werden. Und ich möchte, dass die Verhandlungen mit größtmöglicher Transparenz geführt werden.

### **Offener Handel muss Hand in Hand gehen mit einem transparenteren politischen Entscheidungsprozess.**

Das Europäische Parlament wird bei allen Handelsabkommen das letzte Wort haben. Die Europaabgeordneten – ebenso wie die der nationalen und regionalen Parlamente – müssen vom ersten Tag der Verhandlungen an umfassend informiert sein. Dafür wird die Kommission sorgen.

Künftig veröffentlicht die Kommission Entwürfe der Verhandlungsmandate, die dem Rat vorgelegt werden, in vollem Umfang.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf zu wissen, was die Kommission vorschlägt. Schluss mit der Intransparenz, Schluss mit den Gerüchten und den Unterstellungen, die der Kommission immer wieder gemacht werden.

Ich fordere den Rat auf, ebenso zu handeln und die endgültigen Verhandlungsmandate zu veröffentlichen.

Lassen Sie es mich ein für alle Mal sagen: **Wir sind keine naiven Freihändler.**

Europa muss immer seine strategischen Interessen verteidigen.

Deshalb schlagen wir heute einen neuen **Europäischen Rahmen zur Überprüfung von Investitionen** vor, ein „Investment Screening“, wie es so schön auf Englisch heißt. Wenn ein ausländisches Staatsunternehmen die Absicht hat, einen europäischen Hafen, einen Teil unserer Energie-Infrastruktur oder ein Unternehmen im Bereich der Verteidigungstechnologie zu übernehmen, dann sollte dies in aller Transparenz sowie nach eingehender Prüfung und Debatte geschehen. Es ist eine Frage der politischen Verantwortung, dass wir wissen, was vor unserer eigenen Haustür passiert, sodass wir unsere kollektive Sicherheit schützen können, wenn es sein muss.

### **Zweitens möchte die Kommission unsere Wirtschaft stärker und wettbewerbsfähiger machen.**

Dies gilt insbesondere für den Produktionsstandort Europa und die derzeit 32 Millionen Arbeitskräfte, die das Rückgrat dieses Standortes bilden. Sie schaffen die Weltklasse-Produkte, denen wir unseren Vorsprung im Vergleich zu anderen verdanken, beispielsweise unsere Autos.

Ich bin stolz auf unsere Automobilindustrie. Doch ich bin schockiert, wenn Kunden und Verbraucher wissenlich und absichtlich hinters Licht geführt werden. Ich fordere die Automobilindustrie auf dies wiedergutzumachen und ihren Kurs zu korrigieren. Statt zu täuschen und in die Irre zu führen, sollten die Autobauer in die sauberen Autos von morgen investieren.

---

Meine Damen und Herren, die Kommission hat heute eine **neue Strategie für die europäische Industriepolitik** beschlossen, sodass unsere Unternehmen in puncto Innovation, Digitalisierung und Verringerung der CO<sup>2</sup>-Emissionen weltweit die Nummer eins bleiben oder werden.

Drittens möchte ich, **dass Europa führend ist, wenn es darum geht, den Klimawandel zu bekämpfen.**

Im vergangenen Jahr haben wir mit dem Pariser Klimaschutzabkommen, das hier in diesem Hause ratifiziert wurde, die globalen Spielregeln gesetzt. Da die Vereinigten Staaten ihren Ehrgeiz offenbar heruntergeschraubt haben, muss Europa dafür Sorge tragen, unsere Erde – die unteilbar Heimat aller Menschen ist – wieder großartig zu machen.

Die Kommission wird in Kürze einen Vorschlag zur Senkung der CO<sup>2</sup>-Emissionen im Verkehrssektor vorlegen.

**Vierte Priorität für das kommende Jahr: Ich möchte, dass wir die Europäerinnen und Europäer im digitalen Zeitalter besser schützen.**

In den vergangenen Jahren haben wir die Online-Sicherheit der europäischen Bürgerinnen und Bürger deutlich verbessert. Die Kommission hat neue Vorschriften auf den Weg gebracht, um unser geistiges Eigentum, unsere kulturelle Vielfalt und unsere personenbezogenen Daten zu schützen. Wir bekämpfen verstärkt terroristische Propaganda und Radikalisierung im Internet. Was Cyberangriffe angeht, ist Europa allerdings noch nicht gut genug gerüstet.

**Cyberangriffe können unter Umständen gefährlicher sein für die Stabilität von Staaten und Unternehmen als Panzer und Gewehre.** Allein im vergangenen Jahr wurden täglich mehr als 4000 Angriffe mit Schadprogrammen verzeichnet, und in 80 Prozent aller europäischen Unternehmen kam es zu mindestens einem Cybersicherheitsvorfall.

Cyberangriffe kennen keine Grenzen, und keiner ist immun. Deshalb schlägt die Kommission heute neue Instrumente und eine neue **Europäische Agentur für Cybersicherheit** vor – diese soll uns in Zukunft besser vor solchen Angriffen schützen.

**Fünftens: Die Migration muss auf unserem Radarschirm bleiben**

Obwohl die Fragen im Bereich Migration oft zu Debatten und Auseinandersetzungen geführt haben, haben wir in vielen Bereichen soliden Fortschritt gemacht – wenn auch noch nicht genug.

**Wir schützen die Außengrenzen Europas mittlerweile wirksamer.** Mehr als 1700 Beamte der neuen Grenz- und Küstenwache unterstützen nun die 100 000 nationalen Grenzschützer der Mitgliedstaaten und patrouillieren in Griechenland, Italien, Bulgarien und Spanien. Wir haben gemeinsame Grenzen, aber die Staaten, die wegen ihrer geografischen Lage die erste Anlaufstelle sind, dürfen nicht allein für den Grenzschutz verantwortlich sein. Gemeinsame Grenzen und gemeinsamer Grenzschutz gehören zusammen.



**Es ist uns gelungen, die irregulären Ankünfte von Migranten,** die Menschen in vielen Ländern Angst gemacht haben, **in den Griff zu bekommen.** Die Zahl der Geflüchteten, die über das östliche Mittelmeer kamen, haben wir dank unseres Abkommens mit der Türkei um 97 Prozent gesenkt. Und in diesem Sommer haben wir die zentrale Mittelmeerroute besser unter Kontrolle gebracht. Im August kamen 81 Prozent weniger Menschen an als im gleichen Monat im Jahr zuvor.

**So haben wir die Zahl der Todesfälle im Mittelmeer drastisch gesenkt.**

Ich kann nicht über Migration sprechen, ohne Italien meinen tiefen Respekt für seinen unermüdlichen, großmütigen Einsatz zu zollen. In den Sommermonaten hat die Kommission ausgesprochen harmonisch mit dem Ministerpräsidenten Italiens, meinem Freund Paolo Gentiloni, und seiner Regierung zusammengearbeitet, um die Situation zu verbessern. Das haben wir getan, und wir werden es auch weiter tun, **weil Italien im Mittelmeer die Ehre Europas rettet.**

Wir müssen auch dringend die Lebensumstände der Flüchtlinge in Libyen verbessern. Ich bin schockiert von den unmenschlichen Bedingungen in Auffang- oder Aufnahmelagern. Europa hat hier eine Verantwortung, eine gemeinschaftliche Verantwortung. Und die Kommission wird in enger Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen handeln, um dieser skandalösen Situation, die nicht länger andauern darf, ein Ende zu setzen.

Auch wenn es mich betrübt, dass die Solidarität nicht in all unseren Mitgliedstaaten gleich stark ausgeprägt ist, **hat Europa als Ganzes weiterhin Solidarität gezeigt.** Allein im vergangenen Jahr haben unsere Mitgliedstaaten mehr als 720 000 Flüchtlingen Asyl gewährt oder sie neu angesiedelt – drei Mal mehr als die Vereinigten Staaten, Kanada und Australien zusammen. Europa ist – anders als viele behaupten – keine Festung und es darf niemals eine werden. **Europa ist und bleibt der Kontinent der Solidarität, auf dem diejenigen Schutz finden, die vor Verfolgung geflohen sind.**

Besonders stolz bin ich auf die jungen Europäerinnen und Europäer, die sich freiwillig melden, um syrischen Flüchtlingen Sprachunterricht zu geben, und auf Tausende andere junge Menschen, die Teil unseres neuen Europäischen Solidaritätskorps sind. Diese jungen Menschen **verleihen dem Grundsatz der europäischen Solidarität Leben und Farbe.**

Doch jetzt müssen wir unsere Anstrengungen verdoppeln. Am Monatsende wird die Kommission neue Vorschläge präsentieren, bei denen der Schwerpunkt auf Rückführungen, Solidarität mit Afrika und legalen Einreisewegen liegt.

Zum Thema **Rückführungen:** Hier möchte ich erneut betonen, dass Menschen, die kein Recht haben, in Europa zu bleiben, in ihre Herkunftsländer zurückkehren müssen. Angesichts der Tatsache, dass nur 36 Prozent der irregulären Migranten rückgeführt werden, wird klar, dass es hier verstärkter Anstrengungen bedarf. Dies ist die einzige Möglichkeit für Europa, sich solidarisch mit jenen Flüchtlingen zu zeigen, die wirklich schutzbedürftig sind.

Wir können Solidarität nicht nur als innereuropäische Angelegenheit verstehen, sondern es geht auch um mehr Solidarität mit Afrika. **Afrika ist ein erhabener Kontinent, ein Kontinent mit einer jungen Bevölkerung. Es ist die Wiege der Menschheit.** Unser 2,7 Milliarden Euro schwerer EU-Treuhandfonds für Afrika schafft dort überall Beschäftigungsmöglichkeiten. Doch während der Großteil des Geldes aus dem EU-Haushalt stammt, haben all unsere Mitgliedstaaten zusammen gerade einmal 150 Millionen Euro beigesteuert. Momentan stößt der Fonds an seine Grenzen. **Wir wissen, oder wir sollten wissen, wie**

---

**gefährlich Geldnot werden kann:** 2015 machten sich viele Flüchtlinge auf den Weg nach Europa, als und weil dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen das Geld ausging. Ich rufe alle Mitgliedstaaten auf, den Worten jetzt Taten folgen zu lassen und dafür zu sorgen, dass dem Treuhandfonds für Afrika nicht dasselbe Los droht. Das Risiko ist groß.

Wir werden auch daran arbeiten, **legale Einreisemöglichkeiten zu eröffnen. Irreguläre Migration hört erst dann auf, wenn es eine echte Alternative zu lebensgefährlichen Reisen gibt.** Wir haben fast 22 000 Flüchtlinge aus der Türkei, Jordanien und Libanon neu angesiedelt, und ich unterstütze den Aufruf des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen, weitere 40 000 Flüchtlinge aus Libyen und den benachbarten Ländern neu anzusiedeln.

Außerdem ist Europa ein alternder Kontinent, ein Grund mehr, weshalb wir **unbedingt ein System der legalen Migration brauchen.** Daher hat die Kommission Vorschläge gemacht, um Migranten den Zugang zur Blauen Karte zu erleichtern, und ich danke dem Parlament für seine Unterstützung bei diesem Vorhaben.

## SEGEL SETZEN

Sehr verehrter Herr Präsident,

meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete,

ich habe nur einige wenige der Initiativen angesprochen, die wir in den kommenden 16 Monaten zum Abschluss bringen wollen und zum Abschluss bringen müssen. Doch dies allein reicht nicht aus, wenn wir die Herzen, ja auch die Köpfe, der Europäer zurückgewinnen wollen.

Jetzt ist es an der Zeit, die Strecke in Richtung Zukunft abzustecken.

Im März hat die Kommission ihr Weißbuch zur Zukunft Europas mit fünf Szenarien vorgelegt, wie Europa im Jahre 2025 aussehen könnte. Diese Szenarien wurden diskutiert – manchmal oberflächlich, sehr oft heftig – sie wurden analysiert und mitunter teilweise zerrissen. Dem ist auch gut so, weil genauso war es gedacht. Ich wollte einen Prozess in Gang bringen, in dem die Europäer selbst über ihren Weg in die Zukunft bestimmen.

**Die Zukunft Europas kann man nicht – gewissermaßen von oben herab – diktieren.** Solche Entscheidungen müssen auf einer demokratischen Debatte und – letztlich – auf breitem Konsens fußen. Dieses Haus hat aktive Beiträge zu dieser Debatte geleistet, wofür ich mich besonders bei den Berichterstattern bedanken möchte. Und ich möchte mich auch bei den Kollegen bedanken, die an den mehr als 2000 öffentlichen Konsultations-Veranstaltungen teilgenommen haben, welche die Kommission seit März überall in Europa organisiert hat.

**Jetzt ist es an der Zeit, die ersten Schlussfolgerungen aus dieser Debatte zu ziehen. Es ist an der Zeit, den nächsten Schritt zu machen: vom Nachdenken zum Handeln, von der Debatte zur Entscheidung.**

Heute möchte ich Ihnen **meine Sicht der Dinge vorstellen: mein – wenn Sie so wollen – persönliches „sechstes Szenario“.**



Dieses Szenario beruht auf jahrzehntelangen persönlichen Erfahrungen. Mein ganzes Leben lang habe ich das europäische Projekt gelebt, und dafür gekämpft, und dafür gearbeitet. Ich habe gute Zeiten gesehen, aber auch schlechte Zeiten erlebt.

Ich habe an vielen Seiten des Verhandlungstisches gesessen – als Minister, als Premierminister, als Präsident der Euro-Gruppe und nun als Kommissionspräsident. Ich war in Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon dabei, als sich unsere Union weiterentwickelt und erweitert hat.

Ich habe stets für Europa gekämpft. Manchmal auch an Europa gelitten und an Europa verzweifelt.

**Ich bin mit der Europäischen Union durch dick und dünn gegangen – und nie habe ich meine Liebe zu Europa verloren.**

Es gibt, wie wir wissen, keine Liebe ohne Enttäuschungen, jedenfalls sehr selten.

Ja, Liebe zu Europa, weil Europa und die Europäische Union in dieser zerklüfteten Welt Einmaliges erreicht haben: Frieden nach innen und Frieden nach außen. Wohlstand, wenn auch nicht für alle, so doch für viele.

Daran sollten wir 2018 aus Anlass des europäischen Jahres des Kulturerbes denken. 2018 muss ein Fest der kulturellen Vielfalt werden.

## **EINE UNION DER WERTE**

Die Wertegebundenheit Europas gibt uns ein sicheres Zuhause.

**Für mich ist Europa mehr als Binnenmarkt, Geld, Währung, Euro. Es geht immer vorrangig um Werte.**

Mein Szenario 6 geht deshalb von drei Grundprinzipien aus, drei unverrückbaren Grundprinzipien: Freiheit, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit.

**Europa ist zunächst eine Union der Freiheit.** Damit meine ich die Freiheit von Unterdrückung und Diktatur – Phänomene, die unser Kontinent, vor allem die Länder Mittel- und Osteuropas leider allzu gut kennen. Ich meine die Freiheit, die eigene Meinung zu sagen, als Bürger und als Journalist – eine Freiheit, die wir allzu oft als Selbstverständlichkeit empfinden. Auf diesen Freiheitswerten wurde unsere Union aufgebaut. doch Freiheit fällt nicht vom Himmel. Wir müssen für sie kämpfen. In Europa und in der Welt.

**Europa muss eine Union der Gleichberechtigung und der Gleichberechtigten sein.**

Das bedeutet Gleichberechtigung ihrer Mitglieder – ob groß oder klein, ob im Osten oder im Westen, ob im Norden oder im Süden.

Europa reicht von Vigo bis Varna, von Spanien bis nach Bulgarien.

**Europa muss mit beiden Lungenflügeln atmen, mit dem östlichen und dem westlichen.** Ansonsten unser Kontinent in Atemnot gerät.

---

**In einer Union der Gleichberechtigten kann es keine Bürger zweiter Klasse geben.** Es ist nicht hinnehmbar, dass auch 2017 noch Kinder an Krankheiten sterben, die in Europa schon längst ausgerottet sein müssten. Kinder in Rumänien oder Italien sollten gleichermaßen Zugang zu Masernimpfstoffen haben wie Kinder in anderen Ländern Europas. Ohne Wenn und Aber. Deshalb arbeiten wir mit allen Mitgliedstaaten zusammen, um ihre nationalen Impfmaßnahmen zu unterstützen. Vermeidbare Todesfälle darf es in Europa nicht geben.

**In einer Union der Gleichberechtigten kann es keine Arbeitnehmer zweiter Klasse geben. Menschen, die die gleiche Arbeit am gleichen Ort verrichten, sollen das gleiche Gehalt bekommen.** Diesem Ziel dienen die Kommissionsvorschläge zur Entsendung von Arbeitskräften. Wir sollten sicherstellen, dass alle EU-Vorschriften zur Mobilität von Arbeitskräften auf gerechte, einfache und wirkungsvolle Art und Weise durchgesetzt werden – und zwar mit Hilfe einer neuen europäischen Aufsichts- und Umsetzungsbehörde. Es ist absurd, dass eine Bankenaufsichtsbehörde darüber wacht, ob Bankenstandards eingehalten werden. Es ist absurd, dass es keine **gemeinsame Arbeitsbehörde** gibt, die für Fairness innerhalb des Binnenmarktes sorgt. Wir werden diese Behörde schaffen.

**In einer Union der Gleichberechtigten kann es auch keine Verbraucher zweiter Klasse geben.** Ich kann nicht akzeptieren, dass den Menschen in manchen Teilen Europas, vornehmlich in Mittel- und Osteuropa, qualitativ schlechtere Lebensmittel verkauft werden als in anderen, obwohl Verpackung und Markenkennzeichnung identisch sind. Slowaken haben nicht weniger Fisch in Fischstäbchen verdient, Ungarn nicht weniger Fleisch in Fleischgerichten oder Tschechen weniger Kakao in der Schokolade. Das EU-Recht verbietet solche Praktiken schon jetzt. Und nun müssen wir die nationalen Behörden mit umfassenderen Befugnissen ausstatten, sodass diese flächendeckend gegen diese, ja, illegalen Praktiken vorgehen können.

**Drittens: In Europa ist die Stärke des Rechtes an die Stelle des Rechts des Stärkeren getreten.**

Das bedeutet, dass Recht und Gesetz durch eine unabhängige Justiz gewahrt werden.

Teil einer Union zu sein, die auf Rechtsstaatlichkeit beruht, heißt auch, rechtskräftige Urteile zu akzeptieren und zu respektieren. Unsere Mitgliedstaaten haben dem Europäischen Gerichtshof die Befugnis übertragen, in letzter Instanz zu entscheiden. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes sind in allen Fällen zu respektieren. Sie nicht zu respektieren oder die Unabhängigkeit nationaler Gerichte zu untergraben, heißt, Bürgerinnen und Bürger ihrer Grundrechte zu berauben.

**Rechtsstaatlichkeit ist in der Europäischen Union keine Option. Sie ist Pflicht.**

**Unsere Union ist kein Staat, aber sie muss ein Rechtsstaat sein.**

## **EINE ENGER VEREINTE UNION**

Diese drei Grundsätze – Freiheit, Gleichberechtigung, Rechtsstaatlichkeit – müssen das Fundament bleiben, auf dem wir **eine stärkere, enger vereinte und demokratischere Union aufbauen.**



Wenn wir über die Zukunft reden, dann sagt mir meine Erfahrung, dass neue Verträge, neue Institutionen für die Menschen nicht die Antwort sind, nach der sie suchen. Sie sind lediglich Mittel zum Zweck, nicht mehr, nicht weniger. Für uns hier in Straßburg oder in Brüssel haben sie Bedeutung. Andernorts bedeuten sie nicht viel.

Ich bin an institutionellen Reformen nur interessiert, wenn sie zu mehr Effizienz der Europäischen Union führen.

Statt Zuflucht in künftigen Vertragsänderungen – die irgendwann kommen müssen – zu suchen, müssen wir uns zunächst von der Vorstellung verabschieden, **dass einige verlieren müssen, damit andere gewinnen können.**

In der Demokratie geht es um Kompromisse. Und die richtigen Kompromisse machen auf Dauer alle zu Gewinnern. In der Europäischen Union sind Kompromisse weder negativ noch obszön, sondern die Kunst, Gegensätze zu überbrücken und zueinander zu finden. Wer nicht kompromissfähig ist, ist weder demokratiefähig noch europatauglich.

Um ihre Einheit zu stärken, muss die Europäische Union auch inklusiver werden.

Wenn wir den Schutz unserer Außengrenzen zu Recht verstärken, und noch mehr verstärken wollen, dann **müssen wir Rumänien und Bulgarien unverzüglich den Schengen-Raum öffnen.** Im Übrigen sollten wir auch Kroatien die volle Schengen-Mitgliedschaft ermöglichen, sobald alle Kriterien erfüllt sind.

Wenn wir wollen, dass der Euro unseren Kontinent mehr eint als spaltet, dann sollte er mehr sein als die Währung einiger ausgewählter Länder. **Der Euro ist dazu bestimmt, die einheitliche Währung der Europäischen Union als Ganzes zu sein.** Alle außer zwei Mitgliedstaaten sind verpflichtet und berechtigt, dem Euroraum beizutreten, sobald sie die Bedingungen erfüllen.

Doch die Mitgliedstaaten, die dem Euroraum beitreten mochten, müssen dies auch tun können. Deshalb schlage ich die Schaffung eines **Euro-Vorbeitragsinstrumentes** vor, das ihnen technische, manchmal auch finanzielle Heranführungshilfen bietet.

Wenn wir wollen, dass Banken überall auf unserem Kontinent nach denselben Regeln und unter derselben Aufsicht arbeiten, dann sollten wir **alle Mitgliedstaaten ermutigen, der Bankenunion beizutreten.** Dazu müssen wir die verbleibenden Risiken in den Bankensystemen mancher Mitgliedstaaten verringern. Die Bankenunion funktioniert nur, wenn die Begrenzung und das Teilen von Risiken Hand in Hand gehen. Um dies tun zu können, das weiß jeder, müssen Vorbedingungen erfüllt werden, so wie es die Kommission im November 2015 vorgeschlagen hat. Eine gemeinsame Einlagensicherung kann es erst dann geben, wenn jeder seine nationalen Hausaufgaben gemacht haben wird.

**Und wenn wir der sozialen Fragmentierung und dem Sozialdumping in Europa ein Ende setzen wollen, sollten die Mitgliedstaaten sich so schnell wie möglich, und spätestens beim Göteborg-Gipfel im November, auf die europäische Säule sozialer Rechte einigen.** Nationale Sozialsysteme werden noch lange unterschiedlich und eigenständig bleiben. Doch wir sollten uns zumindest auf eine **Europäische Union der Sozialstandards** verständigen, in der es einen Konsens darüber gibt, was in unserem Binnenmarkt sozial fair und was in unserem Binnenmarkt sozial unfair ist.

Ich bleibe davon überzeugt: Damit Europa gelingt, darf es den Arbeitnehmern nicht die kalte Schulter zeigen.

---

Wenn wir, meine Damen und Herren, **mehr Stabilität in unserer Nachbarschaft wollen, dann müssen wir auch eine glaubhafte Erweiterungsperspektive für den westlichen Balkan aufrechterhalten.**

Während dieses Kommissions- und Parlamentsmandates wird es keine neuen Mitglieder geben, weil die Beitrittsbedingungen nicht erfüllt werden können. Doch die Europäische Union wird in den darauffolgenden Jahren mehr als 27 Mitglieder zählen. Bei allen Beitrittsländern haben Rechtsstaatlichkeit, Justiz und Grundwerte oberste Verhandlungspriorität.

**Das schließt eine EU-Mitgliedschaft der Türkei in absehbarer Zeit aus.**

Die Türkei entfernt sich seit geraumer Zeit mit Riesenschritten von der Europäischen Union. **Journalisten gehören in Redaktionsstuben**, in denen freie Meinungsäußerung gilt. **Sie gehören nicht ins Gefängnis.**

Ich appelliere heute an die Verantwortlichen in der Türkei: **Lassen Sie unsere Journalisten frei**, und nicht nur unsere. Hören Sie auf, unsere Mitgliedstaaten, Staats- und Regierungschefs als Faschisten und Nazis zu beschimpfen. Europa ist ein Kontinent reifer Demokratien. Wer aber bewusst beleidigt, verbaut sich Wege zu ihnen. Und manchmal habe ich den Eindruck, einige in der Türkei möchten sich bewusst Wege verbauen, um dann später die Europäische Union für das eventuelle Scheitern der Beitrittsgespräche haftbar machen zu können.

Von unserer Seite aus wird immer eine Hand ausgestreckt bleiben für das große türkische Volk und all diejenigen, die bereit sind, auf der Grundlage unserer Werte mit uns zusammenzuarbeiten.

## **EINE STÄRKERE UNION**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

**ich hätte gerne, dass unsere Union stärker wird, und deshalb müssen wir auch den Binnenmarkt stärken.**

Ich möchte, dass wir in wichtigen Binnenmarktfragen öfter und einfacher im Rat mit qualifizierter Mehrheit entscheiden unter gleichberechtigter Mitwirkung des Europäischen Parlamentes. Dazu brauchen wir keine Vertragsänderungen. Die derzeitigen Verträge enthalten sogenannte „**Brückenklauseln**“, die es ermöglichen, in bestimmten Fällen – vorausgesetzt der Europäische Rat entscheidet dies einstimmig – mit qualifizierter Mehrheit statt einstimmig zu entscheiden.

**Ich bin dafür, bei Beschlüssen über die gemeinsame konsolidierte Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage, über die Mehrwertsteuer, über eine faire Besteuerung der Digitalwirtschaft und über die Finanztransaktionssteuer die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit einzuführen.**

Europa muss nämlich schneller und effizienter entscheiden können, und dies gilt auch in dem Bereich, der darauf abstellt, die **Wirtschafts- und Währungsunion handlungsfähiger zu machen.**



Der Euro-Raum ist heute widerstandsfähiger als noch vor Jahren. So haben wir unter anderem den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) geschaffen. Ich denke, der ESM sollte nun schrittweise zu einem Europäischen Währungsfonds ausgebaut werden, der allerdings fest im Regel- und Kompetenzwerk der Europäischen Union verankert sein muss. Die Kommission wird hierzu im Dezember konkrete Vorschläge vorlegen.

Wir brauchen einen **Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister**, einen europäischen Minister, der positive Strukturreformen in unseren Mitgliedstaaten fördert und unterstützt. Er wird dabei auf der Arbeit aufbauen können, die die Kommission seit 2015 mit unserer Sondereinheit zur Unterstützung von Strukturreformen leistet. Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister soll alle Finanzierungsinstrumente der EU koordinieren, die in Bewegung gebracht werden müssen, wenn ein Mitgliedstaat von einer Rezession oder einer Fundamentalkrise betroffen wird.

Ich plädiere nicht für die Schaffung eines neuen Amtes. Ich plädiere aus Effizienzgründen dafür, dass der für Wirtschaft und Finanzen zuständige EU-Kommissar – idealerweise ein Vize-Präsident der Europäischen Kommission – mit dieser Aufgabe betraut und Vorsitzender der Eurogruppe wird.

Der Europäische Wirtschafts- und Finanzminister muss selbstverständlich dem Europäischen Parlament gegenüber Rechenschaft ablegen.

Wir brauchen keine Parallelstrukturen. Wir benötigen deshalb keinen separaten Euro-Haushalt, sondern eine starke Eurozonen-Budgetlinie im Rahmen unseres EU-Haushaltes.

Ich kann auch der Idee eines gesonderten Euro-Parlamentes wenig Reiz abgewinnen.

**Das Parlament des Euroraums ist dieses Europäische Parlament.**

**Die Europäische Union muss auch stärker bei der gemeinsamen Terrorbekämpfung werden.** In den letzten drei Jahren sind wir zwar auch diesbezüglich ein großes Stück weitergekommen. Doch im Falle grenzübergreifender terroristischer Bedrohung reagieren wir nicht schnell genug.

Ich **plädiere deshalb für die Schaffung einer europäischen Aufklärungseinheit**, die sicherstellt, dass Daten über Terroristen und Auslandskämpfer automatisch zwischen unseren Nachrichten- und Polizeidiensten ausgetauscht werden.

Aus meiner Sicht spricht auch vieles dafür, die neu geschaffene Europäische Staatsanwaltschaft mit der Verfolgung von grenzüberschreitenden terroristischen Straftaten zu betrauen.

**Die Europäische Union muss sich auch um mehr Gewicht auf der Weltbühne bemühen.** Um mehr Gewicht zu erlangen, muss sie außenpolitische Beschlüsse schneller fassen können. Deshalb bitte ich die Mitgliedstaaten zu prüfen, welche außenpolitischen Beschlüsse nicht mehr einstimmig, sondern mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden können. Der Vertrag lässt dies zu, wenn denn der Europäische Rat dies einstimmig beschließt. Wir brauchen auch in der Außenpolitik Mehrheitsentscheidungen, um effizient arbeiten zu können.

Im Verteidigungsbereich sind weitere Anstrengungen vonnöten. Die Schaffung eines europäischen Verteidigungsfonds steht auf der Tagesordnung; die Permanente Strukturierte Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich ist auf gutem Weg. Bis 2025 brauchen wir eine funktionierende **Europäische Verteidigungsunion**.

Wir brauchen sie. Und die NATO hätte sie gerne.

Nicht zuletzt möchte ich – in Weiterführung der Kommissionsbemühungen der letzten Jahre –, dass sich **unsere Union stärker auf die wirklich wichtigen Dinge konzentriert**. Wir sollten die Bürger Europas nicht mit Regelungs-Klein-Klein nerven, sondern in großen Dingen Größe zeigen, nicht pausenlos neue Initiativen vom Zaun brechen und Befugnisse, dort wo es sinnvoll ist, an die Nationalstaaten zurückgeben.

Deshalb hat diese Kommission versucht, **in großen Dingen Größe zu zeigen und sich** – und das hat sie getan – **in kleinen Dingen zurückzuhalten**. Sie hat weniger als 25 neue Initiativen pro Jahr vorgelegt, während es bei den Vorgänger-Kommissionen noch weit über 100 waren.

Um die begonnene Arbeit sinnvoll zu Ende zu führen, **setzen wir noch in diesem Monat eine Task Force Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit** ein. Der Erste Vizepräsident, mein Freund Frans Timmermans, der sich jetzt schon erfolgreich um bessere Rechtsetzung verdient gemacht hat, wird diese Task Force leiten. Dieser Timmermans-Task-Force werden auch Mitglieder dieses Parlamentes und der nationalen Parlamente angehören. In einem Jahr ist Bericht zu erstatten.

## EINE DEMOKRATISCHERE UNION

Sehr geehrter Herr Präsident,

meine Damen und Herren Abgeordnete,

unsere Union muss einen demokratischen Sprung nach vorn machen.

Bei den kommenden Wahlen zum Europäischen Parlament sollten die europäischen Parteien früher mit dem Wahlkampf anfangen als bisher. Allzu oft war der Europawahlkampf nicht mehr als die Summe der nationalen Kampagnen. **Die europäische Demokratie hat etwas Besseres verdient.**

Deshalb schlägt die Kommission heute **neue Regeln zur Finanzierung politischer Parteien und Stiftungen** vor. Wir sollten nicht extremen anti-europäischen Gruppen die Kassen zu füllen, sondern vielmehr europäischen Parteien bessere Möglichkeiten geben, sich zu organisieren.

Ich halte auch **transnationale Listen für die Europawahlen** für eine gute Idee, auch wenn mir bewusst ist, dass einige von Ihnen damit nicht einverstanden sind. Und ich werde versuchen, auch den Vorsitzenden meiner Fraktion für dieses Vorhaben zu gewinnen, da dies Europa Demokratie und Klarheit bringen wird.

Ich bin zudem der Meinung, dass wir die nationalen Parlamente und die Zivilgesellschaft auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene in den kommenden Monaten an der Arbeit am Europa der Zukunft beteiligen sollten. In den vergangenen drei Jahren sind die Mitglieder der Kommission, wie versprochen, mehr als 650 Mal in den nationalen Parlamenten zu Gast gewesen. Ferner haben sie an über **300 interaktiven Bürgerdialogen in mehr als 80 Städten in 27 Mitgliedstaaten** teilgenommen. Deshalb unterstütze ich die Idee von Präsident Macron, 2018 **demokratische Konvente** in allen Teilen Europas zu organisieren.

Ich werde mich selbstverständlich an dieser an Intensität zunehmenden Debatte beteiligen und dabei 2018 besonders Estland, Lettland, Litauen und Rumänien in den Blick nehmen. Diese Länder feiern im kommenden Jahr ihren **hundertsten Geburtstag**. Wer die Zukunft unseres Kontinents gestalten will, sollte unsere gemeinsame Geschichte gut verstehen und ehren. Das gilt auch für diese vier Länder – die Europäische Union wäre ohne sie nicht vollständig.

Der Bedarf an mehr Demokratie und Transparenz hat auch für die Europäische Kommission selbst Konsequenzen.

Heute lege ich dem Europäischen Parlament einen **neuen Verhaltenskodex für Kommissionsmitglieder** vor. Dieser neue Verhaltenskodex eröffnet erstens allen Kommissionsmitgliedern die Möglichkeit, als Kandidat bei den Europawahlen anzutreten. Zweitens wird der neue Kodex natürlich die Integritätsanforderungen an Kommissionsmitglieder erhöhen, sowohl während ihres Mandats als auch danach.

Wenn wir die europäische Demokratie stärken wollen, dann dürfen wir den demokratischen Prozess des **Spitzenkandidatensystems** nicht rückgängig machen. Ich möchte, dass dieser Prozess wiederholt wird.

Mehr Demokratie heißt mehr Effizienz. Europa würde besser funktionieren, wenn wir **das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates mit dem des Präsidenten der Europäischen Kommission verschmelzen** könnten.

Dieser Vorstoß geht nicht gegen meinen guten Freund Donald, mit dem ich seit Beginn meines Mandats eng und reibungslos zusammengearbeitet habe. Er geht nicht gegen Donald oder mich.

Europa wäre leichter zu verstehen, wenn ein einziger Kapitän am Steuer wäre.

**Wenn wir nur einen Präsidenten hätten, würde das einfach der wahren Natur unserer Europäischen Union besser gerecht werden, da diese sowohl eine Union der Staaten als auch der Bürger ist.**

## **UNSER FAHRPLAN**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Vision eines enger vereinten, stärkeren und demokratischeren Europas, die ich hier skizziere, vereint Elemente der fünf Szenarien, die ich Ihnen im März vorgestellt habe.

**Unsere Zukunft darf jedoch nicht ein einfaches Szenario, ein Entwurf oder eine Idee unter vielen bleiben.**

**Wir müssen heute die Union von morgen vorbereiten.**

Heute Morgen habe ich den Präsidenten Tajani und Tusk sowie den künftigen Vorsitzenden der rotierenden

Ratspräsidentschaft zwischen jetzt und März 2019 einen **Fahrplan** mit den künftigen Weichenstellungen vorgelegt.

Ein wichtiger Teil dieses Fahrplans werden die Haushaltspläne sein, die die Kommission im Mai 2018 vorlegen wird. Auch hier haben wir die Wahl: Entweder verfolgen wir die Zielsetzungen der Europäischen Union innerhalb der strengen Rahmenbedingungen des bestehenden Haushalts, oder wir vergrößern die Haushaltskapazität der Europäischen Union, sodass sie ihre Ziele besser erreichen könnte. Ich plädiere für die zweite Option.

Am 29. März 2019 wird das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlassen. Das wird ein trauriger und zugleich tragischer Moment sein, den wir immer bedauern werden. Doch wir müssen den Willen des britischen Volkes respektieren. Wir werden unseren Weg weitergehen, wir müssen ihn weitergehen, denn der Brexit ist nicht alles. Der Brexit ist nicht die Zukunft Europas.

**Am 30. März 2019 werden wir somit eine Union der 27 sein.** Wir sollten uns auf diesen Moment gut vorbereiten, unter den 27 und innerhalb der EU-Institutionen.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden ein paar Wochen später statt, im Mai 2019. Nur wenige Wochen später haben die Europäer also ein Rendezvous mit der Demokratie. Sie haben Anspruch darauf zu wissen, wie sich die Europäische Union in den kommenden Jahren entwickeln wird, wenn sie zur Wahlurne schreiten, um ihre Stimme abzugeben.

Deshalb appelliere ich an Präsident Tusk und an Rumänien, das in der ersten Jahreshälfte 2019 den Ratsvorsitz innehaben wird, **am 30. März 2019 einen Sondergipfel** einzuberufen. Mein Wunsch ist, dass dieser Gipfel in der schönen Stadt Sibiu stattfindet, die auch als Hermannstadt bekannt ist. Das wäre der Moment, um gemeinsam die Beschlüsse zu fassen, die für ein enger vereintes, stärkeres und demokratischeres Europa notwendig sind.

Meine Hoffnung ist, dass die Europäerinnen und Europäer am 30. März 2019 in einer Union aufwachen, in der wir für alle unsere Werte stehen. In der alle Mitgliedstaaten die Rechtstaatlichkeit respektieren, ausnahmslos. In der es für alle die Norm ist, Mitglied des Euroraums, der Bankenunion und des Schengen-Raums zu sein.

In der wir die Grundlagen für unsere Wirtschafts- und Währungsunion so gefestigt haben, dass wir Europäer unsere Gemeinschaftswährung in guten und in schlechten Zeiten verteidigen können, ohne Hilfe von außen zu suchen. In der unser Binnenmarkt gegenüber Arbeitnehmern aus dem Osten und dem Westen fairer ist.

Ich möchte, dass die Europäerinnen und Europäer in einer Union aufwachen, in der wir es geschafft haben, uns auf eine starke Säule an Sozialstandards zu einigen. In der Gewinne dort besteuert werden, wo sie erwirtschaftet wurden. In der Terroristen keine Schlupflöcher haben. In einer Union, die sich auf eine echte europäische Verteidigungsunion geeinigt hat. In der letztendlich nur ein Präsident die Arbeit der Kommission und des Europäischen Rates leitet, der nach einem europaweiten demokratischen Wahlkampf gewählt wurde.

Herr Präsident, wenn unsere Bürgerinnen und Bürger am 30. März 2019 in dieser Union aufwachen, dann wird sie eine Europäische Union sein, die ihre legitimen Erwartungen erfüllen kann.

## SCHLUSSBEMERKUNGEN

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

Europa ist nicht dafür gemacht stillzustehen – das darf nie passieren.

Helmut Kohl und Jacques Delors, mit denen ich zusammenarbeiten durfte, haben mich gelehrt, dass Europa nur mit Mut vorankommt. Der Binnenmarkt, Schengen und die einheitliche Währung: all diese Ideen galten als Luftschlösser, bevor sie tatsächlich Wirklichkeit wurden. Und doch sind diese drei ehrgeizigen Projekte jetzt Teil unserer Realität.

Jetzt, wo es Europa besser geht, sagt man mir, ich solle das Schiff nicht zum Wanken bringen.

Doch jetzt ist nicht die Zeit für Vorsicht.

**Wir haben damit begonnen, das europäische Dach zu reparieren. Heute und morgen müssen jedoch auch geduldig neue Etagen im europäischen Haus ausbauen – eine Etage nach der anderen, einen Moment nach dem anderen, eine Inspiration nach der anderen.**

**Wir müssen das europäische Haus jetzt fertigstellen, da die Sonne scheint – und solange sie scheint.**

Denn wenn die nächsten Wolken am Horizont auftauchen, und sie werden eines Tages auftauchen, wird es zu spät sein.

Lasst uns die Leinen losmachen,

die Segel setzen,

und jetzt **den günstigen Wind nutzen.**



***Jean-Claude Juncker***

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_



